

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Autoritarismus

Johannes Gerschewski

WAS IST AUTORITARISMUS?

Felix Wiebrecht

25 JAHRE WELTWEITE
AUTOKRATISIERUNG

Lars Lott · Aurel Croissant

AUTOKRATISCHE PERFORMANZ
IM VERGLEICH

Steffen Kailitz

HERRSCHAFTSLEGITIMATION
IN AUTOKRATIEN

Pippa Norris

SIND POPULISTISCHE PARTEIEN
SCHULD AN DER EROSION
DER DEMOKRATIE?

Seraphine F. Maerz

TECH-AUTOKRATIE

Nicholas Potter

DIE NEUE AUTORITÄRE LINKE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT

Autoritarismus

APuZ 35–37/2026

JOHANNES GERSCHEWSKI

WAS IST AUTORITARISMUS?

Autoritarismus in seinen unterschiedlichen Spielarten lässt sich einerseits in Abgrenzung zur Demokratie, andererseits zum Konzept des Totalitarismus bestimmen. Sozialpsychologisch bezeichnet er ein Set von autoritären Werten, das durch Prägung oder Kontextfaktoren entsteht.

Seite 04–09

FELIX WIEBRECHT

25 JAHRE WELTWEITE AUTOKRATISIERUNG

Die dritte Welle der Autokratisierung betrifft alle Weltregionen und vollzieht sich schrittweise unter dem Deckmantel der Legalität. Viele Autokratisierungsepisoden können wieder umgekehrt werden, doch die wiederhergestellten Demokratien bleiben oft dauerhaft fragil.

Seite 10–15

LARS LOTT · AUREL CROISSANT

AUTOKRATISCHE PERFORMANZ IM VERGLEICH

Die allgemeine Leistungsbilanz von Autokratien ist schlechter als die von Demokratien, einen universellen Demokratievorteil gibt es jedoch nicht. Autokratien punkten dort, wo politische Entscheidungen stark zentralisiert, durchsetzungsintensiv und kurzfristig orientiert sind.

Seite 16–21

STEFFEN KAILITZ

HERRSCHAFTSLEGITIMATION IN AUTOKRATIEN

Autokratien werben um Unterstützung und rechtfertigen ihre Ordnung. Beides ist zu trennen: Regimelegitimation begründet, wer herrschen darf, wer Führung und zentrale Ämter bestimmen darf und nach welchen Regeln Herrschaft ausgeübt und die politische Spitze ersetzt wird.

Seite 22–27

PIPPA NORRIS

SIND POPULISTISCHE PARTEIEN SCHULD AN DER EROSION DER DEMOKRATIE?

Das Aufkommen populistischer Parteien gilt gemeinhin als Hauptursache für die Erosion der liberalen Demokratie. Das ist nicht ganz falsch, doch sind die Zusammenhänge etwas komplexer, wie eine vergleichende Analyse populistischer Parteien und Politiker zeigt.

Seite 28–34

SERAPHINE F. MAERZ

TECH-AUTOKRATIE

Die Bausteine für eine Tech-Autokratie, in der die ökonomischen, infrastrukturellen und kommunikativen Grundlagen von Tech-Milliardären kontrolliert werden, sind vorhanden. Höchste Zeit, dass sich die Demokratien ihrer informationellen Souveränität bewusst werden.

Seite 35–40

NICHOLAS POTTER

DIE NEUE AUTORITÄRE LINKE

Auch wenn Teile der Linken nie vor Autoritarismus gefeit waren, hat ihre autoritäre Radikalisierung nach dem 7. Oktober 2023 eine neue Qualität. Ihre antiliberalen, antidemokratischen und tendenziell antisemitischen Haltungen sind eine Gefahr für die liberale Demokratie.

Seite 41–46

EDITORIAL

Autoritäre Werte und Einstellungen scheinen weltweit an Einfluss zu gewinnen, die Regierungsform Demokratie steht erheblich unter Druck. Ende 2025 wurden mehr Länder autokratisch regiert als demokratisch – gemessen an der Bevölkerung lebten sogar rund drei Viertel der Menschen in autokratischen Regimen. Das Qualitätsniveau vieler Demokratien hat sich in den vergangenen 25 Jahren merklich verringert, weil Grundrechte eingeschränkt, demokratische Rechenschaftspflichten ausgehöhlt oder die Gewaltenteilung geschwächt wurden. Indien hat so seinen Status als größte Demokratie der Welt verloren, und auch die älteste moderne Demokratie, die Vereinigten Staaten, erleidet gerade unter der zweiten Trump-Administration erhebliche Demokratieverluste. Mit Ungarn hat auch die Europäische Union einen Mitgliedstaat in ihren Reihen, der von der vergleichenden Demokratieforschung derzeit als (elektorale) Autokratie klassifiziert wird.

Gleichwohl kommen Abgesänge auf die Demokratie etwas zu früh. Nicht nur ist die oft nur mäßige Leistungsbilanz vieler Autokratien keine sonderlich überzeugende Werbung für autokratisches Regieren, auch erweisen sich viele Demokratien als erstaunlich resilient. In Brasilien, Südkorea oder Polen etwa haben sich die Bevölkerungen erfolgreich gegen Versuche eines autokratischen Staatsumbaus gewehrt; auch in Ungarn stehen die Zeichen derzeit wieder auf Demokratisierung. Ein erneuter weltweiter Siegeszug der Demokratie ist aber wohlgemerkt nicht zu erwarten; viele Länder werden auf absehbare Zeit bestenfalls fragile Demokratien bleiben.

Autoritäre Versuchungen (Wilhelm Heitmeyer) stellen liberale, offene Gesellschaften seit jeher vor Herausforderungen. Der Umgang mit ihnen ist aber nicht vorbestimmt. Ob aus ihnen eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie erwächst, entscheiden letztlich die relevanten Akteure selbst: Regierungen und Parteien, die Zivilgesellschaft – und eine Wahlbevölkerung, die ihre Entscheidung an der Urne idealerweise wohlinformiert zu treffen weiß.

Sascha Kneip

WAS IST AUTORITARISMUS?

Johannes Gerschewski

Nach Angaben des schwedischen Forschungsprojekts *Varieties of Democracy* (V-Dem), das jedes Jahr den Zustand der Demokratie auf der Basis von Expert:innenbefragungen misst, entspricht das globale Demokratieniveau des Jahres 2025 wieder dem von 1978 – einer Zeit inmitten des Kalten Krieges.⁰¹ Die demokratische Qualität nimmt derzeit in 44 Ländern substanziell ab, etwa drei Viertel der Weltbevölkerung lebt heute in autoritär regierten Staaten. Die liberale Demokratie befindet sich auf dem Rückzug. Sie ist die seltenste Regimeform der Welt geworden und kämpft dort, wo sie noch existiert, mit stärker werdenden autoritären Kräften.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind hierfür wohl das prominenteste Beispiel. Seit dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump haben die USA rapide an Demokratiequalität verloren. Rangierten sie 2023 im Demokratie-Index von V-Dem noch bei 0,79 Punkten (auf einer Skala von 0 bis 1), sind sie innerhalb kürzester Zeit um 0,22 Punkte abgestürzt. Ein solcher Rückgang ist in der Geschichte der USA beispiellos. Jenseits eines erratischen Regierungsstils ist dort vor allem die Unabhängigkeit der Justiz unterminiert und das Vertrauen in Wahlen erschüttert worden. Kulturelle Einrichtungen wurden politisiert, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen schikaniert. Anwaltskanzleien, die Regierungsgegner vertraten, wurden mit Klagen überzogen, zivilgesellschaftliche Organisationen drangsaliert, kritische Medien gezielt geschwächt. Politische und bürgerliche Freiheitsrechte wurden eingeschränkt, Minderheiten offen diskriminiert. Damit folgen die USA einem Skript, einer Sequenz von illiberalen und autoritären Maßnahmen zum Abbau demokratischer Werte und Institutionen, das in den vergangenen Jahren schon in anderen Ländern beobachtet werden konnte, etwa in der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan, in Ungarn unter Viktor Orbán, in Serbien unter Aleksandar Vučić, in Polen unter Jarosław Kaczyński, auf den Philippinen unter Rodrigo Duterte oder in Indien unter Narendra Modi.⁰² Was die USA aus diesen Fällen heraushebt, ist das Tempo des Abbaus:

Während das Abgleiten der Demokratie ins Autoritäre zumeist als schleichender und langsamer Prozess beschrieben wird,⁰³ zeigen die USA eine Geschwindigkeit, die ihresgleichen sucht. Manch Beobachter klassifiziert die USA bereits nicht mehr als demokratisch, sondern als autoritär.⁰⁴

Doch was bedeutet das genau? Um besser zu verstehen, was Autoritarismus ist, werden im Folgenden drei Ansätze unterschieden. Die ersten beiden können in der Politikwissenschaft verortet werden. Dort wird Autoritarismus zum einen in Differenz zum Konzept der Demokratie gefasst, zum anderen wird er gegen den Typus des Totalitarismus abgegrenzt. Die (jüngere) Begriffsgeschichte des Autoritarismus ist somit die einer doppelten Abgrenzung: Ein autoritäres Regime ist in der Politikwissenschaft eine nicht-totalitäre Nicht-Demokratie. Die dritte Perspektive findet ihren Ausgangspunkt in der Sozialpsychologie und fragt im Anschluss an Theodor W. Adorno danach, inwiefern es „autoritäre Persönlichkeiten“⁰⁵ gibt und was diese ausmacht.

DEMOKRATIE UND AUTOKRATIE

In einer ersten Annäherung bedeutet Autoritarismus eine Abkehr von der Idee der Demokratie. Das fundamentale normative Prinzip der Demokratie ist das der Gleichheit ihrer Bürger:innen. Es fußt auf der moralischen Intuition, dass alle Menschen intrinsisch gleich sind. Sie sind nicht nur in der Lage, ihre Interessen selbst zu vertreten, sondern haben auch das moralische Recht, dies zu tun.⁰⁶ Allen Bürger:innen müssen deshalb die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre politischen Präferenzen zu formulieren und sie diskriminierungsfrei und gleichgewichtet in den politischen Prozess einzuspeisen.⁰⁷ Demokratie ist insofern ein System der Verteilung und Zurechenbarkeit von Entscheidungskompetenz auf die als gleich verstandenen Bürger:innen. Verletzt eine Regierung diesen Gleichheitsgrundsatz, bricht sie mit dieser fundamentalen normativen Traditionslinie der Demokratie.

Die „Herrschaft des Volkes“ kommt in der Demokratie dadurch zum Ausdruck, dass politische Macht nur mittels der Zustimmung der Bürger:innen legitimiert wird. Andere Quellen von Macht – traditionelle Vorstellungen von Gottesgnadentum, religiöse Mission, ideologische Avantgarde, politisierte Ethnizität oder auch technokratische Expertise – sind als Legitimationsgrundlage für kollektiv bindende Entscheidungen ausgeschlossen.⁰⁸ Während nicht-demokratische Regime diese anderen Legitimationsgrundlagen häufig für sich beanspruchen, geht in einer Demokratie alle Staatsgewalt vom Volke aus, wie es kurz und bündig in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt.

Minimaldefinitionen von Demokratie fokussieren auf die zentrale Bedeutung von Wahlen als dem fundamentalen Beteiligungsmechanismus des Volkes am politischen Willensbildungsprozess. Diese Wahlen müssen frei, fair und kompetitiv sein, damit politische Positionen in einen pluralistischen Wettbewerb miteinander treten und um die Stimmen der Wähler:innen konkurrieren können. Den Wahlverlierern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn eine Demokratie ist nur dann stabil, wenn die politisch unterlegene Seite den Wahlvorgang und -ausgang akzeptiert – und in der Folge darauf vertrauen kann, bei den nächsten Wahlen die Wahlbürger:innen wieder von ihrem politischen Programm überzeugen zu können.⁰⁹ Demokratie umfasst in dieser schlanken (elektoralen) Definition mithin drei Komponenten: Der Wahlprozess muss so organisiert sein, dass der Wahlausgang im Vorhinein unsicher ist, die Ergebnisse irreversibel sind und die

unterlegene Opposition darauf vertrauen kann, dass es periodisch wiederkehrende Wahlen gibt, in denen sie eine neue Chance bekommt.¹⁰ Mit einer solchen Ausgestaltung garantieren Wahlen Partizipation, sie ermöglichen jedoch auch das, was im Englischen als *accountability* bezeichnet wird – die Möglichkeit also, die Regierenden über Wahlen für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen und für schlechtes Regieren verantwortlich zu machen.¹¹

In modernen Demokratiekonzeptionen ist das Prinzip der Volkssouveränität darüber hinaus untrennbar mit Sicherungsmechanismen verwoben, die der Ausübung politischer Macht Grenzen setzen sollen. Dem politischen Liberalismus ist einerseits eine Betonung der individuellen Freiheit und der Rechte von Minderheiten sowie andererseits ein Reflex gegen zu starke Machtakkumulation eingeschrieben. Moderne liberale Demokratien schützen ihre Bürger:innen deshalb vor staatlicher Willkür, indem sie Herrschaft rechtsstaatlich binden. Es gilt die *rule of law*, die Herrschaft des Rechts, und nicht die *rule of man*, bei der man vom Gutdünken eines Monarchen oder eines anderen Potentaten abhängig ist. Politische Rechte stellen die Mitwirkung am politischen Prozess sicher, während bürgerliche Rechte die individuelle Freiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat gewährleisten sollen. In einem Rechtsstaat ist die Staatsgewalt an Recht und Gesetz gebunden. Er sichert die Gleichheit vor dem Gesetz, stellt Rechtssicherheit und Rechtsklarheit her, räumt der Verfassung Vorrang vor einzelnen (Mehrheits-)Entscheidungen ein und stellt die Unabhängigkeit der Gerichte sicher. Neben die vertikale Kontrolle der Regierenden durch regelmäßige Wahlen tritt ein Institutionengefüge, das auch die gegenseitige horizontale Kontrolle der Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative garantiert.

Vor diesem Hintergrund der (liberalen) Demokratie lässt sich nun besser konturieren, was autoritäre Regime im Kern ausmacht: Sie unterminieren den fundamentalen demokratischen Gleichheitsgrundsatz, indem sie zum Beispiel be-

01 Vgl. Marina Nord et al., *Democracy Report 2026. Unraveling the Democratic Era*, Göteborg 2026.

02 Siehe auch den Beitrag von Felix Wiebrecht in dieser Ausgabe.

03 Vgl. Rachel Beatty Riedl et al., *Democratic Backsliding, Resilience, and Resistance*, in: *World Politics* 1/2025, S. 151–178.

04 Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way/Daniel Ziblatt, *The Price of American Authoritarianism. What Can Reverse Democratic Decline?*, in: *Foreign Affairs* 1/2026, S. 30–43.

05 Vgl. Theodor W. Adorno et al., *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

06 Vgl. Robert A. Dahl, *Democracy and Its Critics*, New Haven 1989, S. 97–105.

07 Vgl. ders., *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven 1971, S. 2.

08 Siehe auch den Beitrag von Steffen Kailitz in dieser Ausgabe.

09 Vgl. Adam Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, New York 1991.

10 Vgl. Mike Alvarez et al., *Classifying Political Regimes*, in: *Studies in Comparative International Development* 2/1996, S. 3–36.

11 Vgl. Philippe C. Schmitter/Terry Lynn Karl, *What Democracy Is ... and Is Not*, in: *Journal of Democracy* 3/1991, S. 75–88, hier S. 76.

stimmte Bürger:innen aufgrund von persönlichen oder gruppenbezogenen Eigenschaften (Ethnie, Religion, Klasse, Ideologie) vom politischen Prozess exkludieren. Und während demokratische Herrschaft über die temporäre (und wieder entziehbare) Zustimmung der Bürger:innen gerechtfertigt wird, greifen nicht-demokratische Regime in ihrer Herrschaftslegitimation gerne auf außerpolitische Quellen zurück.

Autoritäre Herrscher fürchten überdies die Offenheit der Wahlen. Sie setzen sich keinen freien, fairen und kompetitiven Wahlen aus, sondern versuchen stattdessen, den Ausgang einer Wahl entweder schon im Vorfeld zu ihren Gunsten zu beeinflussen oder die Wahlen im Nachhinein zu desavouieren und zu manipulieren. Autokraten sind schlechte Verlierer.¹² Wahlen sind in autoritären Kontexten nicht bedeutungslos, verlieren aber weitgehend ihre Funktion der Partizipation und *accountability*. Autoritäre Herrschaft erkennt zudem liberale Sicherungsmechanismen vor staatlicher Willkür nicht an. Autokraten verletzen häufig die politischen und bürgerlichen Rechte ihrer Bevölkerungen, indem sie repressiv gegen sie vorgehen und rechtsstaatliche Prinzipien negieren.

Die enge historische Verwobenheit von Demokratie, Menschenrechten und liberalen Sicherungsmechanismen wird in jüngster Zeit offen infrage gestellt. Die vom ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán popularisierte Idee einer „illiberalen Demokratie“ etwa suggeriert, dass Demokratie auch ohne liberalen „Ballast“ funktionieren könne. Diese vulgärdemokratische Vorstellung von einem puren und einheitlichen Volkswillen negiert jedoch den pluralistischen und liberalen Kern moderner Demokratie.¹³ Sie verkennet sowohl die ideengeschichtliche Tradition der Demokratie als auch ihre gelebte Praxis in der Moderne. Den politischen Liberalismus auf eine flexibel und vage definierte „Wokeness“ zu reduzieren, um so Ressentiments gegen kulturelle, religiöse, ethnische oder sexuelle Minderheiten schüren zu können, ist nichts anderes als ein autoritär-populistischer Taschenspielertrick, auf den man nicht hereinfallen sollte.

AUTORITARISMUS UND TOTALITARISMUS

In einer zweiten Annäherung kann der Autoritarismus innerhalb der Nicht-Demokratien vom Totalitarismus abgegrenzt werden. Die Totalitarismustheorie hat ihren Ursprung in der Auseinandersetzung mit Nazi-Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion. In ihrem sozialphilosophischen Ansatz hat Hannah Arendt die Originalität totalitärer Herrschaft herausgehoben, die in ihrer Monstrosität und ihrem Gewaltexzess einem zivilisatorischen Bruch gleichkam, bei dem die „Kontinuität abendländischer Geschichte unterbrochen“ wurde.¹⁴ Arendt macht dabei zwei charakteristische Merkmale dieser Herrschaftsform aus: Zum einen beschreibt sie den Terror als das Wesen totalitärer Herrschaft, der nicht nur Freiheiten beschneidet, sondern den Menschen „in das eiserne Band des Terrors“¹⁵ schließt. Für Arendt ist dies der äußere Zwang, der den Raum zwischen den Menschen, in dem Arendt das Politische verortet sieht, zerstört.¹⁶ Diesem äußeren Zwang des Terrors stellt sie einen inneren Zwang gegenüber, die Ideologie. Totalitäre Ideologien erheben einen Anspruch auf totale Welterklärung und sind dadurch gekennzeichnet, dass sie einerseits nicht falsifizierbar sind und sich andererseits so gegen Kritik immunisieren. Zusätzlich folgt ideologisches Denken einem Selbstzwang, bei dem „aus einer sicher angenommenen Prämisse nun mit absoluter Folgerichtigkeit (...) alles weitere deduziert“ wird.¹⁷ Durch diesen doppelten Zwang, den äußeren Zwang des Terrors und den inneren Zwang des ideologischen Denkens, verliert der Mensch in einer totalitären Gesellschaft sowohl die Bindung zu seinen Mitmenschen als auch zur empirischen Wirklichkeit.

Während Arendt in ihrer Arbeit auf die menschlichen Grunderfahrungen im Totalitarismus fokussiert, betonen andere Autor:innen die strukturellen Merkmale einer solchen Herrschaftsform. Der bedeutendste Ansatz ist hier der von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski. Auch sie erkennen – ähnlich wie Arendt

¹² Vgl. Johannes Gerschewski, *The Two Logics of Autocratic Rule*, Cambridge 2023, S. 3–5.

¹³ Vgl. Ernst Fraenkel, *Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie* (1964), in: ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Baden-Baden 2011, S. 256–280.

¹⁴ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*, 10. Aufl., München 2005 (1951), S. 945f.

¹⁵ Ebd., S. 958.

¹⁶ Vgl. dies., *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, hrsg. von Ursula Ludz, München 2007, S. 9–12.

¹⁷ Dies. (Anm. 14), S. 965.

– die allumfassende, auf den radikalen Bruch mit existierenden gesellschaftlichen Regeln abzielende Ideologie und die Ausübung von Terror als zentrale Merkmale. Sie fügen diesen beiden Punkten aber noch die Existenz einer straff organisierten Massenpartei, das Monopol über Kommunikationsmittel, eine staatlich gelenkte Wirtschaft sowie das Gewaltmonopol hinzu.¹⁸

Bis in die 1960er Jahre hinein ist der Totalitarismus als Gegenpol zur Demokratie begriffen worden. Die politikwissenschaftliche Geschichte des Begriffs Autoritarismus als Herrschaftsform beginnt erst mit einem Aufsatz des deutsch-spanischen Politikwissenschaftlers Juan Linz, der 1964 eine „scholarly uneasiness“ feststellte, ein Unbehagen beim analytischen Gebrauch des Totalitarismuskonzepts.¹⁹ Das Konzept, so Linz, sei zu eng und entspreche nicht mehr der empirisch anzutreffenden Realität. Er hatte vor allem Spanien unter Francisco Franco im Blick, für das die Dimensionen des Totalitarismus zu eng und zu extrem seien. Diese erfassten nicht mehr die Spezifika neuerer nicht-demokratischer Regime, die nicht von einer umfassenden und utopischen Ideologie geprägt seien, die alle privaten Lebensbereiche durchdringt, sondern eher von einer distinkten Mentalität. Auch seien sie nicht durch gesellschaftlichen Monismus geprägt, sondern durch einen begrenzten Pluralismus. Und schließlich kämen diese Regime ohne jene politische Mobilisierung der Massen aus, die kennzeichnend für den Totalitarismus war.²⁰ Kurzum: Die Regime seien besser als „autoritär“ denn als „totalitär“ zu klassifizieren. Das Konzept des Autoritarismus war damit ursprünglich eine Residualkategorie, die in Abgrenzung zum vorherrschenden Paradigma des Totalitarismus eingeführt wurde. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist aus dieser Residualkategorie jedoch der dominante Herrschaftstypus gewor-

den. So gut wie alle nicht-demokratischen Regime sind heute autoritär. Allenfalls Nordkorea kann mit Abstrichen noch als totalitäres Regime gelten.²¹

Um innerhalb der autoritären Regime klassifizieren zu können, wird häufig auf den Ort der jeweiligen Machtkonzentration Bezug genommen. So lassen sich Einparteienregime von Militärregimen und personalistischen Regimen abgrenzen. In einem Einparteienregime ist die Macht bei einer vorherrschenden, in sich hierarchisch strukturierten politischen Partei konzentriert. Ein historisches Beispiel ist Mexiko unter der Partido Revolucionario Institucional (PRI), heute finden sich Einparteienregime noch in kommunistisch regierten Ländern wie China oder Kuba. Ein Militärregime hingegen wird von einer Militärjunta aus obersten Offizieren angeführt, bekannte Beispiele sind die südamerikanischen Militärregime der 1970er Jahre unter Augusto Pinochet in Chile und Jorge Rafael Videla in Argentinien, aber auch das heutige Regime in Myanmar. Personalistische Regime schließlich sind stark auf eine einzelne Führungsperson und deren familiäre Clique zugeschnitten. Beispiele wären hier die Philippinen unter Ferdinand Marcos, Libyen unter Muammar al-Gaddafi oder das heutige Russland unter Wladimir Putin.

Vergleichsweise neu ist das Phänomen, dass autoritäre Herrschaft sich hinter einer demokratischen Fassade versteckt. In solchen „elektoralen“²² oder „kompetitiven“²³ autoritären Systemen treten zwar mehrere konkurrierende Parteien zur Wahl an, diese Wahlen sind jedoch weder frei noch fair. Die Opposition wird im Wahlkampf strukturell benachteiligt und mit Repressionen belegt, der Wahlausgang häufig manipuliert. Die Türkei unter Erdoğan ist hierfür ein paradigmatisches Beispiel. „Geschlossene“ autoritäre Regime hingegen sind dadurch gekennzeichnet, dass Wahlen, sofern sie überhaupt stattfinden, kein Wettbewerbselement mehr kennen. Selbst wenn mehrere Parteien formal zur Wahl stehen, stellen diese keine politischen Alternativen dar. Die in der DDR als

¹⁸ Vgl. Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge 1956. Vor allem die beiden letzten Punkte werden kritisiert. Ein staatliches Gewaltmonopol ist mit Max Weber Ausdruck eines jeden modernen Staates und nicht nur einem totalitären zuzuschreiben. Ähnlich ist eine staatlich gelenkte Wirtschaft weder notwendige noch hinreichende Bedingung für totalitäre Herrschaft.

¹⁹ Juan J. Linz, *An Authoritarian Regime: Spain*, in: Erik Allardt/Yrjö Littunen (Hrsg.), *Cleavages, Ideologies, and Party Systems*, Helsinki 1964, S. 291–342, hier S. 291.

²⁰ Vgl. ders., *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, in: Fred I. Greenstein/Nelson W. Polsby (Hrsg.), *Handbook on Political Science*, Bd. 3, Reading 1975, S. 175–411.

²¹ Vgl. Patrick McEachern, *North Korea. What Everyone Needs to Know*, Oxford 2019.

²² Andreas Schedler, *The Logic of Electoral Authoritarianism*, in: ders. (Hrsg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006, S. 1–23.

²³ Steven Levitsky/Lucan A. Way, *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*, Cambridge 2010.

„Blockflöten“ titulierten „Oppositionsparteien“ bieten hierfür empirisches Anschauungsmaterial. Von zunehmender Relevanz sind heute überdies „digitale“ oder „smarte“ autoritäre Regime, die die Überwachung der Bevölkerung mithilfe von digitalen Technologien zu perfektionieren versuchen.²⁴

Die Begriffe Autoritarismus und Autokratie werden in der Wissenschaft oft synonym verwendet. Autokratie ist etymologisch eine Selbst-Herrschaft, *krátos* meint im Griechischen „Herrschaft“, während die Vorsilbe *auto* „selbst“, „eigen“ oder „aus sich selbst heraus“ bedeutet. Die Autokratie ist somit eine Herrschaft, in der sich eine Person oder eine Gruppe von Personen politische Macht selbst anmaßt. Politische Macht wird nicht als vom Volk geliehen angesehen, sondern als Eigentum betrachtet. Der Begriff der Diktatur wiederum stammt vom lateinischen *dic-tare* (ansagen, anordnen, vorschreiben) und geht auf das antike Rom zurück, in dem die Diktatur zunächst ein zeitlich befristetes, verfassungsmäßiges Amt war. In einer Notlage wurden dem Diktator Sonderkompetenzen zur Abwendung einer Krise eingeräumt. Erst mit Lucius Cornelius Sulla 82 v. Chr. und Julius Caesar 44 v. Chr. gingen die zeitliche Befristung und die aufgabenspezifische Kompetenzzuteilung des Amtes verloren – weshalb wir heute von einer Diktatur sprechen, wenn politische Macht dauerhaft und unkontrolliert ausgeübt wird.²⁵

AUTORITÄRE WERTE

Der dritte Weg, sich dem Autoritarismus zu nähern, ist ein sozialpsychologischer. Er gründet auf den wegweisenden Arbeiten der Kritischen Theorie, vor allem auf jenen Erich Fromms seit den 1920er Jahren. Für Aufsehen sorgte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Studie zur „autoritären Persönlichkeit“,²⁶ die 1950 noch im US-amerikanischen Exil vorgelegt wurde. Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik und andere Mitstreiter:innen gingen der Frage nach, wie faschistische, rassistische und antisemitische Bewe-

gungen entstehen konnten und inwiefern hinter deren Ressentiments individuelle Dispositionen zu autoritären Werten steckten.

Die Autor:innen argumentierten, dass die beobachtbaren Vorurteile in einer bestimmten Persönlichkeitsstruktur verankert sind, die liberale Offenheit ablehnt und stattdessen von Hierarchie und Unterordnung geprägt ist. Entscheidend für die Charakterbildung seien die Familienstrukturen und Sozialisationspraktiken der 1920er Jahre gewesen, die vor allem von einem Mangel an emotionaler Zuwendung und einer Bagatellisierung von inneren Prozessen geprägt gewesen seien, verkörpert in einer kühl-distanzierten Vaterfigur. Weitere Merkmale sind die strikte Aufforderung zur Disziplin, eine ausgeprägte Gehorsamspflicht sowie eine stark konformistische Orientierung an gesellschaftlichen Normen und Konventionen. In der Kindheit, so die These, werden Hassgefühle gegenüber Autoritäten kultiviert, die sich im Laufe der Zeit auf Minderheiten verschieben. Methodisch auf der sogenannten F-Skala aufbauend (F für Faschismus),²⁷ die unter anderem den Konventionalismus, die autoritäre Unterwürfigkeit, die Aggression gegenüber unkonventionellen Gruppen, aber auch die reflexhafte Abwehr des Subtilen, Ästhetischen und Kreativen, die Stereotypie, die Destruktivität und den Zynismus sowie die übertriebene Beschäftigung mit Sexualität umfasste, wurde bei bestimmten Personen ein „autoritäres Syndrom“ identifiziert, das diese für den Faschismus anfällig machte.

Die Studie wurde im Laufe der Zeit von unterschiedlichen Seiten kritisiert. In methodischer Hinsicht wurde vor allem die nicht-repräsentative Stichprobe der Antwortenden und die Fragebogenkonstruktion kritisiert. Zudem wurde der unterstellte kausale Zusammenhang zwischen Sozialisation und autoritärer Persönlichkeit sowie die Stabilität der Persönlichkeitsstruktur infrage gestellt. Trotz dieser berechtigten Kritik gilt die Studie als ein Meilenstein der empirischen Sozialforschung, vor allem in Bezug auf die Erforschung autoritären Denkens.

Das empirische Langzeitprojekt zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, das zu Beginn der 2000er Jahre an der Universität Bielefeld gestartet wurde, wählt einen anderen Erklärungsansatz für die Verbreitung von auto-

²⁴ Siehe hierzu den Beitrag von Seraphine Maerz in dieser Ausgabe.

²⁵ Interessanterweise versprechen Militärdiktaturen bis heute, dass sie die Herrschaft nur kurzzeitig und bis zur Behebung einer inneren oder äußeren Krise übernehmen wollen. Es bleibt häufig beim Versprechen.

²⁶ Adorno et al. (Anm. 5).

²⁷ Vgl. ebd., S. 228.

ritären Werten.²⁸ Es betont vor allem soziale, wirtschaftliche und politische Kontextfaktoren. Anstatt über die (kindliche) Sozialisation und die Herausbildung stabiler Persönlichkeitsstrukturen zu argumentieren, sieht es das Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, gesellschaftlicher Desintegration und zunehmender Demokratieentleerung als ursächlich für die steigende Attraktivität autoritärer Werte an. Autoritäre Einstellungen werden über „Signaturen der Bedrohung“ erklärt.²⁹ Diese Signaturen entstehen aufgrund von Krisen-, Umbruchs- und Unsicherheitserfahrungen, die die Sehnsucht nach vermeintlicher autoritärer Sicherheit befördern.

Das enorme Verdienst, autoritäre Einstellungen weltweit anhand von systematischen Befragungen zu erheben und damit global vergleichbar zu machen, kommt dem Projekt des World Values Survey (WVS) zu. 1981 vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Ronald Inglehart gegründet, führt es heute Survey-Erhebungen in 120 Ländern durch und misst Einstellungen über mehr als 600 Indikatoren. In der nunmehr achten Welle der Untersuchung werden unter anderem politische Einstellungen von Bürger:innen abgefragt, die autoritäre Werte widerspiegeln. Gefragt wird beispielsweise nach den Einstellungen zu einer starken politischen Führung, die in ihrer Machtausübung nicht von einem Parlament oder durch Wahlen gehindert wird, ob Expert:innen statt gewählter Regierungen politische Entscheidungen treffen sollten, ob das Militär die Regierungsgeschäfte übernehmen soll, wenn sich die Exekutive als inkompetent erweist, oder welche Bedeutung politische und bürgerliche Freiheiten im Leben der Befragten haben. Aufbauend auf diesen Daten wurde jüngst argumentiert, dass der globale Aufstieg autoritär-populistischer Parteien das Ergebnis einer kulturellen Gegenreaktion (*cultural backlash*) ist, die von traditionsorientierten Teilen der Bevölkerung getragen wird, die durch die fortschreitende Liberalisierung der Gesellschaft einen kulturellen Statusverlust befürchten.³⁰

KONKLUSION

Was also ist nun Autoritarismus? In diesem Aufsatz wurden drei Pfade aufgezeigt, auf denen man sich dem Konzept nähern kann. Die ersten beiden konzeptualisieren Autoritarismus in Abgrenzung zu anderen Begriffen wie Demokratie und Totalitarismus, der dritte über die Betrachtung individueller Dispositionen und Einstellungen.

Autoritarismus ist erstens eine Abkehr (oder Negation) von demokratischen Grundprinzipien: vom fundamentalen Demokratieprinzip der Gleichheit, von der Zustimmung der Bürger:innen als Legitimationsquelle, von der Anerkennung der wettbewerblichen Wahlprinzipien inklusive der Offenheit des Wahlausgangs und von liberalen Sicherungsmechanismen, die Machtansprüche limitieren und Minderheitenrechte schützen sollen. Zweitens lassen sich innerhalb der Gruppe der Nicht-Demokratien totalitäre und autoritäre Systeme unterscheiden (und letztere noch einmal in Subtypen unterteilen). Autoritäre Regime sind, in Abgrenzung zum Totalitarismus, gekennzeichnet von einer in der Gesellschaft verbreiteten Mentalität (statt einer utopischen Ideologie), einem begrenzten Pluralismus (statt eines Monismus) und einer nur begrenzten politischen Mobilisierung. Drittens schließlich kann man sich dem Autoritarismus sozialpsychologisch annähern. Aus dieser Perspektive führen autoritäre Werte entweder durch frühkindliche Prägung zu einer stabilen Persönlichkeitsstruktur oder hängen von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen ab. Doch welcher analytische Pfad schlussendlich auch gewählt wird: Autoritarismus ist ein globales Phänomen, das – *nolens volens* – weiterhin unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen wird. Und das es besser zu verstehen und zu erklären gilt.

28 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*. Folgen 1–10, Frankfurt/M. 2002–2011.

29 Ders., *Autoritäre Versuche. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin 2018.

30 Vgl. Pippa Norris/Ronald Inglehart, *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge 2019.

JOHANNES GERSCHEWSKI

ist Heisenberg-Fellow der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Abteilung Transformationen der Demokratie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

PERFEKTE WELLE?

25 Jahre weltweite Autokratisierung

Felix Wiebrecht

Seit den frühen 2000er Jahren erlebt die Welt eine globale Welle der Autokratisierung im Sinne eines „substanziellen faktischen Rückgangs der institutionellen Kernanforderungen für eine Wahldemokratie“.⁰¹ Zur Erklärung: Wahldemokratien (*electoral democracies*) sind dadurch gekennzeichnet, dass die liberalen Komponenten der Demokratie – unabhängige Gerichte, Medien- und Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz – zwar nicht vollständig ausgeprägt sind, demokratische Wahlen aber weitgehend funktionieren. Ein substanzieller Rückgang der institutionellen Kernanforderungen bedeutet also nichts anderes, als dass die Integrität freier, gleicher und geheimer Wahlen faktisch nicht mehr gegeben ist.

Obwohl der Begriff der Autokratisierung in erster Linie mit dem Rückgang des Qualitätsniveaus in Demokratien assoziiert wird, kann er sich auch auf Qualitätsverschlechterungen in Autokratien beziehen, etwa in sogenannten elektoralen oder kompetitiven autoritären Regimen, die zwar nicht mehr zur Gruppe der Demokratien zu zählen sind, die aber gleichwohl noch demokratische Komponenten wie eben Wahlen oder ein Mehrparteiensystem aufweisen. Von Autokratisierung sprechen wir also auch dann, wenn eine ohnehin schon autoritär agierende Regierung demokratische Normen und Institutionen noch weiter untergräbt – etwa, indem sie beschließt, gar keine Wahlen mehr abzuhalten, Parlamente zu schließen oder oppositionelle Parteien zu verbieten.

Die aktuelle Welle der Autokratisierung nahm vor rund 25 Jahren ihren Anfang. Wie sich diese Welle aufgebaut hat, was sie charakterisiert und welche Folgen sie für die Zukunft von Demokratie und Autokratie hat, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Der Großteil der Daten, auf die ich mich beziehen werde, stammt aus dem jüngsten Varieties-of-Democracy-Datensatz (V-Dem),⁰² wobei anzumerken ist, dass die Korrelation zwischen verschiedenen Demokratieindizes

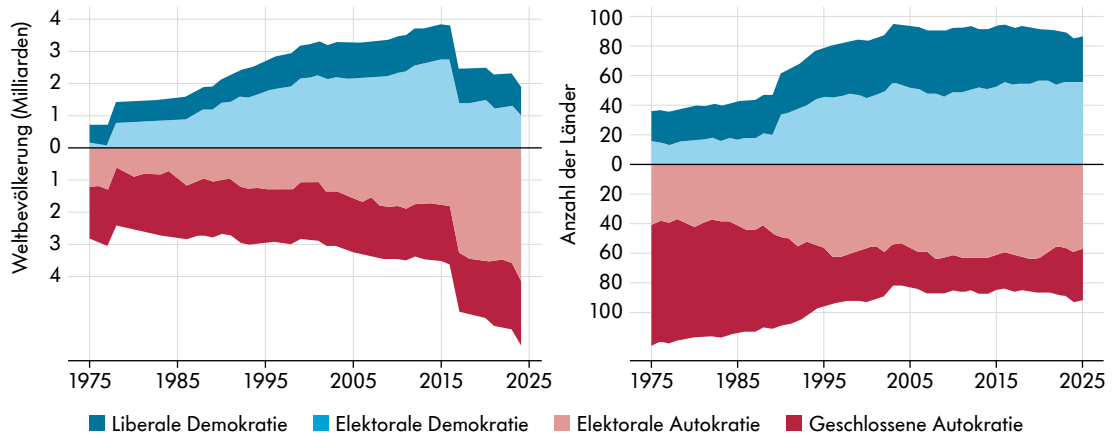
im Allgemeinen sehr hoch ist, andere Datensätze also zu ähnlichen Ergebnissen kommen.⁰³

AUTOKRATISIERUNGSWELLEN

Die aktuelle Welle der Autokratisierung ist nicht die erste ihrer Art, sondern reiht sich ein in eine historische Entwicklung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Die erste Welle der Autokratisierung rollte von Mitte der 1920er Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs über die Welt, als viele junge Demokratien – von Argentinien über Deutschland, Italien und Spanien bis hin zu Japan, Ungarn und Uruguay – zusammenbrachen. Nachdem sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele Länder demokratisiert hatten, ereignete sich die zweite autokratische Welle von den späten 1950er Jahren bis in die späten 1970er Jahre hinein. Betroffen waren wiederum viele Länder Süd- und Lateinamerikas, aber auch Südkorea, die Philippinen oder die Türkei. Die dritte Autokratisierungswelle schließlich begann sich 1994 aufzubauen, verstärkte sich in den 2010er Jahren und hält bis heute an.

Zu den bekanntesten Fällen von Autokratisierung in dieser dritten Welle zählen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, Brasilien, Ungarn, Indien, Polen, die Türkei, Venezuela und die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch weniger bekannte Fälle wie Bolivien, Ecuador, Moldawien, Nordmazedonien, Südkorea oder Sambia. In diesen und anderen demokratischen (oder ehemals demokratischen) Ländern ließen sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten unterschiedliche Autokratisierungsepisoden beobachten, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führten. Während einige dieser Episoden zur Entstehung von autoritären Regimen führten, wie zum Beispiel in Ungarn unter Viktor Orbán, brachten sie in anderen Fällen zwar Erosionsprozesse mit sich, die aber nicht zwangsläufig zum Zusammenbruch der Demokratie führten, sondern in geschwächte, aber weiterhin

Abbildung 1: Regimetypen nach Anteil an der Weltbevölkerung und Anzahl der Länder, 1975–2025



Quelle: Marina Nord et al., Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era?, V-Dem Institute, Göteborg 2026, S. 10f.

bestehende Demokratien mündeten. Gleichzeitig haben viele bereits autoritär regierte Länder weitere Autokratisierung erfahren, darunter Afghanistan, Haiti, Hongkong, Myanmar, Russland oder Tansania, wo etwa die Unterdrückung der Opposition zugenommen hat und die ohnehin schon niedrigen Wahlstandards weiter gesunken sind.

Die dritte Welle der Autokratisierung hat das globale Demokratieniveau signifikant sinken lassen. In den frühen 2020er Jahren traf sie eine beispiellos hohe Zahl an Demokratien, darunter Ungarn, Indien und Serbien. Infolgedessen ist die Zahl der geschlossenen und elektoralen Autokratien in den vergangenen beiden Jahrzehnten stetig gestiegen, während die Zahl der liberalen Demokratien im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist. Ende 2025 gibt es nach den Daten des Varieties-of-Democracy-Projekts weltweit 92 Autokratien und 87 Demokratien, wobei viele der autokratisch regierten Länder deutlich größer und bevölkerungsreicher sind. Nach manchen Berechnungen lebt heute – nach Jahren des weltweiten Rückgangs demokratischer Standards – rund drei Viertel der Weltbe-

völkerung in Autokratien.⁰⁴ Die dritte Welle der Autokratisierung ist somit alleine schon hinsichtlich der schieren Anzahl betroffener Länder und Bevölkerungen bemerkenswert (Abbildung 1).

Gleichwohl gibt es Stimmen, die vor einem allzu pessimistischen Blick auf die aktuelle Welle der Autokratisierung warnen. So wird etwa verschiedentlich darauf verwiesen, dass „objektive“ Indikatoren für demokratische Regression (oder Fortschritt), die nicht wie bei V-Dem auf Experteneinschätzungen beruhen, keinen ähnlich starken Rückgang der Demokratiequalität zeigten⁰⁵ oder die aktuelle Welle der Autokratisierung nur junge Demokratien betreffe und etablierte Demokratien intakt lasse.⁰⁶ Doch auch wenn (noch) bessere Messinstrumente für das globale Demokratieniveau wünschenswert wären: Dass Autokratisierung weltweit – trotz jüngster Gegenbeispiele wie Brasilien, Ungarn oder Polen – voranschreitet und nun sogar Demokratien wie die Vereinigten Staaten bedroht, deren Zusammenbruch bislang für äußerst unwahrscheinlich gehalten wurde,⁰⁷ steht wohl außer Frage.

01 Anna Lührmann/Staffan I. Lindberg, A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New About It?, in: Democratization 7/2019, S. 1095–1113, hier S. 1096.

02 Das Varieties of Democracy Institute (V-Dem) ist ein an der Universität Göteborg angesiedeltes internationales Forschungsprojekt, das Daten zur Analyse von Demokratiequalität zur Verfügung stellt, mit denen unter anderem die weltweite Ausprägung von Herrschaftsformen untersucht werden kann. Siehe www.v-dem.net.

03 Vgl. Vanessa A. Boese, How (Not) to Measure Democracy, in: International Area Studies Review 2/2019, S. 95–127.

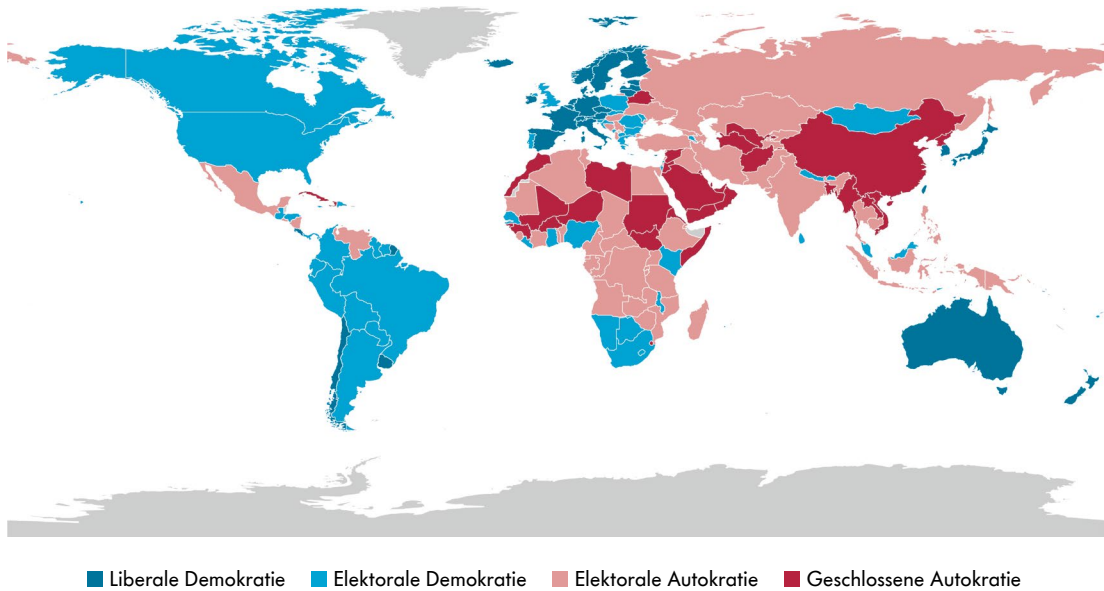
04 Vgl. Marina Nord et al., Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era?, V-Dem Institute, Göteborg 2026.

05 Vgl. Andrew T. Little/Anne Meng, Measuring Democratic Backsliding, in: PS: Political Science & Politics 2/2024, S. 149–161.

06 Vgl. Daniel Treisman, How Great Is the Current Danger to Democracy? Assessing the Risk with Historical Data, in: Comparative Political Studies 12/2023, S. 1924–1952; Steven Levitsky/Lucan A. Way, Democracy's Surprising Resilience, in: Journal of Democracy 4/2023, S. 5–20.

07 Vgl. Treisman (Anm. 6).

Abbildung 2: Regimetypen weltweit, 2025



Quelle: Marina Nord et al., Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era?, V-Dem Institute, Göteborg 2026, S. 10.

GLOBALES PHÄNOMEN

Waren die ersten beiden Autokratisierungswellen in ihren geografischen Ausmaßen noch eher begrenzt, ist die dritte Welle ein wahrhaft globales Phänomen, das alle Weltregionen betrifft. Betrachtet man die Länderdurchschnittswerte, weisen die meisten Regionen wieder ein Demokratieniveau auf, das ungefähr dem der Jahrtausendwende entspricht. Gewichtet man diese Durchschnittswerte hinsichtlich der betroffenen Bevölkerung, schneiden viele Regionen heute sogar schlechter ab als damals. In Westeuropa und Nordamerika sind zwar alle Länder nach wie vor dem Regimetyp der Demokratie zuzurechnen, doch sind mehrere von ihnen in der Zwischenzeit von liberalen Demokratien zu Wahldemokratien geworden; die Daten zeugen von einem allgemeinen Rückgang des Demokratieniveaus (zur weltweiten Verteilung siehe *Abbildung 2*).

Dieser Trend zeigt sich in jüngster Zeit mit dem Rückgang der Demokratiequalität in den Vereinigten Staaten unter der Trump-Administration besonders deutlich, hatte in der Region jedoch bereits zuvor an Fahrt aufgenommen. Das Demokratieniveau in Lateinamerika und der Karibik etwa erreichte seinen Höhepunkt in den frühen 2000er Jahren und ist seitdem erkennbar

gesunken, mit bemerkenswerten Verschlechterungen etwa in Venezuela und Argentinien. Während Osteuropa in den 1990er und frühen 2000er Jahren zunächst große Verbesserungen in der Demokratiequalität verzeichnete, haben Autokratisierungsepisoden in Ungarn, Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine zu einem erneuten Rückgang des Demokratieniveaus geführt, das nun wieder mit dem der frühen 2000er Jahre vergleichbar ist. Da insbesondere Polen und die Ukraine bevölkerungsreiche Länder in diesem Teil der Welt sind, wiegt ihr Rückgang bei der Berechnung des bevölkerungsgewichteten Durchschnitts umso schwerer.

Auch in Subsahara-Afrika können wir ein Stagnieren des demokratischen Fortschritts feststellen, das Demokratieniveau ist mittlerweile ebenfalls wieder rückläufig. Bedingt durch das Wiederaufflammen von Militärputschen in der Sahelzone und weitere Autokratisierungstendenzen in ohnehin bereits autoritären Staaten wie der Zentralafrikanischen Republik, Mosambik oder Togo entspricht das Demokratieniveau in dieser Region nun ebenfalls wieder dem der frühen 2000er Jahre. In Süd- und Zentralasien hingegen sind die Länderdurchschnittswerte in den vergangenen 25 Jahren relativ stabil geblieben. Doch auch dort zeigen die bevölkerungsgewichteten Maße einen steilen Rückgang

der Demokratiequalität, was vor allem auf die Rückschritte in den bevölkerungsreichen Ländern Indien, Afghanistan, Bangladesch und Pakistan zurückzuführen ist. Ähnlich verhält es sich in Ostasien und dem Pazifikraum, wo das Gesamtdurchschnittsniveau der Demokratien in den vergangenen 25 Jahren zwar weitgehend stabil geblieben ist, dadurch aber einige bedeutende Autokratisierungsepisoden insbesondere in Südostasien, etwa in Thailand, Indonesien und den Philippinen, verdeckt werden. Und selbst die am wenigsten demokratische Region der Welt – der Nahe Osten und Nordafrika – hat erhebliche Rückschritte in ihrem ohnehin schon bescheidenen Demokratieniveau zu verzeichnen. Die starken Autokratisierungstendenzen in der Türkei sind ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung, aber auch Verluste der Demokratiequalität beispielsweise in Tunesien tragen zum allgemeinen Abwärtstrend bei.

Mit Blick auf die aktuelle Autokratisierungswelle ist also zweierlei bemerkenswert: Zum einen trifft sie zwar in erster Linie Länder, die erst spät zu Demokratien wurden,⁰⁸ mittlerweile betrifft sie aber auch etablierte Demokratien wie die Vereinigten Staaten oder Italien, was die Demokratiewerte in Westeuropa und Nordamerika ebenfalls gesenkt hat. Zum anderen hat sie eine These fraglich werden lassen, die lange Zeit in der vergleichenden Politikwissenschaft als gesichert galt: dass Demokratien, sobald sie einen bestimmten Einkommensschwellenwert erreicht haben, kaum mehr zusammenbrechen.⁰⁹ Diese These trifft nicht mehr vollumfänglich zu. Belarus, Ungarn, die Türkei und Venezuela können allesamt als Fälle gelten, in denen die Demokratie trotz des Überschreitens dieses zuvor definierten Wohlstandsschwellenwerts zusammengebrochen ist. In Polen machte die Autokratisierung knapp vor dem demokratischen Zusammenbruch halt;¹⁰ was aus Ungarn wird, ist derzeit noch nicht abzusehen, auch wenn die Abwahl der lange regierenden Fidesz-Partei eher Demokratisierung als Autokratisierung erwarten lässt. Was die aktuelle Welle der Autokratisierung aber in jedem Fall zeigt: Kein Land ist davor gefeit.

SCHLEICHENDE AUTOKRATISIERUNG

Darüber hinaus unterscheidet sich die dritte Welle von den ersten beiden vor allem durch die Art und Weise, in der Autokratisierung vonstattengeht. In der Vergangenheit waren Autokratisierungsprozesse typischerweise durch plötzliche Ereignisse wie Militärputsche, externe Invasionen oder Autogolpes („Selbstputsch“, Staatsstreich von oben) gekennzeichnet. Im 21. Jahrhundert hingegen vollzieht sich Autokratisierung eher schrittweise und unter dem Deckmantel der Legalität.

In den meisten Fällen gelangen antidemokratische Amtsinhaber auf legalem Wege an die Macht, oft durch relativ freie und faire Wahlen. Einmal an der Macht, untergraben sie schleichend und substanziell demokratische Normen und Institutionen, ohne diese offen abzuschaffen. Der Fall Boliviens während der Amtszeit von Evo Morales zwischen 2006 und 2019 ist ein Paradebeispiel für diesen Prozess: Der Rückgang der Demokratie war inkrementell, aber folgenreich, und führte mit den manipulierten Wahlen im letzten Amtsjahr von Morales schließlich zum Zusammenbruch der Demokratie.¹¹ Eine prominente Ausnahme von diesem dominanten Autokratisierungsmodus scheinen die Vereinigten Staaten zu sein, wo die Autokratisierung unter Präsident Trump wesentlich rascher vorangeschritten ist als in vergleichbaren Fällen.

Zwei Komponenten charakterisieren diesen schrittweisen Autokratisierungsprozess in besonderer Weise: Zum einen sind die handelnden Akteure bestrebt, Gewaltenteilung und *checks and balances* zu schwächen, indem sie horizontale Kontrollakteure wie Gerichte und Parlamente einzuhegen versuchen. Zum anderen schwächen sie gezielt politische und bürgerliche Freiheiten, um die Rechenschaftspflicht der Regierenden (*accountability*) auszuhöhlen. Wahlen als zentrales Element des demokratischen Wettbewerbs werden hingegen in vielen Fällen nicht im gleichen Maße untergraben.

Die erstgenannte Form der Autokratisierung zeigt sich besonders deutlich in der schrittweisen Erosion der Kontrolle über die Exekutive. Die Politikwissenschaftlerin Nancy Bermeo be-

⁰⁸ Vgl. Treisman (Anm. 6); Levitsky/Way (Anm. 6).

⁰⁹ Vgl. Adam Przeworski/Fernando Limongi, *Modernization: Theories and Facts*, in: *World Politics* 2/1997, S. 155–183.

¹⁰ Vgl. Rachel Beatty Riedl et al., *Democratic Backsliding, Resilience, and Resistance*, in: *World Politics* 1/2025, S. 151–178.

¹¹ Heute (2026) wird das Land wieder als Wahldemokratie klassifiziert.

zeichnete diesen Prozess des exekutiven Machtzuwachses als „executive aggrandizement“.¹² Damit ist gemeint, dass Autokratisierung in erster Linie ein von der Exekutive angetriebener Prozess ist, bei dem diese „die Kontrolle über die Exekutivmacht Schritt für Schritt abbaut und eine Reihe institutioneller Veränderungen vornimmt, die die Fähigkeit der Opposition schwächen, die Präferenzen der Exekutive zu hinterfragen“.¹³ In Verbindung mit parlamentarischen Mehrheiten nutzen autokratisierende Führungspersonen ihre Macht, um die parlamentarische Kontrolle auszuhebeln, Verfassungsänderungen durchzusetzen, die ihnen mehr Befugnisse verleihen – zum Beispiel bei der Besetzung richterlicher Positionen –, neue Verfassungen zu entwerfen oder Amtszeitbeschränkungen für die Exekutive aufzuheben. Diese Strategien schwächen die horizontale Herrschaftskontrolle, unterminieren die Rechenschaftspflicht der Regierenden und verbessern ihre Chancen, an der Macht zu bleiben. Ein Beispiel für solche weitreichenden Reformen ist etwa Recep Tayyip Erdoğans Umbau der Türkei von einem parlamentarischen in ein präsidentielles Regierungssystem. Dieses neue System verlieh ihm als Präsidenten nahezu unbeschränkte und unkontrollierte Machtbefugnisse, darunter auch die Befugnis, Bürgermeister zu ernennen oder das Parlament aufzulösen. Auch die Justiz hat er mehr und mehr unter seine Kontrolle gebracht.

Die zweite Form der Autokratisierung – die faktische Aushöhlung der Rechenschaftspflicht – zeigt sich in dem Versuch, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit durch legale und extra-legale Maßnahmen zu untergraben. Im Wahl-demokratieindex von V-Dem sind es vor allem die Komponenten Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit, die in den vergangenen 25 Jahren die stärksten Rückgänge über alle Länder hinweg zu verzeichnen hatten. Insbesondere Medien und Zivilgesellschaft sind häufig Ziele dieser Angriffe – und oft auch die ersten Opfer dieser Autokratisierungsstrategie. Die Pressefreiheit etwa wird häufig durch regelmäßige verbale (und mitunter auch physische) Angriffe auf Medienschaffende untergraben, aber auch durch regulatorische Instrumente, die Amtsinhabern eine stärkere Kontrolle über Personalentscheidungen in Presse und

Rundfunk sowie bei Finanzierungsfragen ermöglichen und letztlich die Medienberichterstattung zu ihren Gunsten verzerren sollen. Staatliche Zensuranstrengungen sind heute weltweit deutlich stärker ausgeprägt als noch vor zehn oder zwanzig Jahren.¹⁴ Darüber hinaus unterdrücken autokratisch agierende Regierungen zunehmend zivilgesellschaftliche Organisationen und verschärfen ihre Kontrolle über viele dieser Akteure. In vielen autokratisierenden Ländern ist eine deutliche Zunahme von Gesetzen zur Registrierung der Zivilgesellschaft und zur Regulierung ihrer Finanzen zu beobachten, in Russland und (bislang) Ungarn zum Beispiel unter anderem hinsichtlich ihrer Finanzierung aus dem Ausland.

Auch Wahlen und Wahlsysteme werden als wichtigstes Mittel zur Machterhaltung zwar häufig umgestaltet, um Möchtegernautokraten und ihre Parteien strategisch zu begünstigen, doch verzeichnen wir im globalen Durchschnitt der vergangenen 25 Jahre keinen signifikanten Rückgang der Wahlintegrität. Mehrere damit verbundene Indikatoren aus den V-Dem-Daten, darunter der Index für saubere Wahlen, die Freiheit und Fairness von Wahlen, die Autonomie der Wahlbehörden oder die Hürden für politische Parteien, sich an Wahlen zu beteiligen, zeigten bis 2012 sogar eine positive Entwicklung, bevor sie wieder auf das Niveau des Jahres 2000 zurückfielen. Keine dieser Veränderungen ist jedoch auf globaler Ebene statistisch signifikant, was darauf hindeutet, dass die Qualität der Wahlen in jenen autokratisierenden Ländern, die weiterhin Wahlen abhielten, nicht substantiell gelitten hat.

FOLGEN FÜR DEMOKRATIE UND AUTOKRATIE

In ihrer dramatischsten Form kann Autokratisierung zum Zusammenbruch der Demokratie führen. Häufig etablieren sich dann elektorale autoritäre Regime, die zwar weiterhin wählen lassen, deren Wahlen durch die Kompromittierung des Wahlprozesses aber nicht mehr als frei und fair gelten können. Zwar gibt es weiterhin kompetitive Wahlen, der politische Wettbewerb ist jedoch in einem solchen Ausmaß untergraben, dass das Spielfeld deutlich zugunsten der Amtsinhaber

¹² Nancy Bermeo, *On Democratic Backsliding*, in: *Journal of Democracy* 1/2016, S. 5–19, hier S. 10.

¹³ Ebd. (eigene Übersetzung).

¹⁴ Vgl. Fabio Angiolillo et al., *State of the World 2023: Democracy Winning and Losing at the Ballot*, in: *Democratization* 8/2024, S. 1597–1621.

verschoben ist. Dieser unfaire politische Wettbewerb manifestiert sich etwa darin, dass oppositionelle Parteien und Kandidaten im Vorfeld einer Wahl von den Regierenden – und nicht etwa von einer unabhängigen Wahlkommission – überprüft und im Zweifelsfall von der Wahl ausgeschlossen werden. Die Amtsinhaber nutzen außerdem häufig staatliche Ressourcen für ihren Wahlkampf, verweigern der Opposition eine angemessene Medienberichterstattung, schüchtern Oppositionskandidaten und ihre Unterstützer ein – und manipulieren mitunter sogar die Wahlergebnisse.

All diese Maßnahmen sollen die Machtposition der regierenden Autokraten sichern, doch schließt dieser unfaire Wettbewerb nicht aus, dass die Opposition dennoch gewinnen kann. Der jüngste Sieg der ungarischen Oppositionsbewegung bei den Parlamentswahlen ist ein anschauliches Beispiel dafür. Ihr Erfolg sollte aber nicht als Beleg dafür gewertet werden, dass die Autokratisierung unter Orbáns Herrschaft nicht substantiell war. Vielmehr zeigt der ungarische Fall, wie ein auf Herrschaftssicherung ausgerichtetes elektorales autoritäres Regime – unter außergewöhnlichen Umständen – überwunden werden kann. Das steht durchaus im Einklang mit der Forschung. Die zeigt nämlich, dass Autokratisierungsepisoden keine sich selbst verstärkenden Selbstläufer sind, sondern durchaus umgekehrt werden können. Genau das ist während der dritten Welle der Autokratisierung in einem beispiellosen Ausmaß geschehen: Fast 73 Prozent aller Autokratisierungsepisoden werden innerhalb von nur fünf Jahren nach Erreichen des niedrigsten Demokratieniveaus umgekehrt und enden in wiederhergestellten oder sogar verbesserten Demokratieniveaus.¹⁵

Prominente Beispiele für dieses „U-Turn“-Phänomen sind Brasilien, Südkorea oder Sambia. Diese Fälle zeigen, dass die Umkehrung von Autokratisierungsprozessen in der dritten Welle häufig durch Reaktionen der Bevölkerung ausgelöst wird – durch großangelegte Mobilisierung,

eine geeinte Opposition, enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Kräften und letztendlich durch die Abwahl autokratischer Führungspersonen in noch einigermaßen funktionierenden Wahlen.¹⁶ Doch sollten diese positiven Nachrichten nun auch nicht vorschnell zur Beruhigung führen. Denn die Forschung zeigt auch: Langfristig bleiben Demokratien fragil, wenn die den Autokratisierungsepisoden zugrunde liegenden Ursachen, etwa eine tiefe Polarisierung der Gesellschaft, bestehen bleiben.¹⁷ Die dauerhafte Etablierung eines stabilen autoritären Regimes ist also ein ebenso schwieriges Unterfangen wie die dauerhafte Stabilisierung einer fragilen Demokratie, in der die Samen der Autokratisierung schon einmal gesät wurden. Die Zukunft wird daher wohl weniger Stabilität und mehr Volatilität beithalten.

FELIX WIEBRECHT

ist promovierter Politikwissenschaftler und Lecturer an der University of Liverpool. Er forscht unter anderem zu globalen Autokratisierungsprozessen.

APuZ zum Hören

bpb.de/apuz-podcast

Im Podcast nehmen wir Sie einmal im Monat mit zu unseren Expertinnen und Experten. Viel Hintergrundwissen kompakt in 30 Minuten.

Auf bpb.de und überall, wo es Podcasts gibt.

¹⁵ Vgl. Marina Nord et al., When Autocratization is Reversed: Episodes of U-Turns since 1900, in: *Democratization* 5/2025, S. 1136–1159.

¹⁶ Vgl. Felix Wiebrecht et al., State of the World 2022: Defiance in the Face of Autocratization, in: *Democratization* 5/2023, S. 769–793.

¹⁷ Vgl. Matías Bianchi/Nic Cheeseman/Jennifer Cyr, The Myth of Democratic Resilience, in: *Journal of Democracy* 3/2025, S. 33–46.

STARKE AUTOKRATIE, SCHWACHE DEMOKRATIE?

Autokratische Performanz im Vergleich

Lars Lott · Aurel Croissant

In jüngerer Zeit hat die alte Debatte über die Leistungsfähigkeit politischer Systeme neue Aktualität gewonnen. Vor dem Hintergrund multipler Krisen ist vielerorts der Eindruck entstanden, dass demokratische Systeme zunehmend Schwierigkeiten haben, schnell, effektiv und nachhaltig auf komplexe Problemlagen zu reagieren. Zugleich treten autoritäre Regierungen selbstbewusster auf. Vor allem die Volksrepublik China präsentiert sich als handlungsfähige, effiziente und strategisch überlegene Systemalternative zu westlichen Demokratien. Diese Selbstinszenierung fällt in eine Phase, in der demokratische Erosionstendenzen weltweit zuzunehmen scheinen.⁰¹ Auch Umfragedaten zeigen, dass die Zufriedenheit mit der Funktionsweise demokratischer Institutionen in vielen etablierten Demokratien sinkt, während autoritäre Modelle in Teilen der Öffentlichkeit an Attraktivität gewinnen.⁰²

Diese Wahrnehmung ist in doppelter Hinsicht problematisch. Erstens beruht sie meist auf selektiven Vergleichen. Demokratien werden an idealisierten Erwartungen oder an früheren Hochphasen gemessen, während Autokratien anhand weniger besonders erfolgreicher Ausnahmefälle beurteilt werden. Die Mehrzahl autoritärer Regime weist jedoch schwache Institutionen, begrenzte staatliche Kapazitäten und instabile Politik-Outputs auf. Damit wird die allgemeine Leistungsfähigkeit autoritärer Systeme systematisch überschätzt. Zweitens greift die Gegenüberstellung von Demokratie und Autokratie analytisch zu kurz, weil politische Performanz stark von institutionellen Arrangements, staatlicher Kapazität, Bürokratiequalität und Informationsstrukturen abhängt. Diese Bedingungen unterscheiden sich zwischen Demokratien und Autokratien, insbesondere aber auch innerhalb der Gruppe autoritärer Regime sowie zwischen verschiedenen Politikfeldern deutlich.

Wichtig ist daher eine differenzierte Analyse der politischen Performanz unterschiedlicher Regimetypen. Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht nicht die Frage, ob Autokratien grundsätzlich leistungsfähig sind, sondern unter welchen Bedingungen, in welchen Politikfeldern und zu welchem Preis sie politische Leistungen erbringen können. Im Durchschnitt erreichen Demokratien in vielen, aber nicht in allen Politikbereichen eine bessere Leistungsbilanz als Autokratien. Ihre Vorteile liegen vor allem dort, wo politische Entscheidungen auf breite gesellschaftliche Rückkopplung, transparente Informationen, Rechenschaftspflicht und langfristige Problemlösung angewiesen sind. Autokratien hingegen können insbesondere in zentralisierten und durchsetzungintensiven Politikfeldern hohe Performanz erzielen. Zugleich aber ist die Varianz innerhalb der Autokratien besonders groß: Den wenigen sehr leistungsfähigen autokratisch regierten Staaten wie China, Singapur oder Katar steht eine große Zahl mediokrer oder schlecht performender Autokratien gegenüber. Diese Binnenvarianz ist analytisch wichtig, weil sie zeigt, dass Leistungsfähigkeit weder als allgemeiner Vorteil von Autokratien noch als bloße Ausnahme verstanden werden sollte.

WAS MEINT „PERFORMANZ“?

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit politischer Systeme setzt zunächst voraus, zu klären, was unter „Performanz“ überhaupt verstanden wird. Der Begriff wird in der Politikwissenschaft unterschiedlich verwendet und ist keineswegs eindeutig definiert. Grundsätzlich lassen sich drei Verständnisse unterscheiden.⁰³

Erstens kann Performanz als die Fähigkeit politischer Systeme verstanden werden, Ent-

scheidungen hervorzubringen und umzusetzen (Output). Im Mittelpunkt stehen dabei Handlungsfähigkeit, Entscheidungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit sowie die Fähigkeit, politische Programme durchzusetzen. Gerade in diesem Sinne wird Autokratien häufig eine höhere Effizienz zugeschrieben, da ihre Exekutive weniger durch institutionelle Vetospieler wie Gerichte oder zweite Parlamentskammern, zivilgesellschaftlichen Widerstand oder langwierige Aushandlungsprozesse eingeschränkt wird.⁰⁴

Zweitens kann Performanz auf die gesellschaftlichen Ergebnisse politischen Handelns (Outcomes) bezogen sein. Hierzu zählen etwa wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit, Gesundheit oder Umweltqualität. Diese Perspektive dominiert große Teile der Forschung zum Themenbereich „Demokratie und Entwicklung“ und ist häufig die Grundlage für Analysen darüber, ob Demokratien oder Autokratien „besser performen“.⁰⁵

Drittens wird Performanz auch im Sinne der Qualität staatlichen Handelns verstanden (Governance). Im Zentrum stehen hier Kriterien wie administrative Professionalität, Unparteilichkeit, Korruptionskontrolle oder Rechtsstaatlichkeit.⁰⁶ In dieser Perspektive hängt politische Leistungsfähigkeit nicht nur von den bloßen Ergebnissen ab, sondern auch von den institutionellen Verfahren, durch die politische Entscheidungen zustande kommen.

Die drei genannten Verständnisvarianten sind analytisch unterscheidbar, stehen empirisch je-

doch häufig in einem Spannungsverhältnis. Politische Systeme können etwa Entscheidungen schnell treffen, ohne damit gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse zu erzielen. Umgekehrt können inklusive und rechtsstaatlich eingebettete Entscheidungsprozesse zeitaufwendiger sein, zugleich aber nachhaltigere Lösungen hervorbringen. Kurzfristige Effizienz und langfristige Problemlösungsfähigkeit fallen daher nicht notwendigerweise zusammen.

Für die Forschung ergibt sich daraus ein grundlegendes Problem: Da Performanz multidimensional ist und unterschiedliche Studien verschiedene Indikatoren verwenden, gelangen sie hinsichtlich der Leistungsfähigkeit politischer Systeme häufig zu widersprüchlichen Ergebnissen. Aussagen über einen vermeintlichen Demokratie- oder Autokratievorteil hängen wesentlich davon ab, welche Dimension politischer Performanz und welche konkreten Politikfelder untersucht werden. Hier setzt die neuere Forschung an, die politische Leistungsfähigkeit stärker politikfeldspezifisch sowie entlang institutioneller und staatlicher Kapazitäten analysiert.

FORSCHUNGSSTAND

Die Frage, ob Demokratien oder Autokratien leistungsfähiger sind, gehört zu den klassischen Themen der Politikwissenschaft und der Politischen Ökonomie. Lange Zeit konnten viele Studien keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Regimetyp und wirtschaftlicher Entwicklung nachweisen.⁰⁷ Neuere und methodisch robustere Arbeiten kommen nun jedoch überwiegend zu dem Ergebnis, dass demokratisches Regieren im Durchschnitt größere Effekte auf wirtschaftliches Wachstum hat. Demokratien weisen nicht nur höhere langfristige Wachstumsraten als Autokratien auf, sondern auch geringere Wachstumsvolatilität und eine größere Krisenresilienz.⁰⁸

Auch hinsichtlich sozialer Entwicklung finden aktuelle Studien deutliche Unterschiede zu-

01 Vgl. Marina Nord et al., *Democracy Report 2026: Unraveling the Democratic Era?*, V-Dem Institute, Göteborg 2026.

02 Vgl. Xavier Romero-Vidal/David Talukder, *From Boomers to Zoomers. Generational Shifts in Drivers of Satisfaction with Democracy in Western Europe*, in: *Democratization* 6/2025, S. 1541–1564.

03 Vgl. Edeltraud Roller, *Political Performance and State Capacity*, in: Dirk Berg-Schlosser/Bertrand Badie/Leonardo Morlino (Hrsg.), *Political Performance and State Capacity*, Bd. 3, London 2020, S. 916–933.

04 Vgl. Aurel Croissant/Stefan Wurster, *Performance and Persistence of Autocracies in Comparison: Introducing Issues and Perspectives*, in: *Contemporary Politics* 1/2013, S. 1–18.

05 Vgl. Hristos Doucouliagos/Mehmet Ali Ulubaşoğlu, *Democracy and Economic Growth: A Meta-Analysis*, in: *American Journal of Political Science* 1/2008, S. 61–83.

06 Vgl. Bo Rothstein/Jan Teorell, *What Is Quality of Government?*, in: *Governance* 2/2008, S. 165–190; Nicholas Charron/Victor Lapuente, *Does Democracy Produce Quality of Government?*, in: *European Journal of Political Research* 4/2010, S. 443–470.

07 Vgl. Doucouliagos/Ulubaşoğlu (Anm. 5).

08 Vgl. Daron Acemoğlu et al., *Democracy Does Cause Growth*, in: *Journal of Political Economy* 1/2019, S. 47–100; Marco Colagrossi/Domenico Rossignoli/Mario A. Maggioni, *Does Democracy Cause Growth? A Meta-Analysis (of 2000 Regressions)*, in: *European Journal of Political Economy* 2020, <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2019.101824>; Carl H. Knutsen, *A Business Case for Democracy. Regime Type, Growth, and Growth Volatility*, in: *Democratization* 8/2021, S. 1505–1524.

gunsten demokratischer Systeme. Demokratien erzielen im Durchschnitt bessere Ergebnisse bei Gesundheitsindikatoren, Bildung und sozialer Sicherung. Dies wird häufig darauf zurückgeführt, dass demokratische Institutionen die politischen Entscheidungsträger dazu zwingen, gesellschaftliche Interessen in ihrer Breite zu berücksichtigen und öffentliche Güter bereitzustellen.⁹ Ähnliche Befunde gibt es hinsichtlich der Qualität staatlichen Handelns. Demokratien haben im Mittel weniger mit Korruption zu kämpfen und verfügen über bessere Verwaltungen und eine stärkere Rechtsstaatlichkeit.¹⁰

Gleichzeitig zeigen Studien jedoch, dass sich politische Performanz nicht auf einen allgemeinen Demokratievorteil reduzieren lässt. Demokratien schneiden insbesondere dort besser ab, wo politische Entscheidungen auf gesellschaftliche Rückkopplung, transparente Informationen, institutionelle Kontrolle und langfristige Problemlösung angewiesen sind.¹¹ In Politikbereichen, die stark zentralisierte Entscheidungen, schnelle Implementierung oder hohe Durchsetzungsfähigkeit erfordern, können autoritäre Systeme hingegen zumindest kurzfristig vergleichbare oder sogar bessere Ergebnisse erzielen. Dies gilt etwa für große Infrastrukturprojekte und bestimmte Formen industriepolitischer Steuerung.

Hinzu kommt, dass die Kategorie „Autokratie“ selbst erhebliche Unterschiede verdeckt. Autoritäre Regime unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer institutionellen Strukturen oder ihrer Staatskapazität und Informationsverarbeitung. Entsprechend variiert auch ihre politische Leistungsfähigkeit erheblich. Während einige autoritäre Regime über längere Zeiträume wirtschaftliche Dynamik, administrative Effizienz und politische Stabilität erreichen, weisen viele andere schwache Institutionen, geringe staatli-

che Kapazitäten und instabile Politikoutputs auf. Die Varianz innerhalb der Gruppe der Autokratien ist häufig größer als die durchschnittlichen Unterschiede zwischen Demokratien und Autokratien.¹²

Insgesamt liefert die Forschung damit drei zentrale Befunde: Erstens besitzen Demokratien in vielen Bereichen einen Performanzvorteil gegenüber Autokratien. Zweitens existiert jedoch kein universeller Demokratievorteil über alle Politikfelder hinweg. Drittens variiert die politische Leistungsfähigkeit unter den Autokratien besonders stark.

POLITIKFELDSPEZIFISCHE VARIANZ

Politische Performanz kann nicht allein durch den Regimetyp erklärt werden. Relevant ist vielmehr auch, wie institutionelle Strukturen, staatliche Kapazitäten und politische Anreizsysteme in konkreten Politikfeldern zusammenwirken. Die neuere Forschung identifiziert drei besonders wichtige Mechanismen.

Erstens hängt politische Performanz von Staatskapazität und Bürokratiequalität ab.¹³ Regierungen müssen politische Entscheidungen auch umsetzen können. Dazu benötigen sie handlungsfähige Verwaltungen, fiskalische Ressourcen und politisch-administrative Koordinationsfähigkeit. Dies gilt für Demokratien wie Autokratien gleichermaßen. Autoritäre Regime können in dieser Hinsicht jedoch sehr unterschiedlich aufgestellt sein: Hochkapazitiven Autokratien wie China etwa fällt es leichter, umfangreiche Entwicklungs- und Investitionsprogramme umzusetzen, während schwach institutionalisierte Autokratien wie Venezuela oder der Sudan meist an Patronage, Korrupti-

09 Vgl. Timothy Besley/Masayuki Kudamatsu, Health and Democracy, in: American Economic Review 2/2006, S. 313–318; Michael Ross, Is Democracy Good for the Poor?, in: American Journal of Political Science 4/2006, S. 860–874; Bruce Bueno de Mesquita et al., The Logic of Political Survival, Cambridge, MA 2003.

10 Vgl. Rothstein/Teorell (Anm. 6); Charron/Lapiente (Anm. 6).

11 Vgl. Manfred G. Schmidt, Der Demokratievorteil und der lange Schatten autokratischer Sozialpolitik, in: Aurel Croissant/Sascha Kneip/Alexander Petring (Hrsg.), Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit, Wiesbaden 2017, S. 569–591.

12 Vgl. Siddharth Chandra/Nita Rudra, Reassessing the Links Between Regime Type and Economic Performance: Why Some Authoritarian Regimes Show Stable Growth and Others Do Not, in: British Journal of Political Science 2/2015, S. 253–285; Carl H. Knutsen, Autocracy and Variations in Economic Development Outcomes, in: Gordon Crawford/Abdul-Gafaru Abdulai (Hrsg.), Research Handbook on Democracy and Development, London 2021, S. 117–134.

13 Vgl. Peter Evans/James E. Rauch, Bureaucracy and Growth: A Cross-National Analysis of the Effects of „Weberian“ State Structures on Economic Growth, in: American Sociological Review 5/1999, S. 748–765; Katherine Bersch/Francis Fukuyama, Calibrating Autonomy. How Bureaucratic Autonomy Influences Government Quality in Brazil, in: Governance 1/2025, <https://doi.org/10.1111/gove.12865>.

on und inkonsistenter Politikimplementierung kranken.

Zweitens ist die Qualität politischer Informationsverarbeitung wichtig. Politische Entscheidungsträger sind auf verlässliche Informationen über gesellschaftliche Problemlagen, Implementationsdefizite und unbeabsichtigte Folgen ihres Handelns angewiesen. Demokratien verfügen hierfür im Regelfall über institutionalisierte Rückkopplungsmechanismen wie freie Medien, oppositionelle Akteure, Wahlen, Parlamente oder die Zivilgesellschaft. Autokratien können zwar ebenfalls Formen begrenzter Responsivität entwickeln, etwa durch konsultative Verfahren, lokale Beteiligungsformen oder kontrollierte Wahlen; insbesondere partei-engebundene Autokratien wie Singapur, Vietnam oder China verfügen hier über stabilere Entscheidungsprozesse und längere Planungshorizonte als personalistische Regime oder Militärdiktaturen.¹⁴ Zugleich stehen Autokratien oft vor dem systemischen Problem, dass negative Informationen aus Angst vor Sanktionen, aus Loyalitätsdruck oder wegen administrativer Schönfärberei häufig nicht zuverlässig an die politische Führung gelangen. Dadurch steigt das Risiko von Fehlentscheidungen, ineffizienter Ressourcenallokation und verzögerter politischer Korrektur.¹⁵

Drittens beeinflussen politische Anreizstrukturen die Bereitstellung von Leistungen. Demokratien erzeugen durch Wahlwettbewerb, die Möglichkeit einer kritischen Berichterstattung und institutionelle Rechenschaftspflichten Anreize, öffentliche Güter für die gesamte Bevölkerung bereitzustellen. Autoritäre Regime stehen dagegen vor allem vor dem Problem der Herrschaftssicherung. Ihre Leistungen sind daher oft selektiver und stärker auf Regimestabilisierung ausgerichtet. Je nach Größe und Zusammensetzung der herrschenden Koalitionen können Autokratien öffentliche Güter bereitstellen, um Legitimität zu erzeugen – oder private (und ent-

ziehbare) Güter verteilen, um politische Loyalität und Unterstützung zu sichern.¹⁶

Diese Mechanismen wirken nicht über alle Politikfelder hinweg gleich, denn unterschiedliche Politikbereiche stellen unterschiedliche Anforderungen an politische Systeme. Infrastrukturprojekte etwa verlangen häufig zentrale Koordination, fiskalische Ressourcen und Durchsetzungsfähigkeit. Hier können Autokratien kurzfristig Vorteile besitzen, weil sie weniger Rücksicht auf lokale Widerstände, Beteiligungsverfahren oder institutionelle Vetospieler nehmen müssen. Zugleich erhöht gerade diese geringe Rechenschaftspflicht das Risiko kostspieliger Fehlallokationen. Bei Fragen der Gesundheitsversorgung oder der sozialen Wohlfahrt hingegen geht es weniger um sichtbare Einzelprojekte als um die kontinuierliche, flächendeckende und langfristig wirksame Bereitstellung öffentlicher Leistungen. Sie erfordern verlässliche Daten über gesellschaftliche Bedürfnisse, administrative Durchdringung und Korrekturfähigkeit – und politische Anreize, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einzubeziehen. Genau hier liegen die systemischen Vorteile der Demokratie.

Auch Autokratien können hier gute Ergebnisse erzielen, dies aber vor allem dann, wenn sie über hohe Staatskapazität, leistungsfähige Bürokratien und eine Herrschaftsstrategie verfügen, die öffentliche Güter als Bestandteil politischer Legitimation nutzt. Singapur ist ein besonders anschauliches Beispiel für diese Kombination.

ILLUSTRATIVE EVIDENZ: POLITIKFELDSPEZIFISCHE UNTERSCHIEDE

Diese Zusammenhänge sollen beispielhaft anhand dreier Indikatoren illustriert werden: Infrastrukturpolitik, Kindersterblichkeit und soziale Wohlfahrt.

Große Infrastrukturprojekte gehören zu den sichtbarsten Formen staatlicher Leistungsdemonstration. Autokratien nutzen sie häufig zu Legitimationszwecken und um Modernität, Handlungsfähigkeit und Entwicklungsfortschritte zu

¹⁴ Vgl. Jennifer Gandhi, *Political Institutions Under Dictatorship*, Cambridge 2008; Barbara Geddes/Joseph Wright/Erica Frantz, *How Dictatorships Work: Power, Personalization, and Collapse*, Cambridge 2018.

¹⁵ Vgl. Michael K. Miller, *Elections, Information, and Policy Responsiveness in Autocratic Regimes*, in: *Comparative Political Studies* 6/2015, S. 691–727; Sergei Guriev/Daniel Treisman, *A Theory of Informational Autocrats*, in: *Journal of Economic Perspectives* 4/2020, S. 100–127.

¹⁶ Vgl. Anis Ben Brik, *Authority and Accountability. Policy Innovation Through Evaluation Institutionalization in Gulf States*, in: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 2025, <https://doi.org/10.1080/13876988.2025.2549022>; Schmidt (Anm. 11).

demonstrieren. So verfolgen autoritäre Regime etwa häufiger prestigeträchtige Großprojekte wie den Bau überdimensionierter Wolkenkratzer, neuer Planstädte oder groß angelegter Energie- und Verkehrsprojekte.¹⁷ Demokratien investieren im Mittel rund ein Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Transportinfrastruktur wie Straßen, Schienen oder Häfen, Autokratien etwa 1,86 Prozent.¹⁸

Ein differenziertes Bild zeigt sich beim Ausbau des Breitbandinternets. Demokratien haben in der Vergangenheit Breitbandzugänge stärker ausgebaut als Autokratien und erreichen heute höhere durchschnittliche Zugangsquoten. Auch Autokratien waren auf diesem Gebiet nicht untätig, weisen aber eine deutlich größere Streuung auf. Kapazitätsstarke autoritäre Regime, insbesondere Monarchien und institutionalisierte Parteiregime, erzielen sehr hohe Ausbauleistungen, während andere Autokratien deutlich zurückbleiben. Dass Autokratien den Zugang zum Internet überhaupt ausbauen, mag vielleicht zunächst überraschen, schließlich schaffen digitale Kommunikationsinfrastrukturen neue Möglichkeiten politischer Kritik und oppositioneller Mobilisierung. Allerdings sind sie zugleich zentrale Voraussetzungen wirtschaftlicher Modernisierung und administrativer Steuerung. Zudem haben viele Autokratien gelernt, digitale Technologien für Überwachung, Kontrolle und Propaganda zu nutzen.¹⁹

Bei großen Infrastrukturprojekten liegen die Vorteile von Autokratien also insbesondere in schnellen Entscheidungsprozessen, begrenzten Vetomöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure und einer hohen politischen Durchsetzungsfähigkeit. Gleichzeitig erhöht die geringe

Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft das Risiko von Fehlallokationen und Prestigeprojekten mit schwacher Nachhaltigkeit.

Der zweite hier betrachtete Indikator, die Kindersterblichkeit, gilt als besonders aussagekräftig in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklung, da er wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Gesundheitsversorgung, staatliche Infrastruktur und soziale Ungleichheit zugleich widerspiegelt.²⁰ Zwischen 1945 und 2025 ist die Kindersterblichkeit sowohl in Demokratien als auch in Autokratien erheblich gesunken. Demokratien reduzierten sie in diesem Zeitraum im Durchschnitt von 137 auf 13 Todesfälle pro tausend Lebendgeburten, Autokratien von 291 auf 37.²¹ Neben diesem deutlichen Demokratievorteil zeigt sich auch hier eine erhebliche Varianz unter den Autokratien: So erzielen Monarchien und institutionalisierte Parteiregime häufig relativ gute Ergebnisse, während Militäregime und schwach institutionalisierte Mehrparteiensautokratien deutlich schlechter performen. Diese Unterschiede verweisen zum einen auf die Bedeutung von Staatskapazität, Bürokratiequalität und langfristigen politischen Planungshorizonten, zum anderen verdeutlichen sie nochmals, dass Leistungsfähigkeit kein allgemeines Merkmal autokratischer Herrschaft ist, sondern von spezifischen institutionellen Voraussetzungen abhängt.

Dies gilt auch für den dritten Indikator, die soziale Wohlfahrt. Hier ist der Demokratievorteil besonders stark ausgeprägt. Demokratien weisen im Durchschnitt einen höheren Universalismusgrad sozialer Politik auf, stellen öffentliche Dienstleistungen also breiteren Bevölkerungsschichten zur Verfügung. Zwar stellen auch Autokratien soziale Leistungen bereit, dies aber häufig mit dem Ziel der politischen Kooptation, also zur Bindung neuer Mitglieder an das Regime. Diese Leistungen dienen auch der Legitimation des Regimes, bleiben jedoch häufig selektiv und auf regimenahe Gruppen ausgerichtet.²²

17 Vgl. Haakon Gjerløw/Carl H. Knutsen, *Leaders, Private Interests, and Socially Wasteful Projects: Skyscrapers in Democracies and Autocracies*, in: *Political Research Quarterly* 2/2019, S. 504–520; Fulong Wu/Fangzhu Zhang, *Governing Urban Development in China*. Critical Urban Studies, London 2024; Mirza Sadaqat Huda, *Autocratic Power? Energy Megaprojects in the Age of Democratic Backsliding*, in: *Energy Research & Social Science* 2022, <https://doi.org/10.1016/j.erss.2022.102605>.

18 Die Datenbasis für die nachfolgenden Berechnungen und illustrative Abbildungen können unter <https://github.com/LarsLott/APUZ-Autokratische-Performanz-im-Vergleich-abgerufen-werden> werden.

19 Vgl. Jennifer Earl/Thomas V. Maher/Jennifer Pan, *The Digital Repression of Social Movements, Protest, and Activism: A Synthetic Review*, in: *Science Advances* 10/2022, www.science.org/doi/10.1126/sciadv.abl8198; Erin Baggott Carter/Brett L. Carter, *Propaganda in Autocracies. Institutions, Information, and the Politics of Belief*. Political Economy of Institutions and Decisions, Cambridge 2023.

20 Vgl. John Gerring et al., *Democracy and Human Development. Issues of Conceptualization and Measurement*, in: *Democratization* 2/2021, S. 308–332.

21 Eigene Berechnung mit Daten von Gapminder. Siehe www.gapminder.org.

22 Vgl. Isabela Mares, *Social Protection Around the World: External Insecurity, State Capacity, and Domestic Political Cleavages*, in: *Comparative Political Studies* 6/2005, S. 623–651; Carl H. Knutsen/Magnus Rasmussen, *The Autocratic Welfare State. Old-Age Pensions, Credible Commitments, and Regime Survival*, in: *Comparative Political Studies* 5/2018, S. 659–695.

Hinsichtlich des Universalismusgrads von Grundschulbildung, Gesundheitsversorgung oder dem Zugang zu sauberem Wasser erreichen Demokratien seit 1945 im Durchschnitt deutlich höhere Werte als Autokratien.²³ Der zentrale Unterschied zwischen beiden Systemtypen liegt hier in den politischen Anreizstrukturen: Demokratien erzeugen durch Wahlwettbewerb und Rechenschaftspflicht Anreize für eine breitere Bereitstellung öffentlicher Güter. Autokratien hingegen sind primär bestrebt, ihre herrschaftstragenden Koalitionen zu stabilisieren. Entsprechend werden Ressourcen häufig selektiv verteilt und stärker für klientelistische oder patronagebasierte Herrschaftssicherung genutzt.²⁴ Erneut zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Autokratien: Militärregime wie aktuell in Niger, Burkina Faso oder Mali etwa weisen im Durchschnitt besonders niedrige Universalismusgrade auf. Monarchien dagegen erzielen trotz relativ kleiner Herrschaftskoalitionen vergleichsweise hohe Werte, was sich unter anderem – wie etwa in den Golfmonarchien – mit ressourcenbasierten Wohlfahrtsarrangements erklären lässt. Mehrparteienautokratien wie derzeit in der Türkei, Georgien oder Pakistan schneiden häufig schlechter ab, als zunächst zu erwarten wäre. Zwar existieren dort begrenzte Formen politischen Wettbewerbs, doch bleibt die mit demokratischen Wahlen verbundene Rechenschaftspflicht stark eingeschränkt. Autoritäre Regimeparteien stützen sich stattdessen häufig auf Stimmenkauf, unfaire Wettbewerbsbedingungen und selektive Güterverteilung.²⁵

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Für die hier interessierende Frage nach der Leistungsfähigkeit politischer Systeme greift eine einfache Gegenüberstellung von Demokratie und Autokratie zu kurz. Ein universeller Demokratievorteil über alle Politikfelder hinweg existiert nicht, Autokratien können insbesondere dort hohe Performanz erzielen, wo politische Entscheidungen stark zentralisiert, durchsetzungsintensiv und kurzfristig orientiert sind. Bei großen Infrastrukturpro-

jekten und bestimmten Formen staatlich gelenkter Entwicklungsstrategien können autoritäre Regime von begrenzten Vetomöglichkeiten, schnellen Entscheidungsprozessen und einer starken politischen Durchsetzungsfähigkeit profitieren.

Im Durchschnitt zeigen Demokratien jedoch in vielen Politikfeldern robustere und langfristig stabilere Leistungsprofile. Dies gilt insbesondere für informations- und inklusionsintensive Bereiche wie soziale Wohlfahrt, Gesundheitsversorgung oder gesellschaftliche Entwicklung. Günstigere institutionelle Voraussetzungen wie freie Informationsflüsse, gesellschaftliche Rückkopplung, politische Rechenschaftspflicht und größere Korrekturfähigkeit fördern nicht notwendigerweise kurzfristige Effizienz, erhöhen aber die Wahrscheinlichkeit nachhaltiger und gesellschaftlich wirksamer Politikresultate. Zu erinnern ist aber an die Binnenvarianz autoritärer Regime.

Letztlich hängt die politische Performanz demokratischer wie autokratischer Systeme also stark von Faktoren wie Staatskapazität, Bürokratiequalität, Informationsverarbeitung und politischen Anreizstrukturen ab. Der Regimetyp allein erklärt die Fähigkeit politischer Systeme, gesellschaftliche Probleme zu bearbeiten, nur begrenzt. Vielmehr wirken institutionelle Strukturen und politikfeldspezifische Anforderungen zusammen. Daraus ergibt sich aber eine wichtige Einschränkung autoritärer Effizienz: Gerade jene Merkmale, die Autokratien kurzfristige Vorteile verschaffen können – Zentralisierung, geringe gesellschaftliche Beteiligung, eingeschränkte Rechenschaftspflicht –, erhöhen langfristig die Risiken von Fehlentscheidungen, ineffizienter Ressourcenallokation und einer begrenzten Fähigkeit zur Fehlerkorrektur. Kurzfristige Handlungsfähigkeit ist nicht mit langfristiger Problemlösungsfähigkeit gleichzusetzen.

LARS LOTT

ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Menschenrechtspolitik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

AUREL CROISSANT

ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

²³ Eigene Berechnung mit Daten von V-Dem. Siehe www.v-dem.net.

²⁴ Vgl. Bueno de Mesquita et al. (Anm. 9).

²⁵ Vgl. Lars Pelke, *Inclusionary Regimes, Party Institutionalization and Redistribution Under Authoritarianism*, in: *Democratization* 7/2020, S. 1301–1323.

WARUM UND WIE AUTOKRATIEN IHRE HERRSCHAFT LEGITIMIEREN

Steffen Kailitz

Autokraten können Gegner töten, foltern, überwachen, einsperren oder auch „nur“ drangsaliieren lassen. Dabei sind sie auf die Hilfe von politischen Eliten angewiesen, die Befehle weitergeben, Gewalt organisieren, zentrale Ämter besetzen und ihre Herrschaft mittragen. Zumindest ihnen gegenüber müssen Autokraten begründen, warum sie herrschen dürfen. Und diese Eliten wiederum müssen wissen, wer befehlen darf und worauf ihre eigene Stellung beruht.

Russland, China, Iran oder Saudi-Arabien zeigen, wie unterschiedlich in Autokratien begründet wird, wer herrschen, politisch führen oder Ämter besetzen darf und wie die Nachfolge geregelt wird: In Russland strukturieren Wahlen und Parteien politische Karrieren; in China bestimmt die Kommunistische Partei nach den Vorgaben ihrer Ideologie über Führung und zentrale Ämter; im Iran begründet eine schiitisch-islamistische Staatslehre die besonderen Befugnisse von Oberstem Führer, Wächterrat und Expertenversammlung; und in Saudi-Arabien begrenzen Zugehörigkeit zum Haus Saud und Familienregeln den Kreis der Herrschaftsberechtigten.

REGIMELEGITIMATION UND LEGITIMATIONSSTRATEGIEN

Der Begriff des „politischen Regimes“ bezeichnet die grundlegenden Regeln und Einrichtungen einer Herrschaftsordnung. Er wird in der Wissenschaft wertneutral verwendet und umfasst Demokratien ebenso wie Autokratien. Ein politisches Regime ist weder mit dem Staat noch mit der jeweils amtierenden politischen Führung identisch. Regierungen können wechseln, ohne dass das Regime endet; der Staat besteht in der Regel auch dann fort, wenn das Regime wechselt.⁰¹

Wichtig für das Folgende ist die Unterscheidung von Regimelegitimation und herrschaftsstützenden Legitimationsstrategien. Die Regimelegitimation begründet, wer herrschen darf, wer

über politische Führung und zentrale Ämter bestimmen darf, nach welchen Regeln Herrschaft ausgeübt wird und wie die politische Spitze ersetzt wird. Auf der Grundlage unseres Projekts „Varieties of Political Regimes“ (Va-PoReg) unterscheiden wir hier sechs von insgesamt acht Legitimationsfamilien autokratischer Herrschaft: elektorale, parteimonopolistische, ideologiezentrierte, dynastische, personalistische und militär-korporative (*Tabelle*). Provisorische und externe Legitimation bleiben hier außer Betracht.⁰²

Die Legitimationsstrategien wiederum betreffen die Art und Weise, wie Regierende um Unterstützung werben. Das kann über Leistungs- und Sicherheitsversprechen geschehen, über Nationalismus, Religion, Recht, Mythen, Rituale oder Herrscherinszenierungen. Diese Strategien legen aber nicht fest, wie Führung bestimmt wird.⁰³ Diese Unterscheidung ist eine rein analytische: Sie sagt weder, ob eine Ordnung moralisch gerechtfertigt ist, noch, wie breit sie gesellschaftlich anerkannt wird. Regimelegitimation kann Eliten binden, obwohl das Regime gesellschaftlich umstritten ist.⁰⁴

SECHS BAUPLÄNE AUTOKRATISCHER HERRSCHAFT

In **elektoralen Autokratien** schließen Herrschende aussichtsreiche Gegner aus, manipulieren Wahlen oder unterdrücken die Opposition so stark, dass ein Machtwechsel nicht mehr realistisch ist. Doch auch unfreie Wahlen können Kandidaturen, Mandate und politische Karrieren ordnen: Die russische Präsidentschaftswahl 2024 etwa bot keinen ernsthaften Wettbewerb um das höchste Amt.⁰⁵ Wladimir Putin deutete das offiziell verkündete Ergebnis von 87,3 Prozent gleichwohl als Bestätigung seines Wahlauftrags.⁰⁶ Wahl- und Parteiverfahren strukturieren Kandidaturen, Mandate, Ämtervergabe und politischen Aufstieg und binden Gouverneure sowie regionale Funktionsträger

in die Herrschaftsordnung ein.⁰⁷ Für Ämtervergabe und politischen Aufstieg bleiben diese Verfahren entscheidend. Verlören sie diese Bedeutung, wäre der Wahlauftrag nicht mehr die maßgebliche Rechtfertigung der Herrschaft. Putin rechtfertigt die Beschränkung des Wettbewerbs mit dem Anspruch, den Volkswillen gegen Sonderinteressen oder ausländischen Einfluss zu vertreten. Bei den übrigen autokratischen Typen entscheiden hingegen die Führungsgremien der herrschenden Partei, ideologisch legitimierte Partei- oder Staatsorgane, eine Dynastie, der Herrscher selbst oder das Offizierskorps über die politische Führung.

Parteitage und Zentralkomitees machen noch keine **Einparteiautokratie**. Sie müssen die politische Führung tatsächlich bestimmen und gegebenenfalls ersetzen können. Der Anspruch der Partei auf Führung stützt sich dabei häufig weniger auf eine umfassende Ideologie als auf Fragen der nationalen Einheit, des Staatsaufbaus oder der historischen Rolle der Partei im Unabhängigkeitskampf. In Kambodscha etwa gelang es der kambodschanischen Volkspartei so, nach Auflösung der wichtigsten Oppositionspartei 2018 alle 125 Sitze im Parlament zu erringen; 2023 erhielt sie 120 von 125 Mandaten. Allerdings: Nach mehr als 38 Jahren als Regierungschef übergab Hun Sen das Amt 2023 an seinen Sohn Hun Manet; die familiäre Nachfolge macht Kambodscha zum Grenzfall.⁰⁸

Zur **ideologiezentrierten Regimelegitimation** gehören kommunistische und islamistische Ideokratien sowie Rechtsautokratien. Ideokratien

beanspruchen mit ihrer totalitären Ideologie, Staat und Gesellschaft allein verbindlich zu deuten und umfassend umzugestalten. Die Ideologie selbst begründet, wer politische Führung und zentrale Ämter ausüben oder die ideologischen Grundlagen auslegen darf; vollständig durchgesetzt sein muss dieser Anspruch jedoch nicht. Kommunistische Ideokratien verbinden ihn mit dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis und dem Parteimonopol,⁰⁹ islamistische Ideokratien richten die Auswahl der politischen Führung und die Vergabe zentraler Ämter unmittelbar an einer islamistischen Staatslehre aus. In Iran begründet die schiitische Variante des Islamismus die besonderen Befugnisse zentraler Staatsorgane. Der Wächterrath entscheidet, wer zu Wahlen antreten darf, die Expertenversammlung wählt den Obersten Führer und kann ihn formal abberufen.¹⁰ Rechtsautokratien wiederum begründen Herrschaft meist mit antiegalitären Ordnungsvorstellungen. Faschistische, rassistische und korporatistische Ausprägungen schließen sich nicht aus; nur faschistische Rechtsautokratien sind Ideokratien im umfassenden Sinne. Rassistische ordnen politische Zugehörigkeit nach einer Rassenhierarchie, korporatistische nach einer konservativen Stände- oder Berufsordnung. Die NS-Diktatur war faschistisch und rassistisch, Südafrika während der Apartheid vor allem rassistisch, Spanien unter Francisco Franco vor allem korporatistisch.

Religion kann Regimelegitimation stützen, begründet für sich genommen aber noch keine Ideokratie. In Saudi-Arabien etwa stützt der Wahhabismus die dynastische Ordnung, ohne den Thronzugang zu bestimmen. In der UdSSR wiederum reservierte das Nomenklaturasystem die Spitzenpositionen in Staat, Wirtschaft und

01 Vgl. Licia Cianetti/Gianni Del Panta/Catherine Owen, What Is a „Regime“? Three Definitions and Their Implications for the Future of Regime Studies, in: *Democratization* 8/2025, S. 1972–1994.

02 Vgl. Steffen Kailitz, *Classifying Political Regimes Revisited: Legitimation and Durability*, in: *Democratization* 1/2013, S. 39–60; ders., *Varieties of Political Regimes (Va-PoReg)*. Codebook, Version 4.0, Dresden 2026; ders. et al., *Varieties of Political Regimes (Va-PoReg)*. Dataset, Version 4.0, Dresden 2026, www.va-poreg.de. Version 4.0 erscheint Ende August 2026, bis dahin stehen dort die Vorgängerversionen bereit.

03 Vgl. Alexander Dukalskis/Johannes Gerschewski, What Autocracies Say (and What Citizens Hear): Proposing Four Mechanisms of Autocratic Legitimation, in: *Contemporary Politics* 3/2017, S. 251–268; Marcus Tannenberget al., Claiming the Right to Rule: Regime Legitimation Strategies from 1900 to 2019, in: *European Political Science Review* 1/2021, S. 77–94.

04 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen 1980, Kap. III, § 1; David Beetham, *The Legitimation of Power*, 2. Aufl., Basingstoke 2013; Johannes Gerschewski, Legitimacy in Autocracies: Oxymoron or Essential Feature?, in: *Perspectives on Politics* 3/2018, S. 652–665.

05 Vgl. Rat der Europäischen Union, Russland/Ukraine: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der EU zu den russischen Präsidentschaftswahlen und ihrer Ungültigkeit im Hoheitsgebiet der Ukraine, Brüssel, 18.3.2024.

06 Vgl. Putin Wins Russia Election in Landslide with No Serious Competition, 18.3.2024, www.investing.com/news/world-news/-3341069.

07 Vgl. Ora John Reuter, The Politics of Dominant Party Formation: United Russia and Russia's Governors, in: *Europe-Asia Studies* 2/2010, S. 293–327.

08 Vgl. Neil Loughlin, *The Politics of Coercion. State and Regime Making in Cambodia*, Ithaca 2024.

09 Vgl. Juan J. Linz, *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Boulder 2000, S. 65–142.

10 Vgl. Mehran Kamrava, *How Islam Rules in Iran. Theology and Theocracy in the Islamic Republic*, Cambridge 2024, Kap. 7–8.

Tabelle: Legitimationsfamilien und autokratische Regimetypen

LEGITIMATIONS-FAMILIE (REGIMETYP)	GRUNDLAGE DES HERRSCHAFTS-ANSPRUCHS	FÜHRUNG, ÄMTER, NACHFOLGE	BEISPIEL
Elektoral (elektorale Autokratie)	Wahlauftrag	Wahl- und Parteiverfahren verteilen Mandate und Ämter; ein Machtwechsel ist nicht realistisch.	Russland
Parteimonopolistisch (Einparteiautokratie)	Alleinvertretungsanspruch der herrschenden Partei	Parteigremien bestimmen und ersetzen die politische Spitze und entscheiden über Ämter und Nachfolge.	Kambodscha
Ideologiezentriert (kommunistische und islamistische Ideokratien; Rechtsautokratie)	Kommunistische, islamistische oder rechtsautokratische Ideologie	Die Ideologie begründet, wer herrschen darf und nach welchen Grundsätzen Führung, Ämter und politische Zugehörigkeit geordnet werden.	China; Iran; NS-Diktatur
Dynastisch (autokratische Monarchie)	Dynastisches Herrschaftsrecht	Erbfolge und Familienregeln bestimmen Thronzugang, Nachfolge und Ämter.	Saudi-Arabien
Personalistisch (personalistische Autokratie)	Herrscher als Quelle, Verkörperung oder Garant der Herrschaftsordnung	Parteien, Wahlen und Staatsorgane können die Führung nicht unabhängig vom Herrscher bestimmen oder ersetzen.	Turkmenistan
Militärkorporativ (Militärautokratie)	Besondere Verantwortung des Offizierskorps für Einheit, Ordnung oder Sicherheit	Junta, Militärrat oder maßgebliche Befehlshaber regieren selbst oder bestimmen und ersetzen die Staatsführung.	Myanmar

Quelle: eigene Darstellung

Gesellschaft für politisch und ideologisch zuverlässige Kader und erneuerte die Führungsschicht weitgehend aus den eigenen Reihen. Amt, Einkommen und oft auch die Aufstiegschancen der Kinder hingen vom Fortbestand des Parteistaats ab. Selbst Kader, die nicht mehr an die Ideologie glaubten, hatten daher Grund, am Parteistaat festzuhalten.¹¹ In China kontrolliert die Kommunistische Partei trotz Xi Jinpings Machtkonzentration weiterhin den Ämterzugang und die Auslegung der Ideologie.¹²

In **Monarchien** entscheidet die Abstammung darüber, wer zum engsten Kreis der Herrschafts-

berechtigten gehört. Familienregeln verteilen Rang und Vorrechte und ordnen die Thronfolge. In Saudi-Arabien ersetzte König Salman 2017 seinen Neffen Mohammed bin Nayef als Kronprinzen durch seinen Sohn Mohammed bin Salman; 31 der 34 Mitglieder des für die Thronfolge zuständigen Treuerats (Bai'a-Rat) bestätigten den Wechsel. Die Nachfolge blieb damit innerhalb des Hauses Saud. Autokratische Monarchien binden die Mitglieder des Herrscherhauses aber nicht allein durch Abstammung. Rang, zentrale Ämter und Vorrechte können auch unterlegenen Thronanwärtern eine Stellung innerhalb der Herrschaftsordnung sichern.¹³ Prinzen kön-

¹¹ Vgl. Michael Voslensky, *Nomenklatura. The Soviet Ruling Class*, Garden City 1984.

¹² Vgl. Heike Holbig, *China after Reform. The Ideological, Constitutional, and Organisational Makings of a New Era*, in: *Journal of Current Chinese Affairs* 3/2018, S. 187–207.

¹³ Vgl. Michael Herb, *All in the Family. Absolutism, Revolution and Democracy in the Middle Eastern Monarchies*, Albany 1999; Madawi Al-Rasheed, *The Son King. Reform and Repression in Saudi Arabia*, London 2020.

nen um die Nachfolge konkurrieren und zugleich ein gemeinsames Interesse daran haben, den Kreis der Herrschaftsberechtigten geschlossen zu halten. Ein Regimewechsel würde die gemeinsame Grundlage ihrer Stellung gefährden.

In **personalistischen Autokratien** können Parteien, Wahlen oder Staatsorgane die politische Spitze nicht unabhängig vom Herrscher bestimmen oder ersetzen. Der Herrscher gilt als Gründer, Verkörperung oder unentbehrlicher Garant der Herrschaftsordnung und leitet daraus seinen Führungsanspruch ab. Formale Nachfolgeregeln können bestehen, doch keine vom Herrscher unabhängige Institution kann verbindlich bestimmen und durchsetzen, wer ihm folgt.

In **Militärautokratien** schließlich regieren Junta, Militärrat oder einzelne militärische Befehlshaber entweder selbst oder bestimmen über die Staatsführung – und darüber, wann sie ersetzt wird. Militärführungen leiten ihren Anspruch meist aus einer besonderen Verantwortung für Einheit, Ordnung oder Sicherheit eines Landes ab. Insbesondere in Krisenphasen beanspruchen sie auf dieser Grundlage die politische Führung. Häufig bleibt jedoch offen, wann die Militärherrschaft wieder endet und nach welchen Regeln die nächste Führung bestimmt wird. Nach dem Putsch 2021 etwa rechtfertigte Myanmars Junta die Machtübernahme mit angeblichem Wahlbetrug und drohendem Staatszerfall. Auch die Wahlen 2025/26 änderten an den Machtverhältnissen nichts; ein Viertel der Sitze beider Parlamentskammern ist für vom Oberbefehlshaber ernannte Militärs reserviert. Die militärnahe Partei USDP und die ernannten Militärvertreter verfügen zusammen über 505 der 586 Sitze im Parlament. Am 30. März 2026 trat General Min Aung Hlaing formell als Oberbefehlshaber zurück; vier Tage später wurde er mit 429 von 584 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Der Wechsel ins Präsidentenamt gab der militärischen Vorherrschaft eine zivile Fassade.¹⁴

¹⁴ Vgl. Michael Lidauer, Myanmar's Menu of Electoral Manipulation. Self- And External Legitimation After the 2021 Coup, in: *Critical Asian Studies* 3/2023, S. 397–423; Myanmar Military-Backed Party Declared Election Winner as Army Plans New Body to Maintain Control, 4.2.2026, <https://apnews.com/-ce432b0d344e11b54a537d5f2c7b5dd9>; Myanmar's Parliament Elects Ruling General as President, Keeping the Army in Charge, 3.4.2026, <https://apnews.com/-c263b2d6175b82c5868e24496c975ff8>.

REGIMELEGITIMATION UND ELITENBINDUNG

Wirtschaftliche Einbrüche oder Massenproteste können autokratische Regime erschüttern. Aber ihr Fortbestand gerät erst in Gefahr, wenn maßgebliche Eliten den bisherigen Führungsanspruch oder die Regeln für Ämter und Nachfolge nicht mehr anerkennen.¹⁵ Solange Partei, Verwaltung, Streitkräfte und Sicherheitsdienste die Entscheidungen der Führung akzeptieren und ihre Befehle ausführen, bleibt diese handlungsfähig. Verweigern aber Teile dieser Gruppen den Gehorsam oder unterstützen sie einen konkurrierenden Führungsanspruch, steht die Herrschaftsordnung selbst infrage. Verbindliche Regeln machen die Verteilung von Ämtern und materiellen Vorteilen berechenbarer und können dadurch strategisch relevante Akteure gerade auch in Krisenzeiten an das Regime binden.¹⁶ Hierfür drei Beispiele:

Bei den russischen Dumawahlen 2011 schwächte die für alle sichtbare Wahlmanipulation den beanspruchten Wahlauftrag. Zehntausende protestierten auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz gegen den Wahlbetrug. Ein Demonstrant fragte: „Putin hat sich selbst zum nächsten Präsidenten ernannt. Warum hat uns niemand gefragt?“ Die Proteste stellten Putins angekündigte Rückkehr ins Präsidentenamt und den behaupteten Wahlauftrag infrage, wurden letztlich aber durch polizeilichen und gerichtlichen Gegenruck zerschlagen.¹⁷ Zu einer Spaltung der Elite kam es nicht.

In China verdichteten sich im Frühjahr 1989 die Proteste auf dem Tiananmen-Platz. Der Hungerstreik vieler Studierender erhöhte den gesellschaftlichen Druck, im Mai erreichte der Konflikt die Spitze der Kommunistischen Partei. Generalsekretär Zhao Ziyang setzte auf Dialog,

¹⁵ Vgl. Milan W. Svolik, *The Politics of Authoritarian Rule*, Cambridge 2012, S. 53–120; Graeme Gill, *Bridling Dictators. Rules and Authoritarian Politics*, Oxford 2021, S. 177–216, S. 242–301.

¹⁶ Vgl. Johannes Gerschewski, *The Three Pillars of Stability: Legitimation, Repression, and Co-Optation in Autocratic Regimes*, in: *Democratization* 1/2013, S. 13–38, hier S. 29.

¹⁷ Vgl. OSCE/ODIHR, *Russian Federation: Elections to the State Duma, 4 December 2011. Final Report*, Warschau, 12.1.2012, S. 1, S. 20; Will Englund/Kathy Lally, *Thousands of Protesters in Russia Demand Fair Elections*, 10.12.2011, www.washingtonpost.com/world/europe/thousands-of-protesters-in-russia-demand-fair-elections/2011/12/10/gIQAru4XkO_story.html (Zitat eigene Übersetzung).

Ministerpräsident Li Peng auf das Kriegsrecht. Die graue Eminenz der Partei, Deng Xiaoping, setzte die harte Linie durch, Zhao wurde abgesetzt. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni rückten Truppen nach Peking vor und schossen auf unbewaffnete Zivilisten, das Massaker zerschlug die Protestbewegung. Die Proteste hatten die Parteiführung zwar gespalten, doch die Gegner des Kriegsrechts wurden politisch kaltgestellt und die Befehle zur Niederschlagung der Bewegung ausgeführt – weshalb die Krise nicht zum Regimezerfall führte.¹⁸

Vier Monate später fürchteten viele in Leipzig diese „chinesische Lösung“. Am 9. Oktober standen bewaffnete Einheiten bereit, Krankenhäuser waren auf Verletzte vorbereitet. Über den Stadtfunk wandte sich Gewandhauskapellmeister Kurt Masur gemeinsam mit dem Kabarettisten Bernd-Lutz Lange, dem Theologen Peter Zimmermann und drei Sekretären der SED-Betriebsleitung an die Bevölkerung: „Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“ Rund 70 000 Menschen zogen durch die Innenstadt, die Sicherheitskräfte griffen nicht ein. Regionale Verantwortliche zögerten. Aus Ost-Berlin kam keine klare Weisung, und in der SED-Spitze formierte sich Widerstand gegen Erich Honeckers Kurs. Während sich in Peking unter ähnlichem gesellschaftlichem Druck die harte Linie durchgesetzt hatte, blieb in Leipzig der Befehl zum Gewalteinsatz aus. Reformen und Verhandlungen prägten fortan den Weg – und eröffneten Teilen der alten Elite Wege zu Ämtern außerhalb der alten Ordnung.¹⁹

Jede Herrschaftsordnung hat eigene Bruchstellen. In Iran kann gesellschaftlicher Protest die Herrschaftsordnung unter Druck setzen; zur Regimekrise wird er aber erst dann, wenn die Regimeeliten die Zuständigkeit von Wächter-

rat oder Expertenversammlung nicht mehr anerkennen. In Saudi-Arabien droht eine Krise, wenn Thronansprüche nicht mehr nach Familienregeln entschieden werden. Einpartei-autokratien werden verwundbar, wenn Parteigremien die Führung nicht mehr eigenständig bestimmen oder ersetzen können. Personalistische Autokratien kranken gewöhnlich daran, dass ihnen eine verlässlich institutionalisierte Nachfolgeregel fehlt. Stirbt oder stürzt der Autokrat, gilt das oft auch für das Regime.

REGIMELEGITIMATION UND REGIMEDAUER

Viele Autokratien stellen ihre Herrschaftsordnung als dauerhaft dar. Zwischen Selbstdarstellung und Realität klafft jedoch stets eine Lücke. Besonders groß war sie beim nationalsozialistischen Ewigkeitsanspruch, der sich in der Formel vom „Tausendjährigen Reich“ verdichtete. Das NS-Regime bestand nur zwölf Jahre.²⁰ Daraus folgt jedoch nicht, dass alle autokratischen Ordnungen gleich vergänglich sind. Regimelegitimation kann Eliten enger binden, wenn sie über einzelne Herrscher hinaus klar und verlässlich gilt. Das trifft auf kommunistische Ideokratien und autokratische Monarchien vergleichsweise stark zu. In personalistischen Regimen hängt die Nachfolge meist vom Herrscher oder seinem Machtapparat ab. Kommunistische Ideokratien sollten deshalb Einpartei- und elektorale Autokratien überdauern, autokratische Monarchien wiederum personalistische Autokratien.²¹

Kommunistische Ideokratien bestehen durchschnittlich fast doppelt so lange wie Einpartei-autokratien – und mehr als zweieinhalbmal so lange wie elektorale Autokratien (*Abbildung*). Das entspricht der Erwartung: Die kommunistische Regimelegitimation begründet den Führungsanspruch der Partei über einzelne Herrscher hinaus; ideologische Kaderauswahl und fehlende gleichwertige Karrierewege binden Eliten enger an die Ideokratie. Autokratische Monarchien weisen die

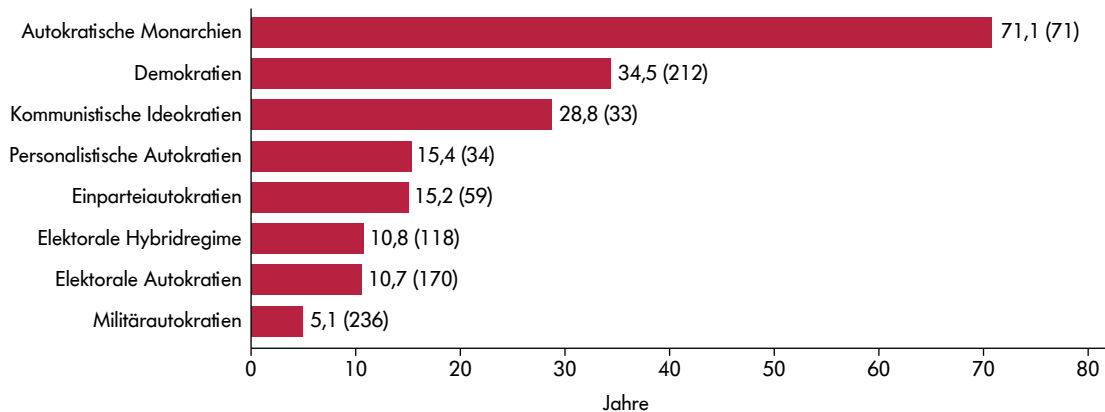
¹⁸ Vgl. Jeremy Brown, *June Fourth. The Tiananmen Protests and Beijing Massacre of 1989*, Cambridge 2021, S. 42–107.

¹⁹ Vgl. Bundesarchiv, Oktober 1989: Offene Krise, Machtwechsel und Wirtschaftslage, Abschnitt „Die Revolution bleibt friedlich“, www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/stories/die-stasi-im-jahr-1989/oktober-1989; Stasi-Unterlagen-Archiv, Information über eine nichtgenehmigte Demonstration im Stadtzentrum von Leipzig am 9. Oktober 1989, Anlage 1, BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 617, Bl. 100–106, www.stasi-mediathek.de/medien/information-ueber-eine-nicht-genehmigte-demonstration-im-stadtzentrum-von-leipzig-am-9-oktober-1989/blatt/105; Monica Ciobanu, *Communist Regimes, Legitimacy and the Transition to Democracy in Eastern Europe*, in: *Nationalities Papers* 1/2010, S. 3–21.

²⁰ Vgl. Andreas Nachama, 12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage, Berlin–Leipzig 2021.

²¹ Vgl. Steffen Kailitz/Daniel Stockemer, *Regime Legitimation, Elite Cohesion and the Durability of Autocratic Regime Types*, in: *International Political Science Review* 3/2017, S. 332–348, hier S. 336–338.

Abbildung: Durchschnittliche Dauer von Regimeepisoden nach Regimetyp



Anmerkung: In Klammern steht die Anzahl der Episoden. Erfasst sind alle am 1. Juli 1900 bestehenden und alle später begonnenen Episoden, jeweils von ihrem tatsächlichen Beginn bis zum 1.7.2026. Die Abbildung fasst liberale und elektorale Demokratien zusammen und zeigt zum Vergleich auch die Dauer elektoraler Hybridregime. Bei den Ideokratien sind nur kommunistische Episoden erfasst.

Quelle: eigene Berechnung mit Va-PoReg 4.0, Episodes Dataset. Weitere interaktive Auswertungsmöglichkeiten unter www.va-poreg.de.

größte Langlebigkeit auf und bestehen durchschnittlich mehr als viereinhalbmal so lange wie personalistische Autokratien. Langlebigkeit bedeutet nicht Unsterblichkeit. Auffällig ist, dass sich die Zusammenbrüche beider langlebiger Regimetypen historisch bündelten: bei autokratischen Monarchien vor allem im Zuge des Ersten Weltkriegs, bei kommunistischen Ideokratien 1989 und in den frühen 1990er Jahren. Beide Welten markieren weltpolitische Zäsuren. Militärautokratien liegen am anderen Ende der Skala. Häufig bleibt offen, wann das Militär die Macht wieder abgibt. Ihre kurze Dauer bedeutet jedoch nicht notwendig geringe Stabilität: Auch bei geschlossener Regimeelite kann Militärherrschaft enden, wenn das Offizierskorps die Krise, mit der es seinen Herrschaftsanspruch begründet, für überwunden hält und die Macht aus eigener Entscheidung wieder abgibt.

Der hohe Monarchiewert ist historisch geprägt: 37 der 71 Episoden autokratischer Monarchien bestanden bereits am 1. Juli 1900. Für diese 37 Fälle beträgt die Dauer im Mittel 112,1 Jahre und damit mehr als viermal so lange wie bei den 34 später begonnenen Episoden. Neue autokratische Monarchien entstehen seit Jahrzehnten jedoch kaum noch. Auch die jüngste kommunistische Ideokratie entstand bereits 1979 in Grenada und blieb nur wenige Jahre bestehen. Langlebigkeit und Neuentstehung sind daher zu trennen.

Die Unterschiede in der Regimedauer bestehen auch dann fort, wenn man statistisch auf Wohlstand, Wachstum, Rohstoffabhängigkeit, ethnische Fragmentierung, Kooptation oder Repression kontrolliert.²² Dies spricht dafür, dass Regimelegitimation zur Dauerhaftigkeit eines politischen Regimes beiträgt, indem sie Eliten an die bestehende Herrschaftsordnung bindet. Autokratien überstehen Krisen, solange maßgebliche Eliten die Legitimation des Regimes anerkennen, auf der ihre Stellung beruht. Je klarer und verlässlicher die Regimelegitimation über einzelne Herrscher hinweg gilt, desto eher halten diese Eliten am bestehenden politischen Regime fest. Wird strittig, wer befehlen und Ämter vergeben darf, wer an die politische Spitze nachfolgt und nach welchen Regeln dies geschieht, gerät das Regime selbst in Gefahr.

STEFFEN KAILITZ

ist habilitierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden. Er leitet das Team des Datensatzprojekts „Varieties of Political Regimes“ (Va-PoReg).

²² Vgl. ebd., S. 339–343.

SIND POPULISTISCHE PARTEIEN SCHULD AN DER EROSION DER DEMOKRATIE?

Pippa Norris

Was sind die treibenden Kräfte für die demokratische Regression in jenen Staaten, in denen sich die Demokratie seit Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Rückzug befindet? Je nach Disziplin und Fachgebiet werden von der Wissenschaft unterschiedliche Gründe genannt. Mal werden die Rolle der führenden Eliten und die Ausweitung der Exekutivgewalt angeführt, mal eine zunehmende Polarisierung, politischer Stillstand, verfassungsrechtliche Schwachstellen im System der Gewaltenteilung, die wachsende sozioökonomische Ungleichheit und die ethnische Vielfalt in der Gesellschaft, ein kultureller Backlash im Hinblick auf liberale Werte oder internationale Konflikte infolge des Zusammenbruchs der regelbasierten Weltordnung.⁰¹

Bei all diesen Ansätzen beansprucht das Bestreben, die Rolle populistisch geführter Regierungen zu verstehen, den größten Raum – schließlich finden sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten zahlreiche Beispiele für die Erosion der Demokratie in verschiedenen Staaten, Gesellschaften und Regionen der Welt, etwa unter Viktor Orbán in Ungarn, Narendra Modi in Indien, Benjamin Netanjahu in Israel, Jair Bolsonaro in Brasilien, Javier Milei in Argentinien, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei und natürlich Donald Trump in den USA. Vielen liberalen Journalistinnen und Analysten, die in diesen Gesellschaften leben, erscheint die Gefahr, die der Populismus für die Demokratie birgt, offensichtlich.⁰² Doch Risiken können falsch eingeschätzt und übertrieben werden; es bedarf daher einer gründlichen Analyse, inwieweit populistische Parteien und Politiker eine maßgebliche Rolle in diesem Prozess spielen. Auch die Frage nach dem Ursache-Wirkungs-Prinzip muss gestellt werden. In vielen Ländern müssen sich die kumulativen und langfristigen Auswirkungen eines politischen Führungswechsels erst noch zeigen, zudem gibt es zahlreiche alternative Faktoren, die womöglich stärker zum Tragen kommen als der Populismus.

POPULISMUS UND DEMOKRATIE

Bereits lange bevor Donald Trump auf einer goldenen Rolltreppe seine Präsidentschaftskandidatur verkündete, galten populistische Politiker, die einem „autoritären Drehbuch“ folgten, als Bedrohung für die liberale Demokratie. So argumentieren etwa Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrer einschlägigen Studie, dass Demokratien Gefahr laufen, untergraben zu werden, wenn sich die Führungseliten in gewählten Ämtern nur unzureichend zu demokratischen Werten und Normen bekennen, die Legitimation ihrer Gegner leugnen, politische Gewalt tolerieren und die Presse- sowie andere Freiheiten und Grundrechte einschränken – selbst wenn die Schutzmechanismen einer Demokratie mit rechtlichen Mitteln (etwa der Besetzung von Richterämtern, Verfassungsänderungen oder der Anpassung von Wahlgesetzen) unterlaufen anstatt durch einen bewaffneten Staatsstreich außer Kraft gesetzt werden.⁰³ Insider haben in diesem Zusammenhang immer wieder konkrete Fälle beschrieben, etwa Donald Trumps anhaltende (und durchaus erfolgreiche) Versuche, mit seiner „Flood the Zone“-Strategie die Demokratie auszuhöhlen, die in seiner zweiten Amtsperiode deutlich an Umfang und Tempo gewonnen haben, nachdem seine früheren, eher zurückhaltenden Berater durch willfährige Getreue ersetzt wurden.⁰⁴

In vielen Kommentaren werden die Risiken hervorgehoben, die populistische Parteien und Führungspersönlichkeiten für die liberale Demokratie mit sich bringen, beispielsweise durch eine Machterweiterung der Exekutive oder die Aushöhlung der horizontalen Kontrollmechanismen für Legislative und Judikative, oder indem man Wahlergebnisse anzweifelt und Falschinformationen verbreitet, um die Illusion aufrechtzuerhalten, man sei vom Volk legitimiert. Ein weiteres Mittel ist die Wahlkampfretorik, etwa wenn versprochen wird, die Korruption zu beseitigen („den Sumpf trocknen“), während gleichzeitig die Bestechung hinter

verschlossenen Türen blüht und sich die Regierungen über sämtliche ethische Normen hinwegsetzen, Wahlkampfspender belohnen und sich auf Kosten der Steuerzahler und ausländischer Staaten persönlich bereichern, die dafür natürlich Gegenleistungen erwarten. Eine weitere Methode sind extremistische Äußerungen, die darauf abzielen, die Rechte von Minderheiten einzuschränken, gesellschaftliche Intoleranz zu schüren und vermeintliche Feinde einzuschüchtern, sowie der Versuch, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, indem man den Rechtsstaat untergräbt und Gerichte und das Militär für seine eigenen politischen Zwecke nutzt.

Die Strategien und Methoden, die zu einer Autokratisierung führen, sind jedoch nicht ausschließlich dem Populismus vorbehalten, vor allem nicht, wenn Autokraten die Sicherheitskräfte kontrollieren und ihre Kritiker mit repressiven Maßnahmen zum Schweigen bringen – etwa mit Gesetzen zum Verbot öffentlicher Proteste, der Inhaftierung politischer Gegner auf Grundlage erfundener Anschuldigungen, mit der Kontrolle über Rundfunk und Fernsehen, einer Zensur in den sozialen Medien oder Regulierungen, die einen echten Wettbewerb der Parteien unmöglich machen. Dennoch galten populistische Regierungschefs vor allem in den frühen Phasen der Erosion demokratischer Institutionen und Normen als Schlüsselfiguren, gestützt auf einen größeren Kreis von Parteigetreuen und Anhängern an der Basis. So kam eine Studie von Christian Houle und Paul Kenny zu dem Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit für einen spürbaren demokratischen Verfall bei populistischen Politikern in Lateinamerika etwa vier Mal größer ist als bei nicht-populistischen Politikern, was größtenteils darauf zurückzuführen ist, dass sie horizontale Kontrollmechanismen außer Kraft setzen und ihre exekutive Macht erweitern

(in mehr als der Hälfte der untersuchten Fälle wurden Ergänzungen oder Veränderungen an der Verfassung vorgenommen, besonders häufig wurden Beschränkungen für Amtszeiten aufgehoben).⁰⁵

Wenn populistische Regierungen tatsächlich die größte Bedrohung für liberale Demokratien weltweit sind, folgt daraus, dass die Fähigkeit zur Wiederherstellung des *Status quo ante* in erster Linie bei den prodemokratischen Oppositionsparteien liegt, indem diese die Zivilgesellschaft mobilisieren und Wahlen gewinnen, wie es im Fall der Niederlagen der polnischen PiS-Regierung 2023 und der Fidesz-Partei von Viktor Orbán in Ungarn 2026 gelang. In beiden Fällen wurden Oppositionsparteien mit dem Versprechen in die Regierung gewählt, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, die Macht der Exekutive einzuschränken und die Menschenrechte im eigenen Land und im Ausland zu achten.

Und doch gibt es gleich mehrere Gründe, warum sich die Wissenschaft in diesem Punkt nicht einig ist. Zum einen wird der Begriff Populismus häufig ohne klare Definition verwendet und Politikern als Etikett angeheftet, deren Ideologie und politische Ausrichtung im Nachhinein anhand ihrer Amtszeit abwertend beurteilt werden. Doch Populismus ist ein komplexes Konzept, mit dem man Personen und Parteien ganz unterschiedlicher politischer Ausrichtung und Überzeugung beschreiben kann. Konzeptionell lässt sich Populismus als Form der Rhetorik betrachten – als überzeugende Sprache, die symbolische Behauptungen hinsichtlich der Quelle legitimer Autorität und darüber aufstellt, wo die Macht eigentlich liegen sollte.⁰⁶ Dieser Diskurs stützt sich auf zwei grundlegende Annahmen: erstens, dass sich die einzig legitime Autorität direkt vom „Willen des Volkes“ ableitet („die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“), und zweitens, dass der Feind des Volkes das „Establishment“ ist, das als eine mächtige, korrupte Gruppe dargestellt wird, die den Kontakt zur Bevölkerung verloren hat, nur an sich selbst denkt, das Vertrauen der Öffentlichkeit missbraucht und gegen den Willen der Bevölkerung handelt. Anklänge an demokratische Werte finden sich in der rhetorischen Behauptung, die Legitimation müsse vom „Volk“ kommen

01 Vgl. David Waldner/Ellen Lust, *Unwelcome Change. Coming to Terms with Democratic Backsliding*, in: *Annual Review of Political Science* 1/2018, S. 93–113; Stephan Haggard/Robert Kaufman, *Backsliding. Democratic Regress in the Contemporary World*, Cambridge 2021.

02 Vgl. Andrea Kendall-Taylor/Erica Frantz, *How Democracies Fall Apart. Why Populism Is a Pathway to Autocracy*, in: *Foreign Affairs*, 5. 12. 2016, www.foreignaffairs.com/articles/2016-12-05/how-democracies-fall-apart; Andrea Kendall-Taylor/Natasha Lindstaedt/Erica Frantz, *Democracies and Authoritarian Regimes*, New York 2019.

03 Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *How Democracies Die. What History Reveals About Our Future*, New York 2018.

04 Vgl. Jonathan Swift/Maggie Haberman, *Regime Change. Inside the Imperial Presidency of Donald Trump*, New York 2026.

05 Vgl. Christian Houle/Paul D. Kenny, *The Political and Economic Consequences of Populist Rule in Latin America*, in: *Government and Opposition* 2/2018, S. 256–287.

06 Vgl. Pippa Norris/Ronald Inglehart, *Cultural Backlash*, New York 2019.

(„Was wirklich zählt, ist nicht, welche Partei unsere Regierung kontrolliert, sondern ob unsere Regierung vom Volk kontrolliert wird“).

Diese beiden Behauptungen sind an sich nicht undemokratisch, tatsächlich hat das Konzept der direkten Demokratie eine lange Tradition, die bis zu Rousseau zurückreicht und sich derzeit auch großer Beliebtheit bei den Befürwortern institutioneller Neuerungen erfreut, wenn etwa Beteiligungsformate wie Bürgerräte oder Bürgerhaushalte die herkömmlichen Verfahren der repräsentativen Demokratie (Wahlen) unterstützen sollen. Zudem stehen die Kritik an staatlicher Korruption oder die Unterstützung von Reformen (etwa die Einrichtung unabhängiger Antikorruptionsbehörden oder die Einführung von Whistleblower-Gesetzen) keineswegs im Widerspruch zu den Bemühungen um eine demokratische Liberalisierung, sondern sind zentrale Forderungen internationaler Organisationen, seit die Weltbank sie Mitte der 1990er Jahre aufgegriffen hat.

Bei progressiven Anführern und liberalen Denkern mag die Forderung nach politischen Innovationen von einem aufrichtigen Willen zur Stärkung der Demokratie getragen sein – etwa durch mehr Möglichkeiten zur direkten Teilhabe oder schärfere Vorschriften, um die Verschwendung von Steuermitteln einzudämmen. Es gibt auch schon seit Längerem die These, dass populistische Parteien als Korrektiv für die liberale Demokratie fungieren könnten, indem sie beispielsweise vernachlässigte und ausgegrenzte Wählergruppen mobilisieren, auf Themen hinweisen, die tatsächlich von öffentlichem Interesse sind, aber bislang übersehen wurden, oder das traditionelle, von Eliten dominierte politische Establishment herausfordern.⁰⁷

Die Praxis sieht jedoch meist anders aus. Die Sprache des Populismus ist häufig nur Fassade oder wird instrumentalisiert, oft in Form bewusst mehrdeutiger Formulierungen. Man beansprucht ein Mandat, um den „Willen des Volkes“ umzusetzen und „in der Politik aufzuräumen“, man entwaffnet mit rhetorischen Mitteln potenzielle Kritiker und Gegner („es war doch nur ein Scherz“), doch kaum sind diese Demagogen im Amt, set-

zen sie vertikale wie horizontale Kontrollmechanismen sowie Beschränkungen der Exekutivgewalt außer Kraft. Zur typischen Rhetorik gehören Angriffe gegen das „Establishment“, indem etwa die Ehrlichkeit und Integrität von gewählten Abgeordneten hinterfragt werden, die Unabhängigkeit der Gerichte und Richter (durch die Ernennung von Parteigängern) untergraben wird und die Unparteilichkeit von Amtsträgern in unabhängigen Behörden („Deep State“) oder die Glaubwürdigkeit etablierter Medien („Fake News“) angezweifelt werden. Auch die Autorität unabhängiger Experten und wissenschaftlicher Berater wird infrage gestellt („Hoax“).⁰⁸ Dank ihrer chamäleonhaften Natur lässt sich die populistische Rhetorik von Parteien und Personen unterschiedlichster Couleur und politischer Ausrichtung adaptieren. Je nach Kontext ist die populistische Rhetorik stark von Prinzipien „zweiter Ordnung“ geprägt, und damit auch von ganz unterschiedlichen ideologischen Werten und Positionen. Vor diesem Hintergrund bleibt unklar, ob es die populistische Rhetorik an sich ist, die die liberale Demokratie aushöhlt – etwa wenn Korruptionsvorwürfe das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie untergraben –, oder ob es nicht eher die der Rhetorik zugrunde liegende autoritäre Ideologie und die exekutiven Handlungen sind, die die Demokratie gefährden; dies gilt insbesondere für den Kampf gegen Korruption und die Forderung, „die Macht dem Volk“ zu geben, da hier Worte und Taten in deutlichem Widerspruch zueinander stehen.

Obwohl in Medienkommentaren häufig die Führungseliten populistischer Parteien für autoritäre Tendenzen verantwortlich gemacht werden, findet man in der Wissenschaft auch die These, Populisten seien eher die Nutznießer als die eigentliche Ursache des demokratischen Verfalls, dessen Wurzeln in anderen strukturellen und institutionellen Gegebenheiten lägen. Im Fall der westlichen Gesellschaften werden in diesem Zusammenhang der Stimmenverlust der etablierten Parteien sowie eine zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems genannt. Diese Entwicklung wird durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Regierungen der politischen Mitte befeuert, die ihre Versprechen nicht einlösen und die oft komplexen Probleme nicht beheben, was wiederum den verschiedenen neueren Parteien am linken und rechten Rand die Chance bietet, die Wählerinnen und

⁰⁷ Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge 2012; Saskia P. Ruth-Lovell/Sandra Grahn, *Threat or Corrective to Democracy? The Relationship Between Populism and Different Models of Democracy*, in: *European Journal of Political Research* 3/2023, S. 677–698.

⁰⁸ Vgl. Norris/Inglehart (Anm. 6).

Wähler für sich einzunehmen.⁰⁹ Darüber hinaus finden sich für die weltweite Erosion demokratischer Institutionen im 21. Jahrhundert neben dem Populismus noch weitere Theorien und Erklärungen aus verschiedenen Forschungsbereichen.¹⁰ Vergleichende Institutionenanalysen etwa konzentrieren sich auf die Anfälligkeit politischer Systeme im Hinblick auf eine extreme Polarisierung der Parteien, unzureichende horizontale und vertikale Kontrollmechanismen zur Verhinderung eines Machtmissbrauchs durch die Exekutive, Wahlbetrug und ein Medienumfeld, vor allem soziale Medien, in dem es von Falschinformationen wimmelt. Strukturelle Erklärungsansätze betonen die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Arm und Reich sowie die wachsende Diversität und ethnische Vielfalt in postindustriellen Gesellschaften, bedingt durch staatliche Konflikte, endemische Armut und globale Bevölkerungsbewegungen. Experten für internationale Beziehungen weisen darauf hin, dass bewaffnete Konflikte und der Zerfall der liberalen, regelbasierten Weltordnung fragile Demokratien wie Mali, die Ukraine und den Libanon destabilisiert haben. Kulturwissenschaftliche Theorien betonen wiederum, dass die Verbreitung progressiver und liberaler Werte einen Backlash ausgelöst hat – etwa in Bezug auf fluide Geschlechteridentitäten, den Wert gesellschaftlicher Vielfalt, sexuelle Orientierung, die Gleichstellung der Geschlechter, nicht-traditionelle Lebens- und Familienformen, die Säkularisierung religiöser Praktiken sowie die Erosion der amerikanischen beziehungsweise westlichen Hegemonie.¹¹ Hier geht man davon aus, dass die seit den 1960er Jahren zu beobachtenden liberalen Tendenzen und der kulturelle Wandel bei traditionellen Konservativen eine Gegenreaktion hervorgerufen haben, bei der sich populistische Führungspersonlichkeiten als Verteidiger und Wiederhersteller bewährter Werte im Bereich „Familie, Glaube und Nation“ (im Sinne von „Make America Great Again“) inszenieren.

Im Bereich der Führungsforschung fällt es schwer, im Hinblick auf die psychologischen Merkmale, ideologischen Überzeugungen und ge-

gebenenfalls Regierungsbilanzen populistischer Persönlichkeiten – Donald Trump (USA), Marine Le Pen (Frankreich), Geert Wilders (Niederlande), Viktor Orbán (Ungarn) oder Giorgia Meloni (Italien) – allgemeine Aussagen zu treffen; anstelle einer universell gültigen Schablone findet man erhebliche Unterschiede in der heterogenen Gruppe der populistischen Parteien und ihrer Führungen. Manche Populisten haben womöglich eine positive Wirkung, indem sie bestimmte liberale Freiheiten stärken, während andere großen Schaden anrichten, vor allem, wenn sie in politischen Systemen an die Macht gelangen, in denen sich die Macht ohnehin schon stark in den Händen des Regierungschefs konzentriert.¹²

POPULISTISCHE PARTEIEN UND DIE LIBERALE DEMOKRATIE

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob populistische Parteien den Prinzipien der liberalen Demokratie generell kritisch gegenüberstehen. Bei der Beantwortung hilft die konsistente und systematische Einordnung von Parteien und Parteienfamilien durch unabhängige Expertinnen und Experten, wie sie etwa im Global Party Survey vorgenommen wird.¹³

Ein Blick auf die großen, in den Parlamenten demokratischer Staaten vertretenen populistischen Parteien zeigt nach Einschätzung der Experten, dass die Intensität der von diesen Parteien verwendeten populistischen Rhetorik signifikant mit ihrer Haltung zur liberalen Demokratie korreliert, womit die gängige Auffassung weitgehend bestätigt wäre. Zudem erweist sich die Haltung der Parteien zur liberalen Demokratie als stärkerer Indikator für Populismus als ihre Positionierung im klassischen politischen Rechts-Links-Spektrum oder entlang der ideologischen Trennlinie zwischen liberalen und konservativen Ansichten in moralischen Fragen. Viele bekannte populistische Parteien wurden aufgrund ihrer Positionen von den Experten als demokratiegefährdend eingestuft – darunter die polnische Partei für „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die österreichische FPÖ, die indische BJP, der is-

09 Vgl. Sheri Berman, *Populism Is a Symptom Rather than a Cause. Democratic Disconnect, the Decline of the Center-Left, and the Rise of Populism in Western Europe*, in: *Polity* 4/2019, S. 654–667.

10 Vgl. Waldner/Lust (Anm. 1); Haggard/Kaufman (Anm. 1); Aurel Croissant/Luca Tomini (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Autocratization*, London 2026.

11 Vgl. Norris/Inglehart (Anm. 6).

12 Vgl. Alessandro Benasaglio Berlucchi/Marisa Kellam, *Who's to Blame for Democratic Backsliding: Populists, Presidents or Dominant Executives?*, in: *Democratization* 5/2023, S. 815–835.

13 Vgl. www.globalpartysurvey.org. Für den Datensatz haben 1861 Expertinnen und Experten Informationen zu den ideologischen Werten und politischen Positionen von 1043 Parteien aus insgesamt 163 Ländern zusammengetragen.

raelische Likud sowie die US-amerikanische Republikanische Partei unter Donald Trump. Man sollte jedoch auch darauf hinweisen, dass es unter den großen populistischen Parteien auch solche gibt, die die liberale Demokratie respektieren, etwa die Dänische Volkspartei, die griechische Syriza oder die Mongolische Volkspartei. Wie nicht anders zu erwarten, wahren auch die meisten Mainstream-Parteien die Prinzipien der liberalen Demokratie, pflegen dabei aber eine pluralistische, nicht-populistische Rhetorik; als Beispiele seien hier die norwegische Konservative Partei, die kanadischen Liberalen und die irische Fianna Fáil genannt.

Der Parteienvergleich legt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen populistischen Parteien und Positionen nahe, die als demokratiegefährdend wahrgenommen werden – eine Einschätzung, die von zahlreichen Analysen und Fallstudien geteilt wird. Gleichzeitig ist Vorsicht geboten, da es Ausnahmen von diesem Muster gibt und der festgestellte Zusammenhang keine Rückschlüsse auf das Verhältnis von Ursache und Wirkung zulässt. Da der länderübergreifende Vergleich lediglich eine Momentaufnahme darstellt, lässt sich auf dieser Basis nicht klären, ob Populisten eher nach ihrer Machtübernahme die liberaldemokratischen Kontrollmechanismen (*checks and balances*) systematisch attackieren und abbauen, oder ob umgekehrt eine schleichende Aushöhlung der zentralen institutionellen Säulen der Demokratie erst die Voraussetzungen dafür schafft, dass Populisten mehr Wählerstimmen mobilisieren, Parlamentssitze und (etwa als Juniorpartner in Regierungskoalitionen) Ministerposten erlangen oder sogar Mehrheitsregierungen anführen können. Ebenso wenig kann der Vergleich Interaktionseffekte aufzeigen, die jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach auftreten, wenn die Beliebtheit populistischer Parteien infolge einer tiefgreifenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der parlamentarischen Demokratie wächst und sie parlamentarische Mandate sowie Regierungsposten erlangen. Erst einmal an der Macht, streben sie jedenfalls häufig verfassungsrechtliche und gesetzliche Reformen an, um horizontale und vertikale Kontrollmechanismen für Legislative und Exekutive außer Kraft zu setzen.

POPULISTISCHE FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEITEN

Zur Untersuchung der Frage, ob es Belege dafür gibt, dass populistische Regierungen Prozesse des

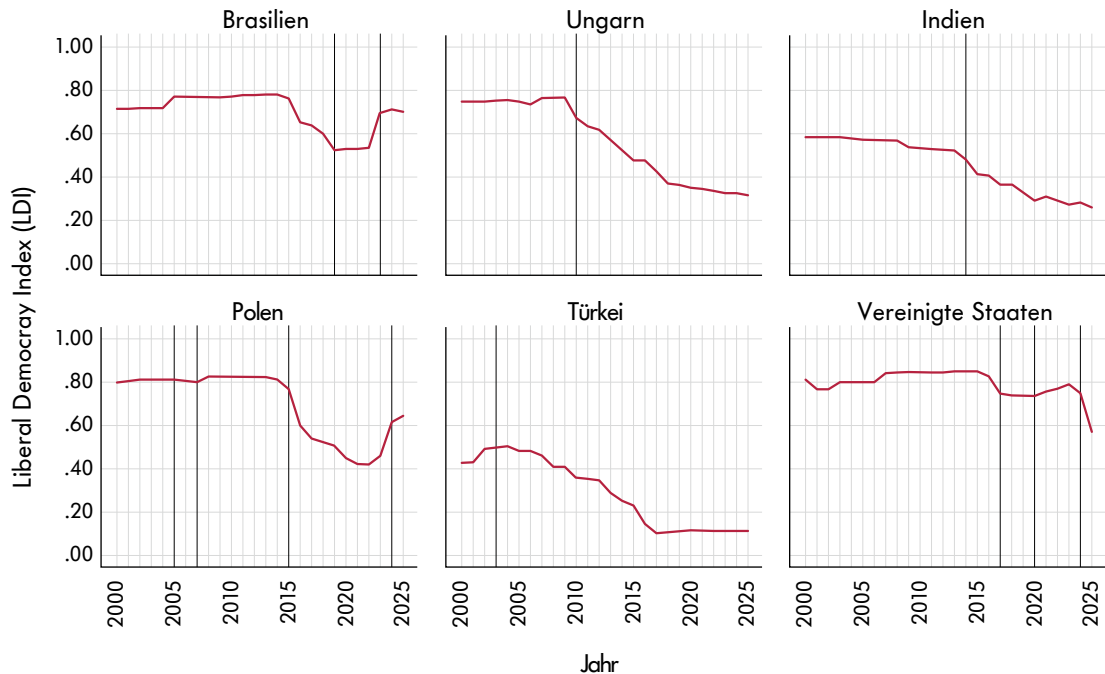
demokratischen Rückbaus vorantreiben – oder ob sie vielmehr Nutznießer umfassenderer struktureller Entwicklungen sind –, lässt sich eine Zeitreihenanalyse mit länderübergreifenden Vergleichen heranziehen. Dabei werden sechs relevante populistische Führungspersönlichkeiten aus aller Welt und die jährliche Entwicklung des liberalen Demokratieindex (LDI) des V-Dem-Instituts für ein Land in den Phasen vor, während und nach der Wahl der populistischen Führungspersönlichkeit in ein Exekutivamt betrachtet. Anhand der sechs Fälle soll ermittelt werden, ob sich bei den verschiedenen populistischen Präsidenten und Regierungschefs – die unterschiedlichen Regionen, politischen Systemen, kulturellen Traditionen und demokratischen Regierungsformen entstammen – vergleichbare allgemeine Muster und Trends erkennen lassen. Bei den Beispielen handelt es sich um den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, die Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán in Ungarn, den langjährigen indischen Premierminister Narendra Modi, die Regierungen der PiS-Partei unter Jarosław Kaczyński und Andrzej Duda in Polen, Recep Tayyip Erdoğan als Premierminister und später als Präsident der Türkei sowie Donald Trump in den USA mit seinen beiden Amtszeiten. Sie alle stehen oder standen politischen Parteien vor, die im Global Party Survey als stark populistisch und autoritär eingestuft wurden.

Aus dem Vergleich der Trends lassen sich drei wesentliche Erkenntnisse ableiten (*Abbildung*):

Erstens (und kaum überraschend) haben populistische Regierungen dann den stärksten Einfluss auf den demokratischen Rückbau, wenn sie über mehrere aufeinanderfolgende Amtszeiten an der Macht bleiben. Die ungarische Regierung unter Führung der Fidesz-Partei ist ein Paradebeispiel für diesen Prozess; zu den Auswirkungen zählen beispielsweise die umfassenden Änderungen des Wahlrechts im Jahr 2010, die darauf abzielten, die parlamentarische Vormachtstellung der Partei zu festigen.¹⁴ Weitere Strategien in Ungarn waren Angriffe auf die Meinungsfreiheit, die

¹⁴ Vgl. Andrea L. P. Pirro/Ben Stanley, Forging, Bending, and Breaking: Enacting the „Illiberal Playbook“ in Hungary and Poland, in: Perspectives on Politics 1/2022, S. 86–101; Gábor Halmai, From Liberal Democracy to Illiberal Populist Autocracy. Possible Reasons for Hungary's Autocratization, in: Hague Journal on the Rule of Law 16/2024, S. 439–463; Zsolt Enyedi/Bálint Mikola, Legislative Capture in Hungary: Well-Managed Autocratization, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 1/2024, S. 34–46.

Abbildung: Entwicklung der liberalen Demokratie, ausgewählte Länder 2000–2025



Die Daten zeigen, in welchem Ausmaß Länder sowohl eine auf Wahlen basierende Demokratie als auch liberale Schutzmechanismen wahren, etwa individuelle Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie institutionelle Kontrollmechanismen zur Begrenzung der Exekutivgewalt. Die Werte reichen von 0 (niedrigster Wert) bis 1 (höchster Wert). Die vertikalen Linien markieren die ungefähren Zeiträume, in denen populistische Parteiführer als Premierminister oder Präsidenten an der Regierung waren; dabei wurde der jeweilige Zeitraum dem Jahr des Führungswechsels im V-Dem-Datensatz zugeordnet, das diesem am nächsten lag.

Quelle: Liberal Democracy Index (LDI) des Varieties of Democracy-Projekts (V-Dem)

Medien und die Wissenschaftsfreiheit, Einschränkungen der Rechte von Frauen, LGBTQ-Personen und ethnischen Minderheiten sowie strenge Grenzkontrollen zur Begrenzung der Einwanderung. Hinzu kommen parteipolitisch motivierte Ernennungen bei der Besetzung des höchsten Gerichts zur Schwächung der Rechtsstaatlichkeit. Auf internationaler Ebene stellte Ungarn zudem die Europäische Union vor große Herausforderungen, insbesondere bei Fragen, die Einstimmigkeit erfordern – etwa im Hinblick auf Menschenrechte, die Unterstützung der Ukraine und offene Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten. Die Regierung Orbán avancierte zu einem Symbol für konservative Populisten in vielen anderen Ländern, darunter die Trump-Administration und die evangelikale Bewegung in den USA und viele populistische Parteien in Europa. Das Beispiel Ungarn zeigt, dass populistische Regierungen – auch wenn sie zunächst durch demokratische, den internationalen Standards entsprechende Wahlen an die Macht gelangten – Einfluss

auf staatliche Machtinstrumente nehmen und verfassungsrechtliche, institutionelle und legislative Prozesse für ihre Zwecke nutzen, um ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu verbessern, ihre Machtposition zu festigen und politische Gegner zu benachteiligen. Im Gegensatz zu einem klassischen Militärputsch vollzieht sich der demokratische Rückbau in mehreren Schritten, die den Charakter des Regimes allmählich verändern – bisweilen auf dauerhafte und nur schwer umkehrbare Weise.

Zweitens verzeichneten etliche Länder bereits vor der Wahl einer populistisch geführten Regierung einen – wenn auch deutlich moderateren – Rückgang des LDI-Index, unter anderem Ungarn, Indien, die USA und insbesondere Brasilien. In diesen Fällen dürften Unruhe in der Bevölkerung sowie die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit der bisherigen Parteien (in einem Spektrum von Mitte-links bis Mitte-rechts) den Erfolg der autoritären populistischen Herausforderer begünstigt haben. Besonders deut-

lich zeigten sich die demokratischen Rückschritte in Brasilien unter der Mitte-links-Regierung der Arbeiterpartei (PT) von Präsidentin Dilma Rousseff. Es gab anhaltende Unruhen, während Rousseffs Regierung zunehmend an Rückhalt verlor, bis sie schließlich 2016 infolge eines Korruptionsskandals ihres Amtes enthoben und durch Vizepräsident Michel Temer ersetzt wurde. Unter der Regierung Rousseff kam es zu massiven sozialen Unruhen, Streiks und politischen Protesten aufgrund der wirtschaftlichen Rezession, mehrerer Korruptionsskandale und der generellen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung. In dieser Zeit sank der LDI-Index drastisch und stabilisierte sich anschließend auf niedrigerem Niveau, nachdem Jair Bolsonaro die Präsidentschaftswahl 2018 mit einem radikal rechten Programm gewonnen hatte. Nach nur einer Amtszeit unterlag Bolsonaro bei der Präsidentschaftswahl 2022 Lula da Silva; zudem wurde er später vom Obersten Gerichtshof wegen eines geplanten Putsches gegen den Kongress und das Oberste Gericht – einem gescheiterten Versuch, das Wahlergebnis zu kippen – zu 27 Jahren Haft verurteilt. Im Fall Brasiliens lässt sich somit plausibel argumentieren, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung sowie die starke soziale und parteipolitische Polarisierung unter den Regierungen Rousseff und Temer den Weg für die Wahl Bolsonaros ebneten – allerdings zeigt die brasilianische Demokratie als Reaktion auf die populistische Episode auch Anzeichen einer zumindest teilweisen Erholung.

Drittens liefern auch sozioökonomische Bedingungen eine Erklärung für die Unterschiede, die hinsichtlich der Stärke der liberalen Demokratie und ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber autoritären Bedrohungen in den einzelnen Ländern bestehen. In unserem Ländervergleich finden sich die niedrigsten Werte auf dem LDI-Index im Jahr 2000 bei der Türkei und Indien – beides einkommensschwache Länder mit großen ländlich geprägten und analphabetischen Bevölkerungsteilen sowie tiefen religiösen Spaltungen, die ethnische Konflikte wahrscheinlicher machen; strukturelle Bedingungen also, die bereits seit Langem als ungünstig für Prozesse der demokratischen Konsolidierung gelten. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch, wenn man die Vereinigten Staaten – 250 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit eine etablierte Demokratie mit relativ robusten Institutionen – mit Ländern wie Polen

und Ungarn vergleicht, die einen echten Mehrparteienwettbewerb, Wirtschaftswachstum und Marktliberalisierung erst nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem EU-Beitritt im Jahr 2004 erlebten. Auch können bestimmte Ereignisse für kurzfristige Schwankungen bei der Beliebtheit von Personen und Parteien sorgen, etwa die globale Finanzkrise von 2008 und andere wirtschaftliche Abschwünge, die Migrationskrise 2015/16 oder die Covid-Pandemie 2020. Es ist jedoch unklar, ob derartige Ereignisse dauerhafte Auswirkungen auf die liberale Demokratie haben, da in den meisten untersuchten Ländern – mit Ausnahme Brasiliens – das Demokratieniveau in der Zeit vor einer Regierungsübernahme durch populistische Parteien relativ stabil war.

Bemerkenswert ist schließlich, dass der Rückgang des LDI-Index in den USA während Trumps erster Amtszeit relativ moderat ausfiel, wenn man ihn mit den drastischeren Entwicklungen in Ländern wie Ungarn, der Türkei, Polen und Indien vergleicht – dabei hatten sich liberale Kreise sehr besorgt gezeigt angesichts seiner Versuche, die Demokratie zu unterminieren, und angesichts der zahlreichen Erfolge, die Anwälte des Weißen Hauses vor dem Obersten Gerichtshof erzielten. Doch bereits das erste Jahr seiner zweiten Amtszeit verzeichnet einen stärkeren Abfall des LDI-Index. Es bleibt abzuwarten, ob sich die öffentliche Meinung in den USA wieder dreht und sich gegen die Umsetzung weiterer illiberaler Maßnahmen wendet – oder ob die Kongresswahlen im Herbst 2026 die politische Spaltung und die Konflikte eher noch verschärfen werden, wenn sich die Zusammensetzung der Legislative verschiebt und dadurch die traditionellen demokratischen Kontrollmechanismen gegenüber der Exekutive wieder gestärkt werden.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim

PIPPA NORRIS

ist Paul F. McGuire Lecturer für Vergleichende Politikwissenschaft an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University.

TECH-AUTOKRATIE

Wie digitale Macht politische Systeme verändert

Seraphine F. Maerz

Es war ein Bild von symbolischer Wucht: Am 20. Januar 2025 standen Mark Zuckerberg, Jeff Bezos, Sundar Pichai und Elon Musk in einer Reihe hinter Donald Trump, als dieser zum zweiten Mal als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt wurde. Wenige Tage zuvor hatte der Meta-Konzern angekündigt, sein Faktencheck-Programm in den USA einzustellen, mit dem der Wahrheitsgehalt von Inhalten auf den Plattformen Facebook und Instagram überprüft werden sollte.⁰¹ Kurz darauf übernahm Elon Musk im neu geschaffenen „Department of Government Efficiency“ (DOGE) eine quasi-staatliche Rolle als Berater des Präsidenten.⁰² Die Tech-Elite stand nicht mehr nur am Rand der politischen Bühne, sondern war auf ihr angekommen.

Szenen wie diese haben die Frage befeuert, ob die USA, und mit ihnen andere westliche Demokratien, auf eine Art „Tech-Autokratie“ zusteuern: eine Herrschaftsform, in der eine kleine Schicht überwiegend männlicher Tech-Milliardäre die ökonomischen, infrastrukturellen und kommunikativen Grundlagen demokratischer Politik kontrolliert.⁰³ Doch was genau ist eine „Tech-Autokratie“? Welche Akteure und Mechanismen sind charakteristisch für sie? Und wie unterscheidet sich die Entwicklung in diesen neuen Tech-Autokratien von dem, was in traditionellen autokratischen Systemen ohnehin geschieht?

Ich argumentiere im Folgenden, dass digitale Technologien politische Macht in einer Art und Weise transformieren, die die klassische Grenze zwischen Demokratie und Autokratie zunehmend verwischt. Fassen lässt sich diese Entwicklung mit dem Konzept des „autoritären Informationalismus“: einer Herrschaftslogik, die auf der systematischen Kontrolle von Informationsflüssen beruht und sich in unterschiedlichen Regimetypen ausbreitet.⁰⁴ Dieses Konzept soll zunächst kurz erläutert werden, bevor es anhand

der drei Mechanismen „Überwachung“, „Manipulation“ und „Kontrolle“ entfaltet, am US-amerikanischen Fall kurz illustriert und mit Praktiken in traditionellen autokratischen Systemen verglichen wird. Abschließend werden Strategien diskutiert, mit denen Demokratien dieser Entwicklung begegnen können.

VOM DIGITALEN AUTORITARISMUS ZUM AUTORITÄREN INFORMATIONALISMUS

Vor anderthalb Jahrzehnten herrschte in der Demokratieforschung verhaltener Optimismus. Der Politikwissenschaftler Larry Diamond prägte 2010 den Begriff der „liberation technology“, mit dem er seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass soziale Medien und mobile Kommunikationsmittel ein Werkzeug zur Stärkung von Bürgerrechten und zur Schwächung autoritärer Herrschaft sein könnten.⁰⁵ Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Stattdessen haben autoritäre Regime gelernt, das Internet umfassend zu kontrollieren, zu zensieren und für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.⁰⁶

Ebenfalls 2010 beschrieb die Kommunikationsforscherin Min Jiang Chinas Kombination aus Marktorientierung, staatlicher Kontrolle und Informationsmanagement als „authoritarian informationalism“ – autoritären Informationalismus.⁰⁷ Der Begriff knüpft an die These des Soziologen Manuel Castells an, dass die digitale Revolution nicht primär eine technologische, sondern eine gesellschaftliche Transformation ist. Information wird zum zentralen Rohstoff politischer und ökonomischer Macht.⁰⁸ Die Sozialwissenschaftler Sergei Guriev und Daniel Treisman haben mit dem Begriff der „informational autocrats“ überdies nahegelegt, dass viele moderne Autokraten ihre Macht weniger durch offene Gewalt als durch die Manipulation des öffentlichen Meinungsbildes sichern.⁰⁹

Aufbauend auf diesen Arbeiten lässt sich das Konzept verallgemeinern: Autoritärer Informationismus bezeichnet das wirkungsvolle Zusammenspiel von analogen und digitalen Strategien, mit denen Akteure Informationsflüsse überwachen, manipulieren und kontrollieren, um politische Macht auszuüben.¹⁰ Drei Transformationsdimensionen sind dabei entscheidend. Erstens verschiebt sich das Akteursspektrum vom Staat zu privaten Firmen, Plattformen und einzelnen Influencern. Zweitens steigt die Präzision: Reaktive, grobe Repression weicht präventiver, feingranularer Steuerung. Drittens dehnt sich die Reichweite der Handlungen aus. Lokale Praktiken werden global und überqueren sowohl nationale Grenzen als auch die Trennlinie zwischen Demokratie und Autokratie. Autoritärer Informationismus ist insofern also keine Eigenschaft eines bestimmten Regimetyps, sondern eher eine Herrschaftslogik, die in China, Russland oder Iran greifen kann, aber ebenso in Ungarn, Indien oder den USA, nur mit unterschiedlicher Intensität und institutioneller Einbettung.

ÜBERWACHEN: DATEN ALS ROHSTOFF DER MACHT

Die Landschaft staatlicher Überwachung hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend ver-

ändert. Ging es ursprünglich vor allem um die Überwachung von Post und Telekommunikation durch staatliche Dienststellen, läuft sie heute über ein dichtes Geflecht aus Behörden, Telekommunikationsanbietern, sozialen Netzwerken und privaten Spionagefirmen. Sinnbild für diese Entwicklung ist die israelische NSO Group, deren Spähsoftware Pegasus mittlerweile in zahlreichen Staaten gegen Journalist:innen, Anwält:innen und Oppositionelle eingesetzt wird – auch in EU-Mitgliedstaaten wie Polen, Ungarn, Griechenland oder Spanien.¹¹

In autoritären Regimen werden die neuen technischen Reichweiten zum Ausbau einer flächendeckenden Infrastruktur genutzt. Chinas Sozialkreditsystem ist hier das vielleicht prominenteste Beispiel: Es aggregiert Daten aus Finanzhistorie, Online-Verhalten, Bewegungsmustern und sozialer Interaktion, um Bürger:innen zu bewerten und ihr Verhalten zu steuern.¹² In Hongkong wurde automatisierte Gesichtserkennung systematisch eingesetzt, um soziale Proteste zu erfassen und Aktivist:innen einzuschüchtern.¹³ In Guinea ordnete die Regierung an, den gesamten Internetverkehr über einen zentralen, staatlich kontrollierten Knoten umzuleiten.¹⁴

In Demokratien ist Überwachung in der Regel schwächer institutionalisiert, aber auch hier nimmt sie zu. Dazu nur ein paar Beispiele: Edward Snowdens Enthüllungen von 2013 machten das Ausmaß der Datensammlung amerikanischer und britischer Geheimdienste sichtbar; in Indien ist die biometrische Personenerfassung „Aadhaar“ zur Voraussetzung für die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen geworden; in Mexiko, Polen, Ungarn und Griechenland wurde in den vergangenen Jahren der Einsatz der Pegasus-Soft-

- 01** Vgl. Meta schafft Faktencheck ab. Vor Trump eingeknickt?, 8.1.2025, www.deutschlandfunk.de/meta-instagram-facebook-zuckerberg-faktencheck-beschaerkungen-100.html.
- 02** Vgl. Neue Regierungsstelle DOGE. So radikal geht Musk mit seiner Behörde vor, 8.2.2025, www.tagesschau.de/ausland/amerika/musk-doge-faq-100.html.
- 03** Vgl. Aya Jaff, Broligarchie. Die Machtspiele der Tech-Elite und wie sie Fortschritt verhindern, München 2025.
- 04** Vgl. Lisa Garbe/Seraphine F. Maerz, The Rise of Authoritarian Informationism. Escalating Surveillance, Manipulation, and Control, in: *Democratization* 1/2026, S. 1–18.
- 05** Vgl. Larry Diamond, Liberation Technology, in: *Journal of Democracy* 3/2010, S. 69–83.
- 06** Vgl. Oliver Schlumberger et al., How Authoritarianism Transforms: A Framework for the Study of Digital Dictatorship, in: *Government and Opposition* 3/2024, S. 761–783.
- 07** Vgl. Min Jiang, Authoritarian Informationism. China's Approach to Internet Sovereignty, in: *SAIS Review of International Affairs* 2/2010, S. 71–89.
- 08** Vgl. Manuel Castells, Social Movements and the Informational City, in: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 1/1989, S. 197–206.
- 09** Vgl. Sergei Guriev/Daniel Treisman, Informational Autocrats, in: *Journal of Economic Perspectives* 4/2019, S. 100–127.
- 10** Vgl. Garbe/Maerz (Anm. 4), S. 3–5.

- 11** Vgl. Ronald J. Deibert, Subversion Inc. The Age of Private Espionage, in: *Journal of Democracy* 2/2022, S. 28–44; Europäisches Parlament, Bericht über die Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware (PEGA-Ausschuss), Straßburg, Juni 2023.
- 12** Vgl. Fan Liang et al., Constructing a Data-Driven Society. China's Social Credit System as a State Surveillance Infrastructure, in: *Policy & Internet* 4/2018, S. 415–453.
- 13** Vgl. Monika Zalnieriute, Protests and Public Space Surveillance. From Metadata Tracking to Facial Recognition Technologies. Submission to the Thematic Report to the 50th Session of the UN Human Rights Council, Genf 2021.
- 14** Vgl. Human Rights Watch, Guinea: Protect Phone Users' Privacy, 5.2.2016, www.hrw.org/news/2016/02/05/guinea-protect-phone-users-privacy.

ware gegen Oppositionelle und Journalist:innen dokumentiert.

Eine quantitative Analyse von 115 Demokratien zwischen 2000 und 2023 zeigt: Überwachende Praktiken, wie etwa die staatliche Überwachung sozialer Medien oder der Zugriff auf personenbezogene Daten, wirken sich statistisch signifikant negativ auf bürgerliche Freiheiten aus, selbst wenn sie nur mit geringer Intensität angewendet werden.¹⁵ Wo Staaten dauerhaft Daten sammeln, geraten Versammlungsfreiheit, Privatsphäre und politische Beteiligung unter Druck – nicht durch spektakuläre Repression, sondern durch den damit verbundenen abschreckenden „chilling effect“: Wer sich beobachtet weiß, übt politische Selbstzensur.¹⁶

Für einen Staat wie die USA ist die Frage der Überwachung besonders relevant. Die großen Plattformen Meta, Amazon, Microsoft, OpenAI oder X verfügen über Datenbestände, die jede staatliche Behörde in den Schatten stellen. Ob daraus Überwachungsinfrastruktur wird, ist primär eine Frage der politischen Konstellation, nicht der technischen Möglichkeit.

MANIPULIEREN: ALGORITHMISCHE STEUERUNG VON ÖFFENTLICHKEIT

Auch die Manipulation öffentlicher Meinung hat eine neue Qualität erreicht. Wo vor allem autoritäre Regime früher auf zentrale Rundfunksender, Zeitungen oder Parteiapparate angewiesen waren, ermöglichen heute Bots, Trolle und KI-gestützte Anwendungen eine industrielle Produktion politischer Inhalte, die sehr präzise auf einzelne Zielgruppen oder gar Personen zugeschnitten werden können.¹⁷

Auch Demokratien sind längst von diesen Phänomenen betroffen: Russische Trollfarmen verbreiteten 2016 im US-Wahlkampf massenhaft Tweets, um das Wahlverhalten zu beeinflussen,

und lenkten zugleich mit unpolitischen Inhalten von der Politik ab.¹⁸ Im indischen Wahlkampf 2019 kursierten Deepfake-Videos prominenter Kandidat:innen.¹⁹ Im deutschen Bundestagswahlkampf 2025 verbreitete die AfD KI-erzeugte Bilder und Videos.²⁰ In Brasilien organisierte die Bolsonaro-Kampagne 2018 koordinierte Desinformation über Whatsapp. Und in den USA nutzte Donald Trump schon nach der Wahl 2016 massiv die sozialen Medien, um immer wieder seine Behauptung eines Wahlbetrugs unters Volk zu bringen.²¹

Hinzu kommt eine strukturelle Verzerrung der Öffentlichkeit: Plattformen wie X oder Meta sind auf Aufmerksamkeit optimiert, und Aufmerksamkeit erzeugt am zuverlässigsten, was emotionalisiert und polarisiert. Algorithmen belohnen daher derart manipulierte Inhalte – ein Problem, das nicht erst durch autoritäre Akteure entsteht, sondern in die Geschäftsmodelle der großen Plattformen eingebaut ist.²² Diese Mechanik verschärft sich, wenn Plattforminhaber selbst zu politischen Akteuren werden. Elon Musks Übernahme von Twitter im Oktober 2022, der Umbau in „X“ und die veränderte algorithmische Behandlung politischer Inhalte – einschließlich seiner eigenen Beiträge – zeigen, wie dünn die Trennlinie zwischen privater Eigentümerschaft und politischer Einflussnahme geworden ist. Auch Meta hat Anfang 2025 angekündigt, eigene Inhaltsmoderation zurückzubauen und politische Inhalte algorithmisch wieder stärker auszuspielen.

Länderübergreifende Studien bestätigen die damit verbundenen negativen Dynamiken: Manipulative Praktiken wie offizielle Desinformation, der Missbrauch von Verleumdungs- und Urheberrechtsgesetzen sowie sogenannte Fake-News-

¹⁵ Vgl. Seraphine F. Maerz, *How Practices of Digital Authoritarianism Harm Democracy*, in: *Democratization* 1/2026, S. 163–190, hier S. 175.

¹⁶ Vgl. Andrea Carson/Andrew Gibbons, *The Big Chill? How Journalists and Sources Perceive and Respond to Fake News Laws in Indonesia and Singapore*, in: *Journalism Studies* 14/2023, S. 1819–1838.

¹⁷ Vgl. Philip Howard/Fen Lin/Viktor Tuzov, *Computational Propaganda. Concepts, Methods, and Challenges*, in: *Communication and the Public* 2/2023, S. 47–53.

¹⁸ Vgl. Darren L. Linvill et al., „The Russians Are Hacking My Brain!“ Investigating Russia’s Internet Research Agency Twitter Tactics During the 2016 United States Presidential Campaign, in: *Computers in Human Behavior* C/2019, S. 292–300.

¹⁹ Vgl. Mayank Tomar et al., *The Role of AI-Driven Tools in Shaping the Democratic Process*, in: *Industrial Engineering Journal* 11/2023, S. 143–153.

²⁰ Vgl. Janosch Delcker, *AI Fakes, Cyberattacks Threaten German Election*, 12.6.2024, www.dw.com/en/from-ai-fakes-to-cyberattacks-threats-to-german-elections/a-70972702.

²¹ Vgl. W. Lance Bennett/Steven Livingston, *The Disinformation Order. Disruptive Communication and the Decline of Democratic Institutions*, in: *European Journal of Communication* 2/2018, S. 122–139.

²² Vgl. Margaret E. Roberts, *Resilience to Online Censorship*, in: *Annual Review of Political Science* 23/2020, S. 401–419.

Gesetze haben in Demokratien einen statistisch signifikant negativen Effekt auf Institutionen, die der demokratischen Rechenschaftspflicht (*accountability*) dienen sollen, allen voran auf das Verhältnis zwischen Regierung, Medien und Zivilgesellschaft.²³

KONTROLLIEREN: VOM INTERNET-SHUTDOWN ZUM PLATTFORMBANN

Die offenkundigste Form digitaler Repression ist die direkte Kontrolle des Internets selbst. Internet-Shutdowns werden inzwischen routinemäßig und ganz gezielt eingesetzt – nicht nur in China, Iran oder Russland, sondern auch in formal demokratischen Staaten wie Indien, das seit Jahren weltweit Spitzenreiter bei der Zahl regional begrenzter Abschaltungen ist.²⁴ In zahlreichen afrikanischen Staaten werden gezielt Wahltermine genutzt, um den Informationsfluss in kritischen Momenten zu unterbrechen.²⁵ Chinas Behörden setzen auf eine Mischung aus Schlüsselwortfilterung, selektivem Löschen und gezielten Cyberangriffen, die kollektives Handeln unterbinden, ohne dass jede Regimekritik gleich beseitigt wird.²⁶

Subtiler, aber nicht weniger folgenreich sind regulatorische Eingriffe. Singapur, die Philippinen und zahlreiche afrikanische Staaten haben in den vergangenen Jahren die schon erwähnten Fake-News-Gesetze erlassen, die formal der Bekämpfung von Desinformation dienen, in der Praxis aber regelmäßig genutzt werden, um Opposition und kritischen Journalismus zu disziplinieren.²⁷ Das deutsche Netzwerkdurch-

setzungsgesetz von 2017 (NetzDG) dient in diesem Zusammenhang unfreiwillig als eine Art Muster für derartige Gesetzgebungen: Russland, Belarus, Vietnam und Singapur etwa zitieren es als Vorbild für eigene, weit restriktivere Gesetze.²⁸

Zugleich werden Plattformen selbst zu Quasi-Gesetzgebern. Wer auf X, Youtube oder Tiktok sichtbar ist, hängt von Moderationsentscheidungen ab, die weder demokratisch legitimiert noch transparent sind. Solche Entscheidungen können Demokratien schützen – die Sperrung Donald Trumps auf Twitter und Facebook unmittelbar nach dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 war ein Beispiel –, sie können sie aber auch unterlaufen, wenn die Plattformbesitzer ihre Macht politisch instrumentalisieren.

Empirisch zeigt sich, dass kontrollierende Praktiken vor allem indirekt auf die Meinungsfreiheit wirken und über die manipulative Aufladung des verbleibenden öffentlichen Raums vermittelt werden.²⁹ Wo Inhalte gefiltert oder Plattformen abgeschaltet werden, gewinnt offizielle Desinformation an Resonanzraum. Konkurrierende Stimmen verschwinden, und die Kontrolle über die verbleibende Öffentlichkeit wird dadurch leichter.

USA: BROLIGARCHIE UND DIE VERSCHMELZUNG VON TECH UND STAAT

Vor diesem Hintergrund lässt sich die US-amerikanische Entwicklung präziser einordnen. Der Begriff „Broligarchie“, eine Verbindung aus dem englischen „bro“ und „oligarchy“, beschreibt eine politische Konstellation, in der einige wenige Tech-Milliardäre (die „Tech Bros“) zugleich über ökonomische Marktmacht, infrastrukturelle Schlüsselressourcen und kommunikative Reichweite verfügen. Sie ist kein eigener Regimetyp, sondern eine Tendenz – eine Tendenz allerdings, die sich anhand des Informationalismus-Rasters präzise vermessen lässt.

²³ Vgl. Maerz (Anm. 15), S. 175f.

²⁴ Vgl. Kris Ruijgrok, The Authoritarian Practice of Issuing Internet Shutdowns in India, in: Democratization 4/2022, S. 611–633. Zu Indiens Einstufung als Autokratie ab 2017 vgl. <https://v-dem.net>.

²⁵ Vgl. Tina Freyburg/Lisa Garbe, Blocking the Bottleneck. Internet Shutdowns and Ownership at Election Times in Sub-Saharan Africa, in: International Journal of Communication 12/2018, S. 3896–3916.

²⁶ Vgl. Gary King/Jennifer Pan/Margaret E. Roberts, How Censorship in China Allows Government Criticism But Silences Collective Expression, in: American Political Science Review 2/2013, S. 326–343.

²⁷ Vgl. Clare S.M. Cho, Illiberal Responses to „Fake News“ in Southeast Asia, in: Democratization 5/2025, S. 1091–1111; Janjira Sombatpoonsiri/Dien Nguyen An Luong, Justifying Digital Repression via „Fighting Fake News“. A Study of Four Southeast Asian Autocracies, Yusof Ishak Institute, Singapur 2022.

²⁸ Vgl. Jacob Mchangama/Joelle Fiss, The Digital Berlin Wall. How Germany (Accidentally) Created a Prototype for Global Online Censorship, Justitia, Kopenhagen 2019, https://justitia-int.org/wp-content/uploads/2019/11/Analyse_The-Digital-Berlin-Wall-How-Germany-Accidentally-Created-a-Prototype-for-Global-Online-Censorship.pdf.

²⁹ Vgl. Maerz (Anm. 15), S. 176.

Auf der Akteursebene ist die Grenze zwischen Staat und privater Tech-Wirtschaft in den USA seit 2025 weitgehend porös geworden. Elon Musk leitete als enger Berater des Präsidenten die DOGE-Behörde, die in zahlreichen Bundesbehörden eine Spur der Verwüstung hinterlassen hat.³⁰ Das Netzwerk um den Investor Peter Thiel reicht bis ins Vizepräsidentenamt.³¹ David Sacks, südafrikanisch-US-amerikanischer Unternehmer, Filmproduzent und ehemaliger operativer Manager bei Paypal, fungierte als „AI and Crypto Czar“ des Präsidenten.³² Dieselben Personen, deren Firmen Regierungsaufträge erhalten, gestalten die regulatorischen Rahmenbedingungen mit.

Auf der operativen Ebene treibt die Verschmelzung von Daten, KI und Plattformlogik die Möglichkeit gezielter und präziser politischer Einflussnahme weit über das hinaus, was Wahlkampfteams noch vor zehn Jahren vermochten. Generative KI-Werkzeuge personalisieren Inhalte in Echtzeit, und Plattformalgorithmen entscheiden, welche Themen Sichtbarkeit erhalten.

Auf der Reichweiterebene schließlich agieren die US-Plattformen global: Entscheidungen einzelner Konzerne wie etwa der Rückbau von Faktenchecks bei Meta oder die Änderung der Empfehlungsllogik bei X wirken auf demokratische Prozesse in Brasilien, Deutschland oder Kenia ein, ohne dass diese Gesellschaften direkt an derartigen Entscheidungen beteiligt wären.

Sind die USA also auf dem Weg in eine Tech-Diktatur? Ganz so weit ist es noch nicht.

30 Vgl. Bobby Allyn/Shannon Bond, *Elon Musk Is Barrelng into Government with DOGE, Raising Unusual Legal Questions*, 3. 2. 2025, www.npr.org/2025/02/03/nx-s1-5285539/doge-musk-usaid-trump; siehe auch Elizabeth Warren, *Special Interests Over the Public Interest. Elon Musk's 130 Days in the Trump Administration*, U.S. Senate, Washington, D.C. 2025, www.warren.senate.gov/imo/media/doc/130_days_of_elon_musk_report.pdf.

31 Vgl. Elizabeth Dwoskin et al., *Inside the Powerful Peter Thiel Network That Anointed JD Vance*, 28. 7. 2024, www.washingtonpost.com/technology/2024/07/28/jd-vance-peter-thiel-donors-big-tech-trump-vp.

32 Vgl. Andrew R. Chow, *What Trump's New AI and Crypto Czar David Sacks Means for the Tech Industry*, 6. 12. 2024, <https://time.com/7200518/david-sacks-new-white-house-ai-crypto-czar-trump-administration>; siehe auch Donald J. Trump, *Statement Announcing the Appointment of David O. Sacks as „White House A.I. & Crypto Czar“*, The American Presidency Project, 5. 12. 2024, www.presidency.ucsb.edu/documents/statement-president-elect-donald-j-trump-announcing-the-appointment-david-o-sacks-white.

Wahlen finden statt, Gerichte arbeiten, die demokratischen Institutionen scheinen (noch) weitestgehend zu funktionieren. Was sich jedoch verändert, sind die strukturellen Voraussetzungen demokratischer Selbstregierung: die Kontrolle der Informationsinfrastruktur, die Verfügbarkeit über Daten, die Finanzierung von Wahlkämpfen, die Steuerung der öffentlichen Meinung in Echtzeit. In all diesen Punkten haben sich die Verhältnisse zugunsten einer kleinen Tech-Elite verschoben.

VERSCHWIMMENDE GRENZEN

Wie unterscheidet sich diese Entwicklung nun von dem, was in traditionellen autokratischen Systemen geschieht? Auf den ersten Blick verschwimmen die Grenzen; Werkzeuge, Akteure und Logiken ähneln sich systemübergreifend. Die Überwachungssoftware Pegasus etwa wird in autoritären wie in demokratischen Staaten eingesetzt. Bots und Deepfakes kursieren in Russland wie in Brasilien, und dieselben Plattformen prägen die Öffentlichkeit von Manila bis Madrid.

Drei Asymmetrien bleiben jedoch wesentlich: Erstens existieren in Demokratien institutionelle Bremsen wie eine unabhängige Justiz, freie Medien, kompetitive Wahlen und eine organisierte Zivilgesellschaft. Diese Bremsen wirken auch dann noch, wenn sie unter Druck geraten. Zweitens zeigen empirische Daten, dass Häufigkeit und Intensität digital-autoritärer Praktiken in Demokratien deutlich geringer sind als in Autokratien. Auffällig sind die Ergebnisse vor allem in jenen Ländern, die selbst zunehmend autokratischer wurden: in Ungarn, der Türkei, Indien, den Philippinen oder eben den USA der zweiten Trump-Präsidentschaft.³³ Drittens ist der Pluralismus im Plattformangebot in Demokratien größer. Chinesische Verhältnisse, in denen Wechat, Weibo und Red Note praktisch das gesamte Kommunikationsspektrum staatlich gerahmt abdecken, bestehen in westlichen Demokratien nicht.

Gleichzeitig findet jedoch ein wechselseitiger Lerneffekt statt. Autoritäre Regime importieren US-Plattformtechnologie sowie chinesische Überwachungstechnik, und demokratische Regierungen kopieren autoritäre Regulierungsideen wie Datenlokalisierungspflichten oder Fake-News-Gesetze. Der Unterschied zwischen

33 Vgl. Maerz (Anm. 15), Abb. 1, S. 172.

demokratischem und autokratischem Informationalismus ist daher eher gradueller als kategorialer Natur – was allerdings die Anfälligkeit von Demokratien erhöht, sobald institutionelle Schutzschichten erodieren.

WAS DEMOKRATIEN TUN KÖNNEN

Autoritärer Informationismus erzeugt nicht nur Macht, sondern auch Verwundbarkeiten. Diskussionen über die Abhängigkeit von wenigen Plattformen oder Konflikte zwischen Tech-Konzernen und Staaten können die Mobilisierung von Politik und Zivilgesellschaft erleichtern.

Vier mögliche Hebel sind erkennbar, der erste betrifft die regulatorische Ebene: Die Europäische Union hat mit dem Digital Services Act, dem Digital Markets Act, der KI-Verordnung und der Datenschutz-Grundverordnung das bislang ambitionierteste Regelwerk vorgelegt, das Plattformmacht binden soll. Seine Wirksamkeit wird davon abhängen, ob die Durchsetzung gegen ökonomisch und politisch mächtige Akteure gelingt und ob seine konkrete Ausgestaltung auf Akzeptanz in den europäischen Bevölkerungen stoßen wird – ein Test, der gerade erst beginnt.

Zweitens müssen auf institutioneller Ebene unabhängige Datenschutzbehörden, Medienregulierung und Wettbewerbsaufsicht gestärkt und Interessenkonflikte zwischen Platfformeigentümern und deren politischer Funktion offengelegt werden. Drittens gehören auf infrastruktureller Ebene öffentlich-rechtliche Medien unbedingt in die Plattformwelt, Open-Source-Modelle und eine europäische Daten- und KI-Infrastruktur können die Abhängigkeit von den wenigen US-Konzernen reduzieren. Und viertens schließlich ist die gesellschaftliche Ebene wichtig: Medienkompetenz, unabhängiger Journalismus und eine wache Zivilgesellschaft bleiben die wichtigsten Korrektive.

Eine besondere Mahnung gilt dabei den Demokratien selbst. Werkzeuge, die kurzfristig gegen Desinformation helfen sollen, normalisieren langfristig ein Repertoire, das in autoritärer Hand zerstörerisch wirkt. Das NetzDG ist hierfür ein warnendes Beispiel: Mit guten Absichten verabschiedet, ist es zur internationalen Vorlage für die Einschränkung politischer Kritik geworden. Demokratien sollten der Versuchung widerstehen, in regulatorischen Aktionismus zu verfallen oder

gar autoritäre Antworten auf demokratische Probleme zu geben.

EINE FRAGE DER SOUVERÄNITÄT

Die Frage, ob die USA (und in ihrem Nachgang auch andere Demokratien) gerade auf eine „Tech-Autokratie“ zusteuern, lässt sich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Was sich jedoch beobachten lässt, ist ein struktureller Umbau: Die Bausteine einer informationsbasierten, plattformgestützten und privatwirtschaftlich getragenen Herrschaftsform sind vorhanden. Wie diese Bausteine politisch eingesetzt werden, entscheidet sich aber nicht über die Technologie, sondern über die jeweilige institutionelle Konstellation.

Der entscheidende Konflikt der kommenden Jahre verläuft deshalb nicht zwischen Demokratie und Autokratie, sondern zwischen unterschiedlichen Modellen darüber, wer die Kontrolle über Informationsflüsse hält: der Staat, der Markt, die Plattformen oder die demokratische Öffentlichkeit. Mit dem Einzug generativer KI wird diese Frage drängender. Ob der autoritäre Informationismus eine globale Dynamik entfalten wird oder ob es gelingt, ihn politisch einzuhegen, hängt davon ab, ob Demokratien bereit sind, ihre institutionellen, regulatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen ernst zu nehmen und zu nutzen. Es geht, nüchtern formuliert, um eine neue Form demokratischer Souveränität – eine, die Information nicht den Märkten, Plattformen und Algorithmen überlässt, sondern als öffentliches Gut begreift.

SERAPHINE F. MAERZ

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Senior Lecturer an der School of Social and Political Sciences der University of Melbourne.

ESSAY

DIE NEUE AUTORITÄRE LINKE

Nicholas Potter

Autoritarismus ist in der politischen Linken nichts per se Neues, er wird aber seit Langem von linker Seite gerne ausgeblendet – von den sowjetischen Schauprozessen bis zu den Gulags, vom Massenmord an Gegnern kommunistischer Regime bis zur Verfolgung von Juden. Denn er kollidiert mit dem aufgeklärten Selbstbild einer progressiven und emanzipatorischen Bewegung, die sich auf der vermeintlich „richtigen“ Seite der Geschichte sieht. Dass (auch) linke Ideologien schon immer für autoritäre Weltbilder empfänglich waren, war in der Vergangenheit trotzdem immer wieder Anlass für eine kritische Auseinandersetzung innerhalb der Linken selbst.

Doch spätestens seit dem von der Hamas geführten Angriff auf Israel vom 7. Oktober 2023 scheint eine neue autoritäre Linke zu entstehen.⁰¹ Der alte Autoritarismus erlebt ein Comeback. Dabei mutiert er weiter, findet neue, junge Anhänger und wirkt weit über das klassische Milieu dogmatischer linker Gruppen hinaus. Der neue Autoritarismus der Linken hat eine neue Qualität.

Gegenrede gibt es innerhalb des Milieus kaum. Die wenigen linken Stimmen, die diese Entwicklung kritisieren, werden häufig selbst zum Feind erklärt, der bekämpft werden müsse. Sie werden zu Rechten, Konterrevolutionären oder vor allem „Zionisten“ deklariert – Begriffe, die „Vergeltung“ rechtfertigen, ob mit Boykotten, Drohungen oder Gewalt. Gleichzeitig werden islamistische, ja autoritäre Terrororganisationen wie die Hamas zu dekolonialen, anti-imperialistischen Widerstandskämpfern verklärt. Diese ideologische Wende mündet in eine anti-westliche Haltung, die die liberale Demokratie selbst als Gegner imaginiert. Autokratische Staaten oder bewaffnete Gruppen, die die Demokratie bekämpfen, werden als Verbündete gesehen.

Der 7. Oktober stellt eine Zäsur für die globale Linke dar. Er ist zum politisierenden Moment einer Generation geworden, zum „Vietnam“ der „Gen Z“. Die Bilder des verheerenden Krieges in Gaza, in dem Zehntausende Zivilisten (wenn

nicht mehr) ums Leben gekommen sind, darunter viele Frauen und Kinder, haben in den sozialen Medien eine stark emotionalisierende, ja radikalisierende Wirkung. Diese nutzen Fundamentalisten gekonnt aus – und propagieren eine manichäische Ideologie, die die Welt und auch die Linke selbst in Gut und Böse sortiert und klare Schuldige identifiziert, die bestraft werden sollen.

Dieses Freund-Feind-Schema wird sowohl intern als auch extern projiziert: intern, um vermeintliche „politische Feinde“ in den eigenen Reihen mit Aggressivität auszuschließen; extern, um diverse geopolitische Konflikte auf eine einfache Binarität herunterzubrechen: der Osten gegen den Westen, der Globale Süden gegen den Norden, die Kolonisierten gegen die Kolonialisten.

Was also zeichnet diese neue autoritäre Linke aus? Was ist wirklich „neu“ an ihr? Welche Rolle spielt der 7. Oktober? Und wie sollte eine liberaldemokratische Gesellschaft auf diese Entwicklung reagieren?

DAS MASSAKER

Am 7. Oktober überfielen Kommandos der islamistischen Terrororganisation Hamas sowie anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen wie der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) und des Palästinensischen Islamischen Dschihads (PIJ) zahlreiche Kibbuzim im israelischen Süden sowie das Nova-Musikfestival. Sie ermordeten rund 1200 Menschen, größtenteils Zivilisten, verschleppten 251 weitere nach Gaza und setzten systematisch sexualisierte Gewalt ein.⁰²

Schon am Tag des Massakers brach Jubel in Teilen der globalen Linken aus. Für viele war es ein revolutionärer Moment, der zelebriert werden musste. „Gaza schlägt zurück“, titelte die linke Tageszeitung „Junge Welt“ am Morgen des Angriffs.⁰³ Die britische Publikation „Socialist Worker“ machte auf mit: „Rejoice as Palestinian

resistance humiliates racist Israel“ – Freut euch, denn der palästinensische Widerstand demütigt das rassistische Israel.⁰⁴

Die trotzkistische Gruppe „Klasse gegen Klasse“ drückte am Tag des Massakers in einem Beitrag auf der Social-Media-Plattform X, der bis heute online ist, ihre „Solidarität mit dem Befreiungskampf“ aus.⁰⁵ Ramsis Kilani, zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der Partei Die Linke – er wurde gut ein Jahr später, im Dezember 2024, wegen „teils antisemitischer“ Aussagen ausgeschlossen – und bis heute Aktivist der trotzkistischen Gruppe „Sozialismus von unten“, schrieb am gleichen Tag auf derselben Plattform: „Wir stehen fest und solidarisch an der Seite des palästinensischen Befreiungskampfes.“ Auch dieser Beitrag ist bis heute online.⁰⁶

Im Verlagsgebäude des „Neuen Deutschland“ in Berlin-Friedrichshain fand am Morgen des Angriffs der „Kommunismus Kongress 2023“ statt, bei dem ein Aktivist des einen Monat später vom Bundesinnenministerium verbotenen Netzwerks Samidoun, einer Tarnorganisation der palästinensischen Terrorgruppe PFLP, einen Vortrag über den „palästinensischen Widerstand“ hielt. In der Kongresspause wurden im Innenhof, noch während palästinensische Terroristen in israelischen Kibbuzim und Kleinstädten Zivilisten töteten, Palästinaflaggen geschwenkt. „Vollste Solidarität

mit dem Widerstand“, schrieben die Veranstalter dazu in einer Story auf Instagram.

Drei Tage später sprach die marxistisch-leninistische Jugendgruppe „Young Struggle“ in einem Blogbeitrag auf ihrer Webseite von einem „Gefängnisausbruch“ und bezeichnete PFLP und DFLP als „fortschrittlich“ – und den „Befreiungsschlag“ als legitim.⁰⁷ „Wenn wir von der Operation ‚Al-Aqsa Flut‘ [die Bezeichnung der Hamas für den Angriff] sprechen, ist die Solidarisierung mit dem palästinensischen Befreiungskampf eine bewusst gewählte Formulierung, da dieser, wie bereits dargestellt, keine homogene Struktur ist“, so „Young Struggle“ weiter.⁰⁸

Das sind nur einige von unzähligen Beispielen. In den Tagen, Wochen und Monaten danach gelang es einigen linken Aktivisten und Gruppierungen, das Massaker gegen Zivilisten samt Vergewaltigung und Entführung als Akt des legitimen Widerstands zu verkaufen. Der Angriff auf Israel diente als Katalysator für eine autoritäre Wende in erheblichen Teilen der globalen Linken.

DAS AUTORITÄRE

Der 7. Oktober stellt also ein Radikalisierungsmoment dar. Aber was ist autoritär daran?

Die neue autoritäre Linke findet ihr revolutionäres Subjekt nicht mehr in der hiesigen Arbeiterklasse, sondern in den bewaffneten Gruppen des sogenannten Globalen Südens. Diese Waffengewalt wird als authentischer Ausdruck des Widerstands gegen imperialistische Unterdrückung imaginiert. Doch während sich linksradikale Gruppen in Europa in den 1970er und 1980er Jahren mit säkularen palästinensischen Terrororganisationen wie der nationalistisch-marxistischen PFLP solidarisierten, zählt heute als Verbündete im Kampf gegen den westlichen Imperialismus vor allem die islamistische „Achse des Widerstands“, wie die Islamische Republik Iran die von ihr finanzierte und koordinierte Allianz bezeichnet. Zu dieser gehören neben der Hamas auch die Hisbollah im Libanon und die Huthis im Jemen.

01 Vgl. Nicholas Potter, *Die neue autoritäre Linke*, München 2026.

02 Vgl. Ruth Halperin-Kaddari/Nava Ben-Or/Sharon Zagagi-Pinhas, *A Quest for Justice. October 7 and Beyond, The Dinah Project, Jerusalem 2025*, https://thedinahproject.org/wp-content/uploads/2025/07/The-Dinah-Project-full-report-A4-pages_web.pdf; Office of the Special Representative of the Secretary-General on Sexual Violence in Conflict, *Mission Report. Official Visit of the Office of the SRSG-SVC to Israel and the Occupied West Bank, 29 January – 14 February 2024*, https://news.un.org/en/sites/news.un.org/en/files/atoms/files/Mission_report_of_SRSG_SVC_to_Israel-oWB_29Jan_14_feb_2024.pdf; Jeffrey Gettleman/Anat Schwartz/Adam Sella, „Screams Without Words“: How Hamas Weaponized Sexual Violence on Oct. 7, 28. 12. 2023, www.nytimes.com/2023/12/28/world/middleeast/oct-7-attacks-hamas-israel-sexual-violence.html.

03 Nick Brauns, *Gaza schlägt zurück*, 7. 10. 2023, www.junge-welt.de/artikel/461022.html.

04 Charlie Kimber, *Rejoice as Palestinian Resistance Humiliates Racist Israel*, 7. 10. 2023, <https://socialistworker.co.uk/international/rejoice-as-palestinian-resistance-humiliates-racist-israel>.

05 @KGK_News, 7. 10. 2023, https://x.com/KGK_News/status/1710659928036167878.

06 @RamsyKilani, 7. 10. 2023, <https://x.com/RamsyKilani/status/1710588473436962865>.

07 Young Struggle, *Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes*, 10. 7. 2023, <https://web.archive.org/web/20240206153842/https://young-struggle.org/die-al-aqsa-flut-der-gefaengnisausbruch-des-palaestinesischen-volkes>.

08 Ebd.

Diese Organisationen sind schon an sich autoritär. Sie vertreten ein klerikalfaschistisches Weltbild, sind zutiefst reaktionär, antiemanzipatorisch, frauen- und queerfeindlich und unterdrücken Nichtgläubige, andere Minderheiten sowie Oppositionelle. Ihre fanatische Ideologie, die Antisemitismus, Antizionismus und Dschihadismus verbindet, setzen sie nicht mit Diplomatie durch, sondern mit Waffengewalt, die sich häufig gegen Zivilisten richtet.

Doch aus einer identitären linken Sichtweise ist es „paternalistisch“, solchen Akteuren vorzuschreiben, wie sie sich angesichts ihrer Unterdrückung zu wehren haben. Es ist bezeichnend, dass nach dem Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel im Oktober 2025 eine Entwaffnung der islamistischen Terrororganisation, die mit besagten Waffen auch die eigene Bevölkerung in Gaza unterdrückt, im Diskurs der neuen autoritären Linken kaum eine Rolle spielte. Ein Grund dafür ist, dass die Hamas der gerüstete Ausdruck eines fundamentalistischen Antizionismus ist, den diese Linke in Hörsälen, auf der Straße und in den sozialen Medien predigt. Die Hamas will Palästina „vom Fluss bis zum Meer“ befreien, wie es in ihrem Grundsatzdokument von 2017 heißt.⁹⁹ Das Massaker vom 7. Oktober war ein brutales Anwendungsbeispiel für diese Strategie.

Die neue autoritäre Linke lässt sich also durch die folgenden Merkmale charakterisieren: Sie tritt mit Absolutheitsanspruch auf und lehnt Komplexität zugunsten eines eindeutigen Kampfs von „Licht gegen Dunkelheit“ beziehungsweise „Gut gegen Böse“ ab, der mit allen Mitteln entschlossen geführt werden muss; sie bewundert deshalb autokratische und totalitäre Regime sowie Terrororganisationen, die den liberalen Westen bekämpfen; sie verharmlost bis zur Verherrlichung bewaffnete Gewalt gegen Zivilisten als legitimen, antikolonialen Widerstand; sie lehnt die liberale Demokratie als rassistisches und kapitalistisches Unterdrückungssystem zugunsten autoritärer sozialistischer oder kommunistischer Staatsformen ab; und sie feindet linke und liberale Personen und Organisationen, die diese autoritären Tendenzen kritisieren, als primäre politische Gegner an, die es zu bekämpfen gilt und gegen die auch Gewalt gerechtfertigt ist.¹⁰

⁹⁹ Vgl. Doctrine of Hamas, Wilson Center, 20. 10. 2023, www.wilsoncenter.org/article/doctrine-hamas.

¹⁰ Siehe hierzu ausführlich Potter (Anm. 1).

Dass die Verherrlichung der Hamas unter manchen Linken nicht trotz, sondern gerade wegen ihres Vernichtungsantisemitismus erfolgt, war in den Tagen, Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober deutlich zu erkennen. Auf Demonstrationsplakaten in mehreren Ländern war der Satz „Decolonization is not a metaphor“ zu lesen – Dekolonisierung sei keine Metapher.¹¹ Die Parole bezieht sich auf den gleichnamigen, 2012 erschienenen Essay der Wissenschaftler Eve Tuck und K. Wayne Yang, der zu einem Schlüsseltext der postkolonialen akademisch-aktivistischen Strömung der „Settler Colonial Studies“ avanciert ist.¹² Damit brachten die Aktivisten zum Ausdruck, dass das Massaker der Hamas die praktische Umsetzung ihrer Lesart einer – grob verkürzten und missbrauchten – postkolonialen Theorie war.

Der amerikanische Autor Adam Kirsch beschreibt in seinem 2024 erschienenen Buch „On Settler Colonialism“ diese ideologische Entwicklung so: „Für viele Wissenschaftler und Aktivisten war die Beschreibung Israels als Siedlerkolonialstaat eine ausreichende Rechtfertigung für den Angriff der Hamas, da dieser Begriff für sie eine ganze Reihe ideologischer Überzeugungen umfasst – über Israel und Palästina, aber auch über Geschichte und viele soziale und politische Themen, von der Umwelt über Gender bis hin zum Kapitalismus.“¹³ Weiter schreibt Kirsch: „Aus Sicht der Ideologie des Siedlerkolonialismus waren sie [die Angriffe] lobenswert, da sie als Versuch angesehen wurden, historische Ungerechtigkeiten zu korrigieren.“¹⁴

Nach dieser Logik sei Gewalt gegen israelische Zivilisten gerechtfertigt, weil diese eben „Siedler“ seien – eine Art Ursünde, die man erbt. So schrieb der Aktivist Ramsis Kilani am Tag nach dem Hamas-Massaker auf der Plattform X: „Siedler:innen sind, männlich & weiblich, seit der Jugend militärisch in der Armee ausgebildet & auf den Krieg gegen Palästinenser:innen geeicht.

¹¹ Vgl. Andrew Silow-Carroll, How „Decolonization“ Became the Latest Flashpoint in the Discourse over Israel, 3. 12. 2023, www.jta.org/2023/12/03/ideas/how-decolonization-became-the-latest-flashpoint-in-the-discourse-over-israel.

¹² Eve Tuck/K. Wayne Yang, Decolonization is Not a Metaphor, in: Decolonization: Indigeneity, Education & Society 1/2012, S. 1–40.

¹³ Adam Kirsch, On Settler Colonialism. Ideology, Violence, and Justice, New York 2024, S. 5 (eigene Übersetzung).

¹⁴ Ebd., S. 127.

Meist sind sie bewaffnet, andernfalls Armee-Reservist:innen außer Dienst. Die Grenze zwischen kolonial Zivil & Militär ist uneindeutig.“¹⁵

Im Kern ist diese politische Ideologie autoritär. Statt auf Diplomatie und Mäßigung zu setzen, wird Gewalt gegen Zivilisten als emanzipatorische Kraft der Befreiung gesehen – von Terroranschlägen über Entführungen bis hin zu Raketenangriffen auf eine Zivilbevölkerung. Akteure wie die Hamas, die autoritär gegen die eigene Bevölkerung in Gaza vorgeht und vermeintliche Kollaborateure sowie Homosexuelle und Dissidenten foltert und hinrichtet, werden zum revolutionären Subjekt stilisiert, das es zu unterstützen gilt.

Doch die autoritäre Radikalisierung der Linken beschränkt sich nicht nur auf eine Ablehnung des jüdischen Staates Israel, der als Stellvertreter oder Speerspitze des westlichen Imperialismus gilt. Sie richtet sich am Ende auch gegen die liberale Demokratie des Westens, die als imperialistisch, faschistisch und deshalb illegitim gesehen wird. Autokratische Staaten, die diesem Westen den Kampf ansagen, gelten als Verbündete. Das zeigte sich zuletzt am Beispiel des Iran-Kriegs Anfang 2026. Die Splittergruppe „Kommunistische Organisation“, die 2018 aus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hervorgegangen ist, verkündete ihre Solidarität mit der Islamischen Republik: „Nieder mit dem Imperialismus – es lebe der Widerstand der Völker!“¹⁶ Das Regime verteidigte Westasien „gegen den Imperialismus“, schrieb die Gruppe weiter. Von der bereits erwähnten Gruppe „Klasse gegen Klasse“ hieß es, die Linke müsse sich „eindeutig“ auf die Seite Irans stellen – und den Widerstand bis zur Niederlage der USA, Israels und Europas unterstützen.¹⁷ Und die kommunistische Gruppe „Als Klasse kämpfen“ (AKK) aus Hamburg verteidigte das Schwenken von Flaggen des Mullah-Regimes auf Demos und warnte vor einer „Delegitimierung“ der Islamischen Republik.¹⁸

¹⁵ @RamsyKiliani, 8. 10. 2023, <https://x.com/RamsyKiliani/status/1710999751007555775>.

¹⁶ Kommunistische Organisation, Der Iran verteidigt Westasien gegen den Imperialismus!, 28. 2. 2026, <https://kommunistische-organisation.de/stellungnahmen/der-iran-verteidigt-westasien-gegen-den-imperialismus>.

¹⁷ Klasse gegen Klasse, 2. 3. 2026, www.instagram.com/p/DVZk4wSjPvc/?img_index=6.

¹⁸ AKK, 14. 3. 2026, www.instagram.com/p/DV38OngCKbs/?img_index=1.

DIE PROPAGANDAPLATTFORMEN

Dass es darüber hinaus wenig Berührungspunkte mit dem Propagandanetzwerk des russischen Staates gibt, zeigt etwa der Fall von „Red Media“. Das linke Medienportal, das von Berlin aus agiert, gilt als Nachfolger des „Russia-Today“-Mediums „Redfish“ – einer Propagandaplattform Russlands. Redfish wurde nach dem russischen Großangriff auf die Ukraine 2022 aufgelöst, doch die zentralen Akteure machten unter neuem Namen weiter – nun jedoch offiziell mit Sitz in Istanbul, außerhalb der Reichweite der Europäischen Sanktionen gegen Russland (das Mutterunternehmen AFA Medya scheint lediglich eine Briefkastenfirma zu sein).¹⁹

Über die Verbindungen von Red Media zum Medienapparat des Putin-Regimes ist bereits mehrfach berichtet worden.²⁰ Inzwischen hat auch die deutsche Bundesregierung die Verbindungen des Portals zu Russland bestätigt und bezieht sich dabei auf nachrichtendienstliche Erkenntnisse.²¹ Der Gründer von Redfish und Red Media, Hüseyin Doğru, sowie das Mutterunternehmen AFA Medya wurden im Mai 2025 von der Europäischen Union sanktioniert.²² Mittlerweile hat sich das Portal offiziell aufgelöst, Gründer Doğru veröffentlicht jedoch weiterhin ähnliche Inhalte in den sozialen Medien, versehen mit dem Logo von Red Media.²³

Auffällig ist, dass Red Media kaum über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine oder die russische Politik berichtet, sondern überwiegend über Israel und den Gaza-Krieg. Zum ersten Jahrestag des Massakers veröffentlichte das Portal eine Gesprächsreihe mit Vertretern der Hamas, der PFLP, der Huthis, der Hisbollah und des Palästinensischen Islamischen Dschihads.²⁴ Titel: „Talking with the Axis of Resistance“ – so bezeichnet das iranische

¹⁹ Vgl. Nicholas Potter, RT-nahes Medium „Red“: Hybrider Krieg in Berlin, 12. 10. 2024, <https://taz.de/I6039623>.

²⁰ Vgl. Julius Geiler/Claudia von Salzen, Verbindungen nach Moskau? Wer hinter den Videos von den Protesten gegen Israel steckt, 7. 6. 2024, www.tagesspiegel.de/politik/verbindungen-nach-moskau-wer-hinter-den-videos-von-den-protesten-gegen-israel-steckt-11771174.html; Potter (Anm. 19).

²¹ Vgl. Propaganda-Plattform des Kreml: Red ist russisch, 7. 6. 2025, <https://taz.de/I6095827>.

²² Vgl. European Commission, EU Sanctions Tracker, 20. 5. 2025, <https://data.europa.eu/apps/eusanctionstracker/subjects/175657>.

²³ Vgl. Vorwürfe der Finanzierung aus Russland: Medienportal „Red“ verkündet Auflösung, 20. 5. 2025, <https://taz.de/I6089295>.

²⁴ Vgl. @redstreamnet, Odysee, 7. 10. 2024, https://odysee.com/@redstreamnet:7/Hamas_Interview:e.

Regime selbst die von ihm finanzierte und koordinierte Allianz. In den Gesprächen durften die Terrororganisationen ohne kritische Nachfragen ihre Propaganda verbreiten – und zwar in einem Format, das sich offensichtlich an ein junges, linkes Publikum in Europa richtet. Solche Inhalte würden sehr gut zur langjährigen Medienstrategie des Kremls im Westen passen: die extremistischen Ränder der Gesellschaft zu verstärken, um politische Polarisierung mit dem Ziel voranzutreiben, die liberale Demokratie zu delegitimieren und zu destabilisieren.

Eine kritische Distanzierung von Medien wie Red gibt es in Teilen der Linken nicht. Stattdessen solidarisiert man sich mit Portal und Grönder als vermeintlichen Märtyrern der Pressefreiheit.²⁵ Zu den prominentesten Unterstützern von Doğru gehören die ehemalige Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen (früher Die Linke, heute BSW), der ehemalige griechische Finanzminister und heutige Chef der linken Partei und Bewegung DiEM25/MeRA25 Yanis Varoufakis sowie der spanische Podemos-Politiker Pablo Iglesias.

Red Media ist nur ein Beispiel. Aktivisten der neuen autoritären Linken setzen auf Desinformationskanäle, Propagandaplattformen und die Sender autokratischer Staaten, um ihr Weltbild zu bestätigen und zu unterstützen. So ließen sich im Januar 2025 drei szenebekannte Medienaktivisten aus Berlin für eine Dokumentation mit dem Titel „Deutschlands blinde Unterstützung für Israel“ von TRT World interviewen – einem englischsprachigen Propagandasender des Erdoğan-Regimes.²⁶ Eine früher feministische Podcasterin aus Wien, die inzwischen hauptsächlich als antiisraelische Aktivistin in Erscheinung tritt, schrieb Beiträge für das Pro-Hisbollah-Medium „Al Mayadeen“.²⁷ Auch Al Jazeera – ein katarisches Staatsmedium, das der islamistischen Muslimbruderschaft ideologisch nahesteht – wird von vielen als unabhängige und kritische Quelle gesehen.

Die Kehrseite dieses Trends ist eine wachsende Pressefeindlichkeit gegenüber Qualitätsmedien.

Zeitungen und Journalisten werden von dieser Szene zu Gegnern erklärt und mitunter gar bedroht. Direkt nach dem 7. Oktober besprühten Aktivisten der militanten Gruppe Palestine Action, die in Großbritannien inzwischen verboten wurde (ein Rechtsverfahren dazu läuft noch), das Hauptgebäude der BBC in London mit roter Farbe, weil der Sender „Blut an seinen Händen“ habe.²⁸ Im März 2024 blockierten ungefähr 150 mehrheitlich verummte Personen die Eingänge des „New York Times“-Hauses, weil das renommierte Blatt, das im selben Jahr den Pulitzer-Preis für seine Berichterstattung zum Nahostkonflikt gewann, „Zustimmung für den Genozid“ herstelle.²⁹ Im November 2025 stürmten linke Gaza-Aktivistinnen in Turin die Räume der Zeitung „La Stampa“ und beleidigten die Journalisten als „Terroristen“.³⁰

In Deutschland trifft die Pressefeindlichkeit der neuen autoritären Linken etwa die ARD, das ZDF, die „FAZ“, den „Tagesspiegel“ oder die „taz“.³¹ In manchen Fällen wurden Pressevertreter körperlich attackiert.³² Laut der Presseorganisation Reporter ohne Grenzen waren Nahost-Demos die „gefährlichsten Orte“ für deutsche Journalisten im Jahr 2024.³³

DAS NEUE

Von einer neuen autoritären Linken zu sprechen, schließt nicht aus, dass es auch schon eine alte gegeben hat; gewisse Kontinuitäten sind offensichtlich. Bereits die aus der 1968er-Bewegung entstandene „Neue Linke“ kippte selbst ins Autoritäre, obwohl sie mit dem Ziel gestartet war, nach dem Holocaust ein Gegengewicht zum Au-

²⁵ Zu rechtsstaatlichen Fragen der Sanktionierung siehe z.B. die Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 2.7.2025, www.auswaertiges-amt.de/2725706.

²⁶ Vgl. TRT World, Germany's Blind Support for Israel, 21.1.2025, www.youtube.com/watch?v=dGj2DsvmDf8.

²⁷ Vgl. Autorenprofil Nicole Schoen, Al Mayadeen, <https://english.almayadeen.net/authors/nicole-schoen>. Siehe auch Fabian Schmid, Für Mehrfrauenhe, pro Hamas: Die Propaganda islamistischer Influencerinnen, 28.8.2025, www.derstandard.de/story/3000000285297.

²⁸ Vgl. Clea Skopeliti, BBC Building Sprayed With Red Paint in „Protest Over Israel-Hamas Coverage“, 14.10.2023, www.theguardian.com/media/2023/oct/14/bbc-building-red-paint-protest-israel-hamas-coverage.

²⁹ Vgl. Judy Maltz, Pro-Palestinian Protesters Block Access to New York Times Newsroom, Accuse Staff of „Complicity in Genocide“, 14.3.2024, www.haaretz.com/0000018e-3d66-d67c-a18e-ff6f0b390000.

³⁰ Vgl. Michael Braun, Palästina-Protestierende stürmen Tageszeitung „La Stampa“, 1.12.2025, <https://taz.de/16134142>.

³¹ Vgl. Nicholas Potter, Schläge, Tritte, Morddrohungen: Angriff auf die „Zionistenpresse“, 3.8.2024, <https://taz.de/16024978>.

³² Vgl. Laura Gabler, Sie beschimpfen die „Drecksprelle“ und greifen Reporter an, 17.4.2024, www.faz.net/-19659914.html; Nicholas Potter, Intifada gegen die Presse, 17.3.2025, <https://taz.de/16072709>.

³³ Reporter ohne Grenzen, Nahaufnahme Deutschland: Pressefreiheit im Überblick, Berlin 2025, www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2025.

toritarismus der Elterngeneration sowie jenem der Sowjetunion zu bilden. Gruppen wie die Revolutionären Zellen und die Rote Armee Fraktion (RAF) arbeiteten mit palästinensischen Terrororganisationen wie der PFLP zusammen.

Neu an der neuen autoritären Linken ist jedoch ihr Radikalisierungsmoment: Das Massaker vom 7. Oktober war eine Zäsur für die globale Linke. Es führte dazu, dass alte autoritäre Ideologien wie jener Antiimperialismus, der selektiv auf den Westen fokussiert, eine Renaissance erlebten. Der Terrorakt der Hamas und anderer Gruppen ermöglichte es linksautoritären Gruppen und Aktivisten, ihr Narrativ breiter zu streuen und damit neue Anhänger zu rekrutieren – weit über ihr klassisches Milieu hinaus.

Die bereits erwähnten Gruppen „Klasse gegen Klasse“, „Young Struggle“ oder „Kommunistische Organisation“ sind nur drei Beispiele. Es gibt unzählige andere „rote Gruppen“, die sich etwa „Rote Jugend“ oder „Revolution“ nennen. Hinzu kommen weitere Organisationen mit thematischem Bezug zum Nahostkonflikt, etwa die terrorverherrlichende Gruppe „Palästina Spricht“, die in einigen deutschen Städten aktiv ist. Viele dieser Gruppen sind erst in den vergangenen Jahren entstanden. Sie rekrutieren vor allem junge Anhänger, manche sind erst Teenager. Es handelt sich um eine neue Generation linksautoritärer Aktivisten, die so erfolgreich sind wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Für sich genommen ist die Mitgliederzahl jeder dieser Gruppen überschaubar, sie dürfte sich im zweistelligen bis höchstens niedrigen dreistelligen Bereich bewegen. Was sie trennt, sind meist nebensächliche theoretische Streitpunkte: Manche sind von Elementen des Stalinismus geprägt, andere eher vom Maoismus; selbst die Troztkisten haben sich in unzählige Untergruppen gespalten. Was sie jedoch eint, ist eine autoritäre antiwestliche Haltung im Allgemeinen und ein aggressiver Antizionismus im Besonderen, der im jüdischen Staat Israel die Quelle allen Übels sieht.

Entstanden ist so ein mobilisierungsfähiges Netzwerk, das in der Lage ist, größere Demonstrationen zu organisieren. Viele der genannten Gruppen treten etwa im „Kufiya-Netzwerk“ sowie im „Internationalistischen Bündnis Berlin“ auf.³⁴ In beiden Netzwerken sind auch Untergruppen der Partei

Die Linke aktiv, etwa die Studierendenorganisation „Linke.SDS“ oder der Bezirksverband der Partei in Berlin-Neukölln. Ihre Ideologien brechen damit aus der Blase der klassischen dogmatischen marxistischen Gruppen aus. In den sozialen Medien und auf der Straße, an Hochschulen und in der Popkultur erreichen sie eine neue Generation junger Menschen.

Gerade angesichts der globalen Erstarkung der extremen Rechten, der Gewaltbereitschaft und Vernetzung islamistischer Dschihadisten und der hybriden Kriegsführung autokratischer Staaten wie Russland kommt diese Entwicklung der Linken zur Unzeit. Eine demokratische, emanzipatorische Linke hat sich immer wieder als wichtiger Bestandteil eines liberalen Bündnisses im Kampf gegen vielfältige politische Bedrohungen erwiesen. Eine Linke, die jedoch selbst illiberal, antidemokratisch, tendenziell antisemitisch und autoritär agiert, wird selbst zur Gefahr.

NICHOLAS POTTER

ist Chefreporter der Premium-Gruppe der Axel Springer SE, er schreibt unter anderem für die „Welt“, „Welt am Sonntag“ und „Politico“.

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Bluesky:
@apuz.bsky.social

³⁴ Vgl. Kufiya Netzwerk, <https://kufiya-netzwerk.de/statement>; Internationalistisches Bündnis Berlin, <https://interbuenndnis-berlin.com/de/home>.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. August 2026

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Isabel Röder
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

/// DAS PARLAMENT ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



APuZ

Nächste Ausgabe

38–39/2026,

12. September 2026

JUSTIZ



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz